

Die „Volkswohlt“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Reuss Graupenstr. 2/3, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von 1800 bis 2000. Durch die Post bezogen M. 2.50, bei uns Haus M. 2.00, wo keine Post am Orte M. 2.50.

Volkswohlt

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subscriptionen für die einjährige Ausgabe oder deren Raum 30 Pf. Ausländische Posten 40 Pf. Doppeljahr unter Zugl. 1 Mk. Inland für Arbeitsjahr 15 Pf. Ausländische Posten 25 Pf. Einzelhefte 5 Pf. Bestellungen an die Expedition, Reuss Graupenstr. 2/3, in Breslau. Inserate für die achte Spalte werden bis Freitag 4 Uhr vor der Expedition abgeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 47.

Breslau, Dienstag, den 25. Februar 1913.

24. Jahrgang.

Sechsdreier-Entrüstung.

Adolf Hoffmann geht nicht in die Kirche.

Die gutgestimmte bürgerliche Presse hat haufenweise Stoff zur Entrüstung. Die Schläge hageln nur so auf das Haupt der Sozialdemokratie hernieder, und den rechtsstehenden Blättern der Reichshauptstadt wie unserer Provinz tut es nur leid, daß die Herren Cassel und Mommsen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag die Vaterlandslosigkeit der roten Note bereits so „energisch gebrandmarkt“ haben, daß ihnen selbst kaum noch etwas zu sagen übrig bleibt.

Die sozialdemokratischen Berliner Stadtverordneten wußten sich bekanntlich an dem öffentlichen Kirchgang, den der Magistrat zur Jahrhundertfeier für den 10. März beschlossen hat, nicht beteiligen, und sie haben außerdem die Erklärung zu Protokoll gegeben, daß die übergroße Mehrheit des preussischen Volkes und der Berliner Bürger keine Veranstaltung habe, des Jahres 1813 feierlich zu gedenken. Sie haben die Begründung dazu sehr sachlich, wenn auch etwas anders gefaßt, als das die Breslauer sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion tat. Diese wies zwar darauf hin, daß die Volksbewegung von 1813, die die Überwindung einer drückenden Knechtschaft zum Ziele hatte, auch unseres ehrenden Gedankens sicher sei, aber auch sie kam zu dem Schlusse, daß die Ereignisse, die nachher kamen, es dem Volke gründlich verleidet haben, jetzt höflich-byzantinische Feste zu feiern.

Nach alledem müssen wir annehmen, daß die Berliner Entrüstung eine künstlich gemachte und sorgsam vorbereitet war. Denn für so dumm halten wir weder Herrn Cassel noch Herrn Mommsen, daß sie geglaubt haben, Adolf Hoffmann und Arthur Stadthagen würden sich für den Gottesdienst in der Nikolaikirche so begeistern, als sie und ihre Gesinnungsgenossen. Und wenn Herr Mommsen den Verzicht auf die Beteiligung am Kirchgang als Intoleranz auslegt, so wollen wir das mit der patriotischen Erregung entschuldigen, die ihn das Verständnis für die Logik so gut wie für das Schicksale vertieren ließ. Aber daß die Sozialdemokratie für das Bürgertum überhaupt keinen Anlaß zum Feiern sieht, das scheint die bürgerlichen Vaterlandsfreunde überrascht zu haben. Und doch waren in der sozialdemokratischen Erklärung die Gründe zu allem Ueberflus noch einmal angeführt. Sie lassen sich in den einen Satz zusammenfassen, daß das Jahr 1813 das nicht gebracht hat, was viele von denen, die opferfreudig dem Ruf des Königs an sein Volk folgten, von ihm erwartet haben. Und wenn es auch der Herr v. Bismarck in einer vielzitierten Rede entschieden abgestritten hat: es bleibt doch nicht minder wahr, daß die Hoffnung, in ein durch Freiheit geeintes Deutschland zurückzuführen, die Herzen zahlreicher „Freiheitskämpfer“ höher schlagen ließ. Als sie ihr Leben in die Schanze geschlagen und die „Fremdherrschaft“ beseitigt hatten, da waren sie nicht mehr „mein Volk“, sondern des Königs von Preußen „Untertanen“ und der Junker Knechte.

Wir können von den Herren Cassel und Mommsen nicht verlangen, daß auch sie auf das Mitfeiern verzichten, aber worauf wir eigentlich einen gewissen Anspruch erheben könnten, das wäre ein wenig Verständnis für unsere Haltung bei den Liberalen. Gerade dem Bürgertum müßten bittere Gedanken kommen in der Betrachtung der Zeit von vor hundert Jahren, denn es war die Bourgeoisjugend, die in die Kasematten wandern mußte, als sie nach dem Feldzug eine Erfüllung der Verheißungen verlangte, die ihr vorher gemacht waren. Wenn das Bürgertum von heute die Erinnerung an gebrochene Versprechungen auszuhalten vermag, so soll es wenigstens uns nicht schelten, wenn wir seiner Opfer gedenken.

Aber noch eins: Herr Mommsen rief den Sozialdemokraten zu: „Wo wären Sie, wenn Sie nicht die Vorarbeit der Liberalen von 1813 gehabt hätten?“ Die Liberalen mögen uns die Gegenfrage gestatten: Wo wären Sie, wenn der Napoleon nicht nach Deutschland gekommen wäre? Wir sind weit davon entfernt, den Freiheitskämpfern zu feiern, aber derer, die den Enthusiasmus des Volkes benutzten, um die Freiheit wieder zu zerstören, die der Volkstäter der Revolution gebracht hatte, brauchen wir noch weniger in gehobener Stimmung zu gedenken.

Schon der verdächtige Wersall, den alle Schwarzmittel Deutschlands den sonst so verhassten Liberalen zollen, müßte die Herren stutzig machen. Die „Schlesische Volkszeitung“ überfließt sich vor Freude über die „patriotische“ Entrüstung der „Judenliberalen“ Stadtverordnetenversammlung und möchte die Sozialdemokraten vor lauter Empörung auffressen. Folgende Probe mag ihre Stimmung widerspiegeln:

„Sehr selten nur wird einem heutzutage mehr die Gelegenheit geboten, sich einer und der selben Meinung mit den Vertretern des Liberalismus zu fügen: um in Lieber aber tut man es dann! Heute haben wir nun eine solche seltene Gelegenheit, und wir begrüßen sie mit aufrichtiger Begeisterung. Wir sprechen unsere Freude aus, über die

Reben, die von den freisinnigen Wortführern in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gehalten wurden als Antwort auf eine unterhändliche Rede des Sozialdemokraten Bruns. Selbst wenn aus verbohrtem Parteihass die Vertreter der Sozialdemokraten an dieser schlichten und einfachen Feler, einem Dank für die Befreiung des Landes vom Feindesjoch und einer Ermutigung für die, welche um dieser Befreiung willen ihr Leben einsetzten, nicht teilnehmen wollten, so hätten sie mindestens ihre gegenteilige Anschauung nur durch ihre Zustimmung bekunden sollen. Das wäre nach unserem Empfinden auch von ihrem Standpunkt aus sachlich gewesen, aber es hätte doch nicht eine so rohe Verächtlichmachung der patriotischen Gesinnungen der anderen Parteien bedeutet. Die Berliner Sozialdemokraten stehen sich aber nicht an einer einfachen Abschneidung der Vorlage genügen, sondern sie schicken einen Vertreter vor, der den Augenblick mit Bedauern wahrnimmt, dem denkbar unpassendsten, allem seinem G. a. h. und allem seinem Jugritim gegen Preußen und das Haus Hohenzollern einmal so recht Luft zu machen. Das ist eine Schmach!

Wir müssen schon zur nochmaligen Lektüre der ersten und sachlichen Erklärung unserer Fraktion auffordern, die in der Sonnabendnummer wiedergegeben ist, nur so kann man ermessen, wie albern die Behauptung von dem „Sach“ und „Jugritim“ ist, die der Jesuit der „Volkszeitung“ aufstellt. Nichts als eine durchsichtige Anschmiererei des Zentrums steht dahinter, das seinen eigenen Patriotismus von dem schwarzen Hintergrund der rohen Sozialdemokratie abheben will. Und auch das gelingt nur halb. Denn die Konservativen, die doch den allerechtesten Patriotismus verkörpern, trauen den schwarzen Gesellen nicht mehr ganz und in demselben Artikel, der über die roten Stadtverordneten von Berlin seinen Abscheu ausdrückt, fährt die „Schlesische Zeitung“ auch über die schwarze Internationale her:

Mit diesem Bedauern haben wir es jetzt erleben müssen, daß in einer Anzahl von Fällen das Zentrum und die Sozialdemokratie Seite an Seite gestanden haben, um dem Reichstage Beschlüsse aufzuzwingen, die der Mehrheit des deutschgesinnten Bürgerturns unermüdet sind. Mit der Ablehnung der neuerforderten Reichsanwaltschaft begann das Spiel, denn kam das Zentrum voran in dem W. a. r. i. n. e. t. a. mit dem Standesherren Gesandten, der an der jährigen Dienstzeit für die Marinekorps und anderen bedeutlichen Beschüssen der Budgetkommission, weiter die Annahme des Jesuitenartikels und schließlich die endgültige Verwerfung der Finanzanträge für die Reichsanwaltschaften, so nicht nur der Regierung eine erhebliche Verlegenheit bereitete, sondern auch eine große Zahl braver Beamter empfindlich schädigt. Das ist ein höchst viel auf einmal. Auch die Zentrumswähler empfinden es als eine geringe Ehre, so oft in Gesellschaft einer Partei sich zu befinden, aus deren Reihen das dummdreiste Wort von dem Kaiser als „Amateurfahrt“ gefallen ist. Sie fragen nicht mit Unrecht wie der alte Cicero: Quousque tandem? Wie lange noch soll dieses unwürdige Schauspiel dauern?

Also auch das traurigste Geschimpfe der Zentrumblätter auf die vaterlandslose Sozialdemokratie befreit sie nicht von dem Odium, in die nächste Nachbarschaft der abscheulichen Noten gesetzt zu werden. Die Herrschaften, die gemeinsam über uns herziehen, trauen gegenüber dem eigenen Patriotismus nicht recht, sondern haben daran recht viel auszusehen. Galt es nicht dem an die Seite, daß es in Breslau gerade hochpatriotische Elemente sind, die nach dem von kompetenter Stelle geprägten Ausdruck alles daransetzen, die Jahrhundertfeier zu „vermiegen“, dann muß man die Entrüstung der Berliner Stadtfreisinnigen, die in der „Freisinnigen Zeitung“ lustig weiter tobt, höchst lächerlich finden. Lächerlich, selbst auf die Gefahr hin, daß man uns vaterlandsloser Gesinnung beschuldigt. Die Masse des Volkes weiß zu gut, was es mit der Vaterlandsliebe, die sich im Festfeiern und Gurrufen äußert, für eine Bewandnis hat. Die Sechsdreier-Entrüstung, die jetzt in der patriotischen Presse sich ausstobt, stört uns deshalb nicht im geringsten.

Die bürgerliche Presse will nur nicht sehen, daß sich der Protest der Sozialdemokratie nicht gegen die Volkserhebung sondern gegen jene wortbrüchigen N. u. h. u. i. e. h. e. r. der Volksbewegung wendet, deren Treiben selbst in Andern eines Franz Grillparzer das Blut zum Schäumen brachte:

Als noch der Mann, dem nun die grünen Gräser
Von Helena die Schlummerstätte baun,
Als er noch stand, der Allmacht Hornverweiser,
Da waren sie wie Lämmer anzuschau:
Da krochen sie um des Gewaltigen Füße,
Da lechzten sie nach Freiheit und nach Licht;
Da boten sie der Menschheit Freu'ensätze,
Nicht nur das Recht, auch göttlich schlen die Pflicht.
Doch als erfüllt das Maß von Gottes Zorne
Und der Titan, nicht ihnen, Gott verfiel,
Wergaben sie das heilige laut Beschworne
Und setzten gleiche Frevel sich zum Ziel.
Die Not vorbei, war auch vorbei das Beten...

Das Volk hat allen Anlaß, nicht nur ohne feilliche Stimmung, sondern mit tiefer Erbitterung jener Zeit zu gedenken, in der es Hoffnungslos die Freiheit suchen ging, um eine neue tiefere Knechtschaft zu finden. Es hat keinen Anlaß, mit Herrn Cassel am Geburtstag der Königin Luise in die Kirche zu gehen, es hat vielmehr Anlaß, das Andenken der Freiheitskämpfer von 1813 zu feiern, indem es sich hundert Jahre später wirklich eine freiherrliche Verfassung erkämpft.

Die Situation auf dem Balkan.

Es soll sich bestätigen, daß Saffi Pascha die kürzlich mitgeteilte Note der Mächte vom 10. Januar als Friedensunterlage angenommen hat. Gleichzeitig hat er den Wunsch ausgesprochen, von der letzten Forderung der Allierten betreffend Grenzfestlegungen und Kriegsentfädigung Kenntnis zu erhalten. Das türkische Pressbureau teilt mit: Bei den Angriffen auf den Bardagnol am 7. und 8. d. Mts. verloren die Montenegriner 8000, die Serben 4000 Tote und Verwundete. Die ottomanischen Truppen nahmen den Bardagnol wieder ein.

Nach türkischen Angaben übersteigen die türkischen Verluste in den bisherigen Kämpfen seit Wiederaufnahme der Feindseligkeiten kaum 1500 Mann. Die Zahl der in Konstantinopel in Pflege befindlichen Verwundeten übersteigt nicht 600. Die anderen Verwundeten befinden sich in Gallipoli und in den Dardanellen in Pflege, wo die Schulen in Abulangen umgewandelt worden sind. Der türkische Note Halbmond beschloß, 50,000 Pfund für die Pflege der Verwundeten und weitere 50,000 Pfund für die Unterstützung der mohammedanischen Flüchtlinge auszugeben.

Die Schlachtfelder.

Konstantinopel, 23. Februar. Der offizielle Kriegsbericht besagt: Gestern hat der Feind das Bombardement von Adrianopel fortgesetzt. In der Ostfront fand ein Artilleriekampf statt. Vor Bulak sind keine Veränderungen eingetreten. In der Schatalbschalinie ist der Feind damit beschäftigt, die im Westen von Adhikiföl gelegenen Anhöhen zu besetzen. Unsere Reconnoissierungskolonnen sind in Tätigkeit.

Konstantinopel, 24. Februar. Wenn die hier veröffentlichten Nachrichten, denen ein Funkentelegramm Schürk Paschas zugrunde liegen soll, zutreffen, dann wäre das Schicksal Adrianopels in ca. 14 Tagen besiegelt. Schürk hat angeblich der Warie gemeldet, daß er infolge der wachsenden Hungersnot das Ausbrechen einer Meuterei befürchtet und er deshalb sämtliche Pferde habe töten lassen. Für jedes Geschloß seien noch genügend Geschosse vorhanden. Die Kanonisation werde aber unermesslich, wenn der Befehlung nicht innerhalb der genannten Frist ein Ausfall ermöglicht würde.

Konstantinopel, 22. Februar. Der gestrige amtliche Kriegsbericht besagt: Das Artilleriekampf vor Adrianopel dauerte 20 Stunden. Ein von dem russischen Lehmann Nikolaus bulgarischer Herkunft sei gestern innerhalb der Verteidigungslinie von Adrianopel nieder. Der Leutnant mit samt dem Flugzeug wurde gefangen. Bei Bulak ist in der militärischen Lage keine Veränderung eingetreten.

Der Schutz der Ausländer.

Konstantinopel, 22. Februar. Der Kommandant von Adrianopel teilte den Konsul den Beschluß der Regierung mit, daß es den Ausländern freistehen solle, sich in die in der Vorstadt Karagatsch einachtete neutrale Zone zu begeben. Die Konsuln legten den Volkshausen funktentelegraphisch dar, daß der Auszug der Fremdenkolonie auf die einheimische Bevölkerung einen peinlichen Eindruck machen werde, und fragten an, ob sie von der Erlaubnis der Regierung Gebrauch machen sollten. Die türkische Presse warf schon vor mehreren Tagen die Frage auf, warum die Erlaubnis zum Auszuge in die neutrale Zone nur für Ausländer und nicht auch für Frauen und Kinder der Einheimischen verlangt wird.

Die Kriegsentfädigung.

Sofia, 23. Februar. Das Finanzministerium veröffentlicht ein Exposé betreffend die Zahlung einer Kriegsentfädigung seitens der Türkei an die kriegsführenden Balkanstaaten, die erklärt haben, daß sie einen Teil der ottomanischen Staatsschuld übernehmen. In dem Exposé heißt es: Der Ausbruch der Verbündeten auf eine Kriegsentfädigung führt sich auf zwei wichtige Gründe. Die Verantwortlichkeit für den Krieg fällt vollkommen auf die Pforte zurück, die im Laufe von 35 Jahren keine Reformen durchgeführt und die Note der Verbündeten mit Wohl zurückgewiesen hat. Die Verluste an Menschen, Vieh und Kriegsmaterial sowie das völlige Stodden der Geschäfte legen Bulgarien große Opfer auf und drohen eine große Krise herbeizuführen. Die annectierten Provinzen, die verheert und entvölkert sind, bilden keine genügende Hilfsquelle, um neuen finanziellen Rastern Standhalten zu können. Die Verbündeten bestehen nicht auf einer unverzüglichen Bezahlung der Kriegsentfädigung. Diese wird durch die in dem Staatshaushalt stehenden Einnehmenerüberschüsse der ottomanischen Staatskassen gewährleistet werden müssen. Die Bezahlung einer Kriegsentfädigung, schließt das Exposé, ist eine wesentliche Bedingung für den Abschluß des Friedens.

Politische Uebersicht.

Ein Sozialdemokrat Stadtrat von Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M. wird die erste preussische Stadt sein, die einen Sozialdemokraten in ihrem Magistrat hat. Bisher lehnten die beiden bürgerlichen Parteien in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, die Fortschrittler und die Nationalliberalen, stets die Wahl eines Sozialdemokraten in den Magistrat unter allerlei Vorwänden ab. Jetzt hat die Fortschrittliche Volkspartei sich auch in diesem Punkte, genau wie in der Wahl eines Sozialdemokraten zum Stellvertreter des Stadtverordnetenvorsitzers, wozu schon kürzlich ein Sozialdemokrat gewählt worden ist, eines Besseren besonnen. Nach Besprechung in den Fraktionen hat der Magistrats-Wahlausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dem Plenum die Wahl des Genossen Bruno Schmidt zum unbesoldeten Mitglied des Magistrats zu empfehlen. An setzen

Wahl im Plenum ist bei dem Stärkeverhältnis der Parteien nicht zu zweifeln. Sie soll am Dienstag erfolgen. Die nationalliberalen Mitglieder des Wahlausschusses erklärten, daß ihre Parteigenossen bei der Wahl weiße Zettel abgeben würden, was am Resultat nichts ändern kann. Da nach dem Frankfurter Gemeindeverfassungsgesetz nur der erste Bürgermeister vom König ernannt und der zweite dessen Vorfähigung bedarf, die übrigen Magistratsmitglieder — im Gegensatz zu anderen preussischen Städten — aber weder der Befähigung durch den König noch durch die Regierung bedürfen, so wird in der allernächsten Zeit der erste Sozialdemokrat seinen Einzug in den Frankfurter Magistrat und überhaupt in den Magistrat einer preussischen Stadt halten.

Deckungsfrage und Militärvorlage.

Zu der Diskussion darüber, ob die Militärvorlage gleichzeitig mit der Deckungsvorlage den Reichstag beschäftigen wird, schreibt die „Nordb. Allgem. Zeitung“:

„Unerwünschte Erörterungen in der Presse gegenüber können nicht mitteilen, daß an allen maßgebenden Stellen Übereinstimmung dahin besteht, daß die Militärvorlage und die Vorlage über die Deckung der neuen Forderungen gleichzeitig dem Reichstage zugehen sollen.“

An Klarheit läßt diese Mitteilung so ziemlich alles vermissen. Daß beide Gelegenheitsfälle zusammen dem Reichstag eingebracht werden, ist eigentlich selbstverständlich. Die Hauptfrage würde aber eine Aufklärung darüber gewesen sein, ob beide Gesetze durch ein Mantelgesetz verbunden werden sollen, so daß das eine nicht ohne das andere angenommen oder abgelehnt werden kann.

Regierung und Jesuitengesetz.

Zu mir nichts, ich zu dir auch nichts!

Die Regierung wird dem Beschlusse des Reichstags auf Aufhebung des Jesuitengesetzes keine Folge geben. Nichts anderes kann aus den Ausführungen geschlossen werden, die die „Nordb. Allgem. Ztg.“ dazu macht. Das offiziöse Blatt schreibt:

„Erfreulich ist die Ruhe, mit der diesmal die Verhandlungen, die neue sachliche Gesichtspunkte nicht gebracht haben, und wohl auch nicht bringen konnten, geführt worden sind. Solche Ruhe erscheint doppelt notwendig in einer Frage, die nur zu oft schon die Zinsabhängigen beider Konfessionen leidenschaftlich erregt hat. Wenn es schließlich darum zu tun ist, daß die verschiedenen Konfessionen für die religiösen Bedürfnisse ihrer Angehörigen, ihren Glaubenssätzen entsprechend, eintreten und sorgen, ohne daß der konfessionelle Frieden untergraben wird, der wird es begrüßen, daß wir uns so wieder dem Zustand nähern, der bis in das Jahr 1912 bestanden hatte. Dieser Zustand gab uns immerhin einen von lebenswichtigen Erörterungen freien modus vivendi, der sich in einer, aller Engherzigkeit abgewandten Handhabung des Gesetzes kennzeichnet. Daß der Bundesratsbeschluss vom 28. November hieran nichts ändern sollen und nichts geändert hat, ist gegenüber anderweitigen unrichtigen Auffassungen vom Reichstag im Reichstage ausdrücklich festgestellt worden.“

Also keine Aufhebung des Jesuitengesetzes, aber eine Umwandlung, wie sie bis zum Eingreifen des Freiherrn in Herling Uebung gewesen ist. Damit wird sich das Zentrum, wenn es auch gegenwärtig noch großt, zufrieden geben.

Diese offiziöse Kluggebung ist ein neues menschliches Dokument aus der Reichstagskammer, das uns zeigt, wie um die Seele des Reichstags zwei verschiedene Kämpfe ringen. Die Angst vor der Aufhebung des Jesuitengesetzes und die Angst vor seiner Anwendung. Dem Reichstagsbeschlusse kann ja Herr v. Bethmann nicht nachkommen, denn mehr als der Reichstag imponiert ihm der Evangelische Bund. Aber mit hilflos erhobenen Händen steht er zu Herrn Spahn hinüber: Zu mir nichts, ich zu dir auch nichts!

Weniger Schnaps trinken!

Die Fiskusunter haben sich auch mit der neuesten Gesetzgebung, die ihnen die Liebesgabe beschneidet, abgefunden. Mit Stolz wird jetzt darauf verwiesen, daß im vierten Jahre des Schnapsbottens, während der ersten vier Monate, also von Oktober bis Januar, die Erzeugung von Alkohol eine Höhe erreicht habe, wie sie seit 1909/10 noch nicht wieder möglichst gemessen sei. Das stimmt tatsächlich! Es ist zugleich ein Beweis dafür, daß die Fiskusunter trotz der Aufhebung der alten Liebesgabe recht moderne Geschäfte machen.

Wie sieht es mit dem Trinkverbrauche? In den ersten vier Monaten des Jahres 1912/13 ist die Erzeugung von Trinkbranntwein gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres wieder deutlich zurückgeblieben, und zwar um rund 33 000 Hektoliter! Es bleibt also die Tatsache bestehen, daß es mit dem Trinkverbrauche zwar langsam aber doch sicher zurückgeht. Und wo kommt die Hauptmasse der Mehrerzeugung von Alkohol jetzt hin? Sie verschwindet im gewerblichen Verbrauch als Spiritus. Die Macht der Spiritus-Zentrale hat auch 1909/10 im ersten Jahre der neuen Schnapssteuer und des sozialdemokratischen Bocktotes, es ermöglicht, die durch die Branntweinproduktion nicht verbrauchten Alkoholbestände dem planmäßig angeregten gewerblichen Bedarfs zuzuführen. Hier haben die Alkoholiker die Organisation, die sie auch dann vor Verlust schützt, wenn der Schnapskonsum zurückgeht. Das bittere Gefühl, die politische Macht der Arbeiter bemerkbar zu machen, verschwindet damit allerdings ebenso wenig, als die bewilligte Druckstelle am Geldbeutel des Reichschatzsekretärs.

Im einzelnen zeigt die Entwicklung der Alkoholerzeugung, des Trinkverbrauchs und des gewerblichen Bedarfs für die ersten vier Monate von 1912/1913 das folgende Bild:

Viertel bis Januar des Jahres	Erzeugung	Trinkverbr. in hl Alkoh.	gewerb. Verbrauch
1912/13	1 816 816	674 821	685 078
1911/12	1 423 740	709 212	605 888
1910/11	1 563 565	704 056	451 804
1909/10	1 707 852	578 163	688 598

Erhebliche Teile der Produktion von Alkohol sind bis jetzt noch nicht in den Verkehr gekommen, sie erscheinen deswegen auch noch nicht in der Verbrauchstatistik. Das Wichtigste ist: Der Schnapsverbrauch ist zwar zurückgegangen, aber lange nicht genug! Es muß möglich werden, den Branntweinverbrauch so entscheidend zu beeinflussen, daß die Alkoholproduktion an der Schnapsherstellung überhaupt kein Geschäft mehr machen.

Also, Ihr Arbeiter, weniger Schnaps trinken!

Schutz der Deutschen in Adrianopel.

Auf die Anfrage des Reichstagsabgeordneten Wendt (Soz.) hat Staatssekretär von Jagow folgende Antwort erteilt: „Als Anfang Februar die Feindseligkeiten zwischen den Balkanstaaten und der Türkei wieder aufgenommen wurden, hat die deutsche Regierung in Sofia Botschaften erhoben, um für die Angehörigen in Adrianopel die Erlaubnis zur Abreise zu erwirken. Der Antrag zu dieser Zwecke ist unserem Gesandten am 4. Februar zugegangen. Entsprechende Schritte wurden von den Regierungen der anderen beteiligten Mächte unternommen.“

Die bulgarische Regierung machte zunächst militärische Bedenken geltend, trat dann aber dem Antrage unter der Vorbedingung nach, daß die Zahl der Fremden nicht zu groß sei. Hierüber stellten, wie der kaiserliche Gesandte in Sofia unter dem 16. Februar meldete, Erkundigungen durch einen Parlamentarier eingeholt werden. Der österreichisch-ungarische Konsul, der in Adrianopel die deutschen Interessen wahrnimmt, erhielt den Auftrag, die Zahl der Reichsangehörigen anzugeben.

Nach einem Bericht des kaiserlichen Konsuls in Konstantinopel vom 18. Februar hat sich jedoch Schülke-Pascha, der Konsulnpräsident der belagerten Stadt, dem Abzug der Fremden widersetzt, weil er Indispositionen über den Zustand der Festung befürchte. Wegen der dieser Weigerung gegenüber zu ergreifenden Maßnahmen wird zur Zeit in Konstantinopel verhandelt. Zu welchem Ergebnisse die Verhandlungen führen

werden, läßt sich vorläufig nicht sagen. Bisher ist ein Ausweg durch Einräumung einer neutralen Zone geschaffen worden, was nach Ansicht der Konsuln in Adrianopel ausreicht würde. Die deutsche Regierung wird sich sehr wohl darüber freuen, daß den Reichsangehörigen die Abreise aus der Festung gestattet wird, sobald die Angehörigen anderer Staaten eine solche Erlaubnis erhalten.“

Die große Frage: Was soll werden?

„Was nun?“ So fragt die freikonservative „Post“ die Reichsregierung, nachdem der Reichstag die Dismarkenzulage abgelehnt hat. Das alte Scharfmacherorgan ist sich darüber klar, daß die Frage der Dismarkenzulage keine geeignete Wahlparole bilden würde, eine Reichstagsauflösung in diesem Falle daher sehr gewagt erschiene; aber etwas müsse die Regierung tun, um die Staatsautorität zu wahren, sofern das Zentrum nicht doch noch mit sich reden läßt. Nun ist guter Rat teuer; denn das Zentrum wird bei der neuen Militärvorlage nötig gebraucht. Die „Post“ macht denn auch der Regierung Vorwürfe darüber, daß sie die Peeresvorlage im Reichstage nicht früher eingebracht hat. Dann sagt die „Post“ am Freitag abend: „Wenn sich somit auch nicht verkennt läßt, daß die Lage der Regierung — freilich durch ihre eigene Schuld — eine recht missliche ist, so wird sie trotzdem nicht umhin können, auf eine beschleunigte Klärung unserer ganzen inneren Lage hinzuwirken. Es hat sich schließlich bei der getriggen Abstimmung im Reichstage nicht um Annahme oder Ablehnung der Dismarkenzulage allein gehandelt, diese Zulagen bilden vielmehr einen integrierenden Bestandteil unserer Außenpolitik überhaupt, und somit ist die gestrige Abstimmung nicht dieser Richtung hin von besonderer und außerordentlich wichtiger Bedeutung. Nimmt die Regierung das gestrige Resultat widerstandslos hin, so würde man daraus folgern können, daß sie sich damit abgefunden hat, unsere Außenpolitik auf den toten Strang schieben zu lassen, und es ist selbstverständlich, daß ihr bei einer solchen v. ränderten Stellungnahme dann aus anderen Lagern der schärfste Widerstand zu erwarten ist. Sie steht also vor der Notwendigkeit, irgend etwas zu tun, vor dem für sie vielleicht bitterer Müß, zu handeln und eine Klarheit zum mindesten darüber zu schaffen, ob sie zugeben will, daß Preußen in seiner Außenpolitik vom Reiche im Stiche gelassen wird.“

Der Kampf um die Stuttgarter Polizei.

Im Finanzausschuß der zweiten Württembergischen Kammer erlitt am Freitag der schwarz-blaue Bloß eine Niederlage. Seit einer Reihe von Jahren strebt die württembergische Regierung mit Unterstützung der reaktionären Parteien nach der Verstaatlichung der heute der Gemeindeverwaltung unterstehenden Stuttgarter Polizei. Man strebt den wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie im Stuttgarter Rathaus. Bei der bisherigen Zusammenfassung des Landtages hatten alle Vorstände dieser Art keinen Erfolg. Die Regierung hat nun im neuen Etat vorschlagsweise die Errichtung einer Landespolizeizentrale vorschlagen, die zunächst als kriminaltechnische Sammelstelle und Vermittlungsstelle für Fingerabdrücke und andere kriminalistische Hilfsmittel gedacht ist und der Stuttgarter Polizeidirektion subordiniert werden soll. Aus der Vorlage ist aber deutlich ersichtlich, daß an eine baldige Erweiterung dieser Zentralstelle auf Kosten der Stuttgarter Gemeindepolizei gedacht wird. — Bei Beratung der Vorlage auf 34.000 Mark bemessen, später auf 100.000 Mark geschätzten Forderung für dieses Amt sprachen die Gegner der Vorlage es offen aus, daß sie nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen, sondern aus politischen Rücksichten eine Schmälerung der Rechte der Stuttgarter Polizei wünschten. — Genosse Dr. Lindemann rief die Vorlage scharf zu Ablehnung. Mit der Kriminalpolizei, von der jetzt schon ein Stück abgetrennt werden sollte, hänge die Sicherheits- und die Verkehrs-polizei aus engster Zusammenfassung. Diese aber sei das Kernstück der kommunalen Selbstverwaltung. Die kommunale Selbstverwaltung werde durch die Landespolizeizentrale aufs schärfste gefährdet. In sachlicher Hinsicht verurteilte Lindemann die ganze Polizeireorganisation gegen Lindemann die vollständige Selbstlosigkeit des Planes der Regierung. Die Eifersucht der Regierung gegen die Stuttgarter Polizei sei ganz unbegründet; soweit die Stuttgarter Polizei auf Grund ihrer übertragenden Bedeutung innerhalb des Landes über das Stadtgebiet hinausgreife, tut sie es, um Verbrecher zu verfolgen. Damit sei aber kein politischer Einfluß verbunden. Kräftig verpöbelte Lindemann die Angst vor dem wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie im Stuttgarter Rathaus. Die Phantasie der Verteidiger der Staatspolizei träume von revolutionären Experimenten, gegen welche ihnen die Gemeindepolizei keinen genügenden Schutz biete. Daher diese Vorlage, die von den Sozialdemokraten glatt abgelehnt werde. — Aus sachlichen Gründen sprachen sich auch die Volksparteier gegen die Regierungsvorlage aus. Sie stellten sich aber eine erneute Stellungnahme offen mit der Begründung, die Sache sei nicht spruchreif. — Ebenso wurde die Vorlage von einem national-liberalen Abgeordneten bekämpft, während ein zweiter National-

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Eschlaier.

(Nachdruck verboten.)
„Ein Licht für einige Stunden, aber nachher ist es so finstern.“ Der Zahnarzt verfiel wieder einmal in seine pessimistischen und resignierten Antworten. „Singen Sie den Doktor einen Schnaps“, rief einer der Herren durch das offene Fenster in die Gaststube hinein, „er wird schon wieder so melancholisch wie einer seiner Patienten!“
„Meine Patienten? Meine Patienten wohnen auch dort, wo die herkommen. Hier lassen die guten Bürger ihre Zähne einfach im Grunde verfaulen. Das ist nicht hübsch und nicht gesund, aber das Billigste ist es ja ohne Zweifel.“
„Trinken Sie nun den Schnaps“, mahnte der Bäder, „sonst fallen Sie meiner Seele nach ganz in sich zusammen.“
„Alles richtig! Sollten wir uns an den Schnaps und an die vorhandenen lokalen Reize“, sagte der Zahnarzt und trank.
„Es lebe die lange Marie!“ schrie der Bäder und wurde aufgeschreckt.
Der Zahnarzt schüttelte den Kopf. „Nur ein Scherz, wußten Sie nur gerade mit diesem langen Zucker kommen — nachdem man eben aus der Ferne etwas Schnaps wenigstens geglaubt hat.“
Die anderen begünstigten den eckelnden Scherz; der Bäder hatte nun einmal eine sehr einfache und populäre Gesinnung. Aber was war das? War das nicht der alte Ofen, der dort wie die Lokomotive einer Kleinstadt vom Norden heranzog?
„Das geht niemals gut“, sagte der Zahnarzt, „ein solches Feuer verbrät Ofen, weiß Gott, nicht mehr. Ihr werdet sehen, er kriegt hier einen Schlaganfall, ohne daß ihm auch nur ein einziger zahnärztlicher Schnaps die Welt übrig bleibt. Und dabei hat dieser Ofen einen schönen Zahn, der ihm Gott sei Dank, so weit tut, daß er ihn morgen ausziehen lassen wollte.“
„Ofen war sehr populär, irgendwie furchtbar beim Sehen und hier hatten immer an warmen Tagen ein offenes Feuer. Wenn man in der Stadt einen solchen Ofen bezogen hätte, müßte man ja sagen, Ofen war die Temperatur für die Welt der Ofen. Ofen hat immerhin einen schönen Zahn, der ihm Gott sei Dank, so weit tut, daß er ihn morgen ausziehen lassen wollte.“
„Ofen war sehr populär, irgendwie furchtbar beim Sehen und hier hatten immer an warmen Tagen ein offenes Feuer. Wenn man in der Stadt einen solchen Ofen bezogen hätte, müßte man ja sagen, Ofen war die Temperatur für die Welt der Ofen. Ofen hat immerhin einen schönen Zahn, der ihm Gott sei Dank, so weit tut, daß er ihn morgen ausziehen lassen wollte.“
„Ofen war sehr populär, irgendwie furchtbar beim Sehen und hier hatten immer an warmen Tagen ein offenes Feuer. Wenn man in der Stadt einen solchen Ofen bezogen hätte, müßte man ja sagen, Ofen war die Temperatur für die Welt der Ofen. Ofen hat immerhin einen schönen Zahn, der ihm Gott sei Dank, so weit tut, daß er ihn morgen ausziehen lassen wollte.“

Dieser schielende Zahnarzt brachte ihn immer um seine besten Potenzen.
„War es nicht ein hübsches Weib, an das Sie dachten, mein teurer und wohlwollender Freund?“
„Ja“, sagte Ofen etwas perplex.
„Nun, sehen Sie wohl. Wer an diesem klaren Tage in diesem von Gott verlassenen Winkel etwas gesehen hat, kann immer nur das eine meinen, das wir auch gesehen haben. Und nun reizen Sie mich nicht mehr; ich soll Ihnen ja morgen zu meiner Freude einen schönen festen Zahn mit drei Wurzeln ausziehen.“
„Aber wußt Sie, wer es ist?“
„Nein, wie sollten wir das wissen? Wir kennen uns hier nur gegenseitig und von den angenehmen Erscheinungen wissen wir nie, wer sie sind.“
„Ich aber weiß es“, schrie Ofen in wildem Triumph und schlug auf den Tisch, daß die Gläser klirrten. Nun kam er doch zu seiner Pointe.
Der Zahnarzt faltete entsetzt die Hände. „In Ihrem Gehirn, lieber Ofen, bereitet sich jetzt eine schreckliche Dummheit vor. Bei der Weisheit unseres Volkes stehe ich Sie an, lassen Sie sie nicht zum Vorschein kommen. Der Tag begann so schön.“
„Wenn ich es aber weiß, wenn ich es aber ganz bestimmt weiß!“
„Nun, dann in Gottes Namen.“
„Es ist die Dogmat Engelbrecht aus der Fischerstraße.“
„Ach!“ schrie der Bäder und wachte vor Entzücken betnahe unter den Tisch gefallen; nun lag Ofen auch auf diese Weise hin. Der Zahnarzt aber stand gemessen auf. „Wissen Sie, lieber Ofen, können Sie morgen mit Ihrem Zahn doch lieber nicht zu mir. Ich habe zwar eine wohlausgerüstete Zoller-Kammer, aber auf die Behandlung von Zähnen bin ich nicht eingerichtet.“ Dann trank er sein Bier aus, grüßte respektvoll und ging.
Ofen wurde von diesem Vorgange doch etwas bedrückt, und als die Dummheit wieder schlag und alle Herren zum Mittagessen gingen, meinte er nachdenklich: „Und dabei hätte ich doch noch machen können; aber man kann sich natürlich waschen; man kann sich natürlich waschen!“ — und mit dieser philosophischen Erkenntnis begann er dann, in der Mittagsstunde die bergige Straße hinauszugehen.
Die Fremde aber ging inzwischen weiter. Sie ließ die letzten Häuser der Stadt hinter sich, schaute in geduldeten Contemplation der Straßenszene auf und überall wanderten ihr die Köpfe der Männer nach ihr um und überall entstand die Frage: „Wer ist denn die?“ Die letzten Spaziergänger waren bereits von der Straße verschwunden, als sie wieder auftrat. Sie ging denselben Weg zurück; wie sie aber wieder bei der Stadt anlangte, schlug sie einen Nebenweg ein und gelangte in die

heissen, toten Mittagsstunde unbemerkt in die Fischerstraße zurück. Durch die Häuser der Stadt aber lief immer die gleiche Frage: „Wer ist die Fremde und wo mag sie abgestiegen sein?“
Als der Spätnachmittag kam und die schräge Abendsonne ihren letzten freundlichen Gruß in die Fenster sendete, sah man den dicken Ofen in starker innerer Bewegung durch die Straßen gehen; er hatte inzwischen die einwandfreie Gemüthsruhe verloren und wollte nun der Bete seines eigenen Ruhmes sein.
In den Gasthäusern hatte der Dünnerdunst bereits begonnen und Ofen traf überall einen fröhlichen Schwarm von Menschen, denen er die Neugierde und seinen Triumph mitteilen konnte; und überall entstand eine starke Bewegung und heimliche Zukunftspläne wurden in großer Menge geschmiebelt. Einen einzigen Menschen aber konnte Ofen durchaus nicht finden, und doch war es gerade der, den er am meisten suchte — den Zahnarzt. Er ging durch alle Wirtschaften und ließ auch die elegantesten Schenken nicht aus, wenn er seinen Gegner vom Vormittag dort vermisst durfte. Er redete sich heiß und heiß und lächelte seine innere Glut durch große Mengen Bier, aber den Zahnarzt fand er nicht.
Als er endlich verzweifelt im letzten Hotel der Stadt sah, dort, wo er am Vormittag so schmählich behandelt worden war, war nun noch eine Möglichkeit übrig — der Zahnarzt mußte im Hotel „zur Krone“ sein, obwohl er am Sonntag nie dort zu sein pflegte. Es war bereits seit langem Abend geworden und in den Gasthäusern brannten die Kaminen; aber Ofen wollte nicht den langen Nachmittag umsonst geplagert sein und ging doch noch in die „Krone“. Als er die Tür aufmachte, blieb er vor Entsetzen wie angewurzelt stehen; dort schaute der Zahnarzt am Billard und spielte so grazios mit seinem Quatuor, als hätte er nie eine schändliche Niederlage erlitten.
„Gaba, gaba!“ schrie Ofen im Bewußtsein seiner Ueberlegenheit, „wer hat nun recht behalten, wenn ich fragen darf.“
„Sie haben einen offenen Kopf und eine offene Seele“, sagte der Zahnarzt und schickte sich lakonisch zu einem neuen Stoß an. Ofen hatte in seinem Herzen Amieser vergelten, die Worte zu schleichen, obwohl er sie wegen des Kronens ja nicht offen zu lassen brauchte. Die Gäste lachten; aber Ofen wurde so gramig, daß er im stillen beschloß, den festen Zahn mit den drei Wurzeln nun doch vom Barbier reißen zu lassen. An den Anwesenden wurde dagegen diskutiert, die letzte und stärkste Sensation der Familie Engelbrecht. Bald ging ein glänzendes und etwas festliches Schwingeln durch die Reihen und bald sollte die Begeisterung in starken Wagen. Gatte wohl eine der Nachbarn eine etwas weinliche Augenweiser?
„Die Nachbarn?“ schrie ein Kaufmann, der als Gaudelangstretender viel herumgekommen war. „Man kann sich in Gauding, man kann sich in Berlin die Beine ablaufen und findet so etwas nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Abwärtler hin und her schwankt und sich der Stimme enthielt. — Für die Stellung der Regierung war es recht unheimlich, daß der jetzige Oberbürgermeister von Stuttgart, der früher als Staatsbeamter mit der Erstattung eines Gutachtens über die Stuttgarter Polizei beauftragt, also als erste Autorität in der Frage anerkannt worden war, mit Unterstützung der Gemeindefürsorge in einer Eingabe die Vorlage sehr entschieden bekämpfte. — Der Antrag des Zentrumspartei angehörigen Berichterstatters, auf Genehmigung der Vorlage wurde mit sieben Stimmen der Volkspartei, der Sozialdemokraten und eines Nationalliberalen gegen 7 Stimmen des Zentrums und der Bauernvereiner bei einer Enthaltung abgelehnt. Im Plenum dürften aber wahrscheinlich einige Nationalliberales für die Vorlage stimmen, die dann Annahme finden.

Die Landtagswahlen in Baden. Mit Ausnahme der Städte Mannheim und Karlsruhe sind jetzt fast überall die sozialdemokratischen Kandidaten zu den im Herbst stattfindenden Landtagswahlen aufgestellt. Das Zentrum beantragt bereits seine aufgedünnte Liste: Unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie einzuleiten; es unterläßt die Kandidatenauflistung in jenen Kreisen, in denen es seine Stimmen gleich im ersten Wahlgang dem Gegner der Sozialdemokratie, der die meisten Aussichten auf den Sieg hat, zuwenden will, erteilt, ob dieser konservativ oder freisinnig ist. Auf diese Weise will der Zentrumsführer Wacker den badiischen Großblock zerschlagen. In der Presse der nicht-zentrumlichen Parteien verdrängen deshalb auch nicht die Erörterungen, ob ein Großblock schon im ersten oder erst im zweiten Wahlgang den Wirkungen der Wackerischen Taktik begegnen soll.

Jugendgerichte. Die Verhandlungen der 18. Kommission des Reichstags schieden am Donnerstag bei § 8 des Entwurfs ein, der die Erhebung der Anklage regelt. Wenn die Verurteilung, die Anklageerhebung in das freie Ermessen der Staatsanwaltschaft zu stellen, wandte sich Genosse Stadthagen in nachdrücklichen Hinweis auf den persönlichen Charakter der Staatsanwaltschaft, der das freie Ermessen zur Willkür geben würde. — Der Antrag im Sinne der Klasse-justiz machen wurde. Die Entscheidung über die Erhebung der öffentlichen Klage gegen Jugendliche soll nach dem sozialdemokratischen Vorschlag in die Hände der Vormundschaftsbehörde gelegt sein, die aus dem Vorliegenden und mündelhaften zwei Schöffen (Waisensachen, Jünger, darunter eine Frau) besteht. Die Klageerhebung selbst soll durch den Staatsanwalt nach dem Entscheid der Vormundschaftsbehörde erfolgen. — Der Antrag wurde von der Regierung, wie von allen bürgerlichen Parteien beauftragt; im Prinzip trat ihm, um die Wirkung von Geistlichen, Lehrern und Frauen bei der strafrechtlichen Behandlung von Jugendlichen in gewissen Umständen doch noch zu ermöglichen, nur Meyer-Dresfort (natl.) bei. — Nach längerem Debattieren verließ die Kommission die verschiedenen Fassungen unter einem Gut zu bringen durch folgenden Vermittlungsantrag: Öffentliche Anklage gegen Jugendliche darf nicht erhoben werden, wenn der Staatsanwalt der Ansicht ist, daß Besserungs- und Erziehungsmaßnahmen der Strafe vorzuziehen sind, und die Vormundschaftsbehörde zustimmt. — Ob aus dieser Grundlage eine Verständigung möglich ist, wird sich in der nächsten Sitzung zeigen.

Die Freimäkelerei aus dem Lande. Während der agrarischen Woche lag in Berlin auch ein „Dorfkirchenrat“, den die Landpartei verurteilt hat. Vielleicht wollten sie ihre getreuen agrarischen Schäflein nicht ohne geistliche Aufsicht nach der jüdischen Reichshausarbeit ziehen lassen. Mit der Freimäkelerei aus dem Lande, deren Führung zu den Aufgeboten der Dorfkirchenrat gehörte, scheint es nicht sonderlich gut bestellt zu sein. Meinungslos führte Professor Sourmay aus:

„Auch heute noch kann man in Dorfkirchen manchmal nur ein paar krumme Mäkelchen, alte Männer und auf dem Chor Kinder sehen, dazu etwa noch einige halbwegsige Burchen, die womöglich noch Altvordern treiben. Die Dorfkirchenbewegung möchte mithelfen, im Interesse unseres lieben Vaterlandes da Wandel zu schaffen.“

Reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzuges. Wie verlautet, ist man im Reichsamt des Innern damit beschäftigt einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der die Frage des Strafvollzuges für das ganze Reich einheitlich regelt.

Kaiserhuldigung und Sozialdemokraten. In der bürgerlichen Presse wird ein falscher Bericht über eine Stadtverordnetenversammlung in Welsch (Rheinland) berichtet, die am 18. Februar stattfand. Auf der Tagesordnung stand „Die Beteiligung der Stadt an einer Huldigungsadresse deutscher Städte zum 25-jährigen Regierungsjubiläum des deutschen Kaisers“. Es wird nun erzählt, daß neben den bürgerlichen Stadtverordneten auch sämtliche acht Sozialdemokraten geschlossen der Huldigungsadresse zugestimmt hätten. Das ist Schwindel. Es kann keine Rede davon sein, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten für die Huldigungsadresse gestimmt haben; wie gewöhnlich, so erfolgte auch über diesen Verhandlungsgegenstand überhaupt keine Abstimmung. Der Vorsitzende konstatierte im Galopp-tempo die Annahme, nachdem von keiner Seite Vorwürfe erfolgt waren. In der nächsten Sitzung protestierte nun die sozialdemokratische Fraktion gegen die tendenziöse Berichterstattung der bürgerlichen Presse.

Offener Brief an den Reichstagsabg. v. Morawski. Bei der Entlassungsdebatte im Reichstags hatte der polnische Abg. v. Morawski sich darauf berufen, daß die dem „Deutschen Bauernbunde“ angehörenden Anführer Parteimitglieder und Moritz verlangt hätten, daß der deutsche Großgrundbesitzer entlassen werde, wie der polnische. Ferner hatte er die in einer Broschüre bereits von ihm aufgestellte Behauptung wiederholt, daß in deutschen Anführerkreisen folgendes Lied zirkuliere:

„Wilhelm sagt zu seinem Sohne:
„Du! der Teufel die Barone;
Ob sie Deutsche oder Polen
Alle soll der Teufel holen!“

Die Anführer Parteimitglieder und Moritz versenden nun einen „offenen Brief“, in dem sie erklären, daß sie nicht allgemein die Entlassung des deutschen Großgrundbesitzers fordern, sondern nur die Latzfundigen, in erster Reihe aber der Besitzungen verlangen, deren Besitzer im Auslande leben und durchweg Polen seien. Das zitierte Lied sei in Anführerkreisen völlig unbekannt.

Ausland.

Delcasse als Gesandter in Rußland.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 21. Februar: Die Ernennung Delcasses zum Gesandten Frankreichs in Petersburg wurde gestern Mittag bekannt, kurz vor der Verlesung der Botschaft des Präsidenten. Daß sie geplant war, wußte man in „eingeweihten Kreisen“ schon längst. Der gegenwärtige Botschafter Louis, dem der in Paris sitzende Gesandte Rußlands 3 bis 4 Mal, schließlich gegenüberstand, weil er verflucht hätte die sozialistische Balkanpolitik, die zum Krieg führte, zu durchbrechen, hatte den Wunsch geäußert nach Frankreich zurückzukehren. Und da seit seinem Abgang aus dem Direktorat des Ministeriums des Auswärtigen in Paris, ein wäres Durcheinander dort herrschte, so kam man ihm sehr gern entgegen. Daß Delcasse zu seinem Nachfolger bestimmt wurde, hat bereits verschiedene Art. Es ist kein Zweifel, daß er damit den Abgesandten, von dem alle Welt weiß, daß er um den Posten des Ministerpräsidenten buhlt, einwilligen von Paris entfernen wollte. Es wird deutsche Blätter geben, welche die Ernennung Delcasses zum Botschafter in St. Petersburg als eine gegen Deutschland gerichtete Handlung bezeichnen. Vor einigen Jahren hätte sie vielleicht einen solchen Charakter gehabt. Aber es ist bekannt, daß Delcasses Absichten sich in dieser Hinsicht geändert haben und daß er keineswegs mehr so großartig läßt, wie vor einigen Jahren, als er seine Aufgabe in St. Petersburg

heimvertrags mit den verschiedenen Staaten abschloß. Man hat allen Grund anzunehmen, daß die Ernennung Delcasses vielmehr eine an Rußland gerichtete Mahnung ist. Bisherigen Rußland und Frankreich haben sich seit dem Beginn des Balkankonfliktes hinter den Russen Szenen abgesehen, die zur Erklärung der Allianz wenig beitragen konnten. Auch ist die französische Hochfinanz sehr unzufrieden mit der Art und Weise, wie Rußland mit den ihm gelieferten Milliarden umgeht: und wenn die republikanischen Wähler auch bereit sind, immer wieder auf neue zu leisten, so wünschen sie doch eine strengere Kontrolle zu haben. Delcasse soll durch seine Autorität, die er am russischen Hof besitzt, der Allianz wieder ein aktiveres und intimeres Gepräge verleihen; in diplomatischer, wie in ökonomischer Hinsicht.

Die Venenreform im Ministerrat.

Die eingehenden Beratungen des russischen Ministerrates über den Revisionsbericht des Senators Manuichin haben in den letzten Tagen ihren Abschluß gefunden. Das Resultat ist noch jüammerlicher, als man es bisher vermuten konnte. Bedeutete schon die Verurteilung der Schuldfrage bei der Arbeitermeißel und die Forderung einiger Minister, den Gendarmerie-Minister Tschischikow dem Gericht zu übergeben, eine völlige Kapitulation des Ministerrates vor den eigentlichen Urgebern der Venenreform, so erweist es sich nun, daß selbst diese Frage in einem anderen Sinne entschieden worden ist. Wie die „Rojwje Wremja“ berichtet, hat der Minister des Innern über die Wegelei „neue Angaben“ erhalten, die angeblich die Ergebnisse der Senatorenrevision widerlegen. Der Minister Tschischikow soll deshalb nicht wegen Ueberschreitens seiner Nachbefugnisse, sondern wegen — Untätigkeit im Amte gerichtlich belangt werden, obgleich das Niederhalten von 500 Arbeitern doch wohl ein ausreichendes Argument gegen die ihm nun zugeschriebene „Untätigkeit“ ist! Von den übrigen Maßnahmen des Ministerrates in dieser Angelegenheit ist nur zu sagen, daß sie einerseits vollkommen unzulänglich sind, andererseits den elementarsten Forderungen der Arbeiter Lohn sprechen. Gegenüber den unverschämten Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter in den Bergbauarbeiten, gegenüber der unbegrenzten Gewalt der Gesellschaft und der von ihr ausgehenden Reglerungsbeamten, gegenüber der unverhältnißmäßigen Verelendung der Arbeiter und ihrer zu Tüchtern gezwungenen Frauen und Töchter — bedeutet der Beschluß des Ministerrates, die neuen Versicherungsgeetze auch auf die Minenarbeiter auszudehnen, einige Punkte des Lehrertages abzumildern und die Strafen für die Verletzung des Vergleichen zu erhöhen, weniger als nichts! Hierzu kommt noch der weitere Beschluß des Ministerrates: die Polizei im Minengebiet zu verstärken und einige neue Elemente von Polizeigewaltigen im Donaugebiet zu schaffen. Hierin liegt der eigentliche Kern der vom Ministerrat beschlossenen „Reformen“. Vergewaltigt man sich noch, daß diese Beschlüsse gefaßt worden sind nach einer Senatorenrevision, die alle Anlagen der Arbeiter bekräftigt hat, erwidert man noch, daß der Ministerrat aus Furcht vor den Ergebnissen dieser Revision das Gesicht des Senators Manuichin hinsichtlich der Veröffentlichung seines Berichtes abgewandt hat, so kommt man zu dem Schluß, daß der Ministerrat vollkommen bewußt seinen Entschluß fündig, alles beim alten zu lassen. Die russische Arbeiterklasse wird nicht zögern, aus dieser Kundgebung die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Die Proletariermeißel vor der italienischen Kammer. Die jüngsten Gewalttaten der Polizei gegen waffenlose Demonstranten haben jetzt in der italienischen Kammer ihr Nachspiel gehabt. Die Parteigenossen Venturi und Campana, der Reformist Bonomi und der Republikaner Chiesa haben die Regierung über das Verhalten der Polizei zur Rede gestellt und mit scharfen Worten die systematische Straflosigkeit der arbeiter Gewalttaten gebrandmarkt. Giolitti glänzte durch Abwesenheit, und der Unterstaatssekretär Falcoioni wußte in üblicher Weise nichts anderes zu sagen, als daß die Polizei im Zustande der Notwehr gehandelt hätte. Weiter wies er auf die schwebende gerichtliche Untersuchung hin, deren Ausgange man freilich schon im voraus kennt, mit deren Erwartung man aber seit Jahr und Tag bei derartigen Interpellationen die Redner zum Schweigen verweist. Alle Interpellanten erklärten sich für nicht zufriedenzustellen und werden ihre Interpellation in Form einer Motion (auf die eine Zustimmung folgen muß) wieder zur Sprache bringen. Während der Diskussion fand vor dem Parlamentgebäude eine große Demonstration statt, bei der die Polizei es auch nicht an Brutalität fehlen ließ.

Ein Deutscher in Mexiko erschossen. Ein Deutscher, namens Feltz Sommerfeld, der Chef des Geheimdienstes des bisherigen Präsidenten Madero, ist erschossen worden. Die Tat wird mit der Behauptung begründet, daß er sich zur Spionage hergegeben habe.

Die Wirren in Mexiko. Aus Mexiko wird gemeldet, daß General Figueroa mit seinen getreuen Truppen sich gegen General Huerta auszusprechen hat. Er marschiert bereits mit 10 000 Mann gegen die Hauptstadt. General Figueroa gilt als der beste Soldat von ganz Mexiko und wird deshalb von den Diagruppen geliebt. Wie in London bekannt geworden ist, haben bereits acht Städte mit ihm gemeinliche Sache gemacht. Die letzten Teile römme befragen, daß von Mexico-Luz aus alle verfügbaren Mannschaften nach Veracruz gerandt werden, um dem aufstrebenden General erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Die Entwicklung des Tageblatts der englischen Arbeiterpartei. Genosse Longuey erzählt in der „Summitte“, was ihm der Chefredakteur des „Daily Citizen“, Frank Dixon, über dieses große Tageblatt mitgeteilt hat. Dixon war, obwohl Sozialist, vorher in bedeutender Stellung des konservativen „Daily Mail“, des verbreitetsten englischen Blattes. Er sagt, daß drei Viertel der Angestellten der großen konservativen Presse Sozialisten seien. Die Arbeiter wüßten das, könnten sie aber nicht entbehren und hätten sich nur, indem sie die polemischen Artikel gegen den Sozialismus von anderen schreiben ließen. Merkwürdig ist nur, wie diese Sozialisten solche Tätigkeit ertragen können. Dixon selbst war durch sein Buch über den Niedergang des Hauses der Lords mit den Leitern der Arbeiterpartei bekannt geworden.

Ueber die bisherigen Erfolge der neuen Zeitung äußerte er sich höchst befriedigt. Die erste Nummer wurde in 400 000 Exemplaren verkauft, während der bisher größte Absatz eines neuen Blattes 319 000 gewesen war, wonach das Blatt „Daily Mail“ auf 180 000 sank und erst sehr langsam höher stieg. Der „Daily Citizen“ hat heute schon eine weit höhere Auflage und hofft, bald auf 200 000 zu kommen. Besonders merkwürdig ist die Art der Veröffentlichung der Zeitung. Sie erscheint zugleich in Manchester, der Hauptstadt der englischen Industrie, und in London. Sie wurde in Manchester gedruckt und jeden Morgen im Sonderzuge (für 1600 Mark) nach London gebracht. Da das aber einen zu großen Aufwand erforderte, ist jetzt die Hauptredaktion in London, und der Inhalt wird täglich nach Manchester telegraphiert, um auch dort gedruckt zu werden. Das Ende dürfte hier doch die Schaffung zweier selbständiger Blätter sein. Auch in der Richtung der Arbeiterinteressen hat das Blatt in den wenigen Monaten seines Bestehens schon wichtige Erfolge erzielt. So in seinem von Reigley Snowden geleiteten Kampfe für die Arbeiterinnen der Baumwollindustrie im notwendigen „Schwarzen Bande“, der diesen den Sieg in ihrem

Kampf um den Wochenlohn von 10 Schilling gesichert hat. Dann in der Aufhebung der von einigen konservativen Ädigen Juristen im Unterhause betriebenen Maßnahmen zur Restriktion des Gewerkschaftsgesetzes. Die Enttöpfung mögliche die konservativen Presse, die Praktiken ihrer Parteimitglieder zu verurteilen, und veranlaßte deren Rückzug. Schließlich in der Sache des Dolmetschers Anor, der wegen angeblich in der Trunkenheit begangener Verfehlungen entlassen worden war und von der ganzen Presse als Trunkenbold hingestellt wurde, für den seine Kollegen selbst in den Sympathiestreik eingetreten seien. „Daily Citizen“ wies die Unschuld des Mannes und die Gerechtheit des Streiks nach. So hat sich der Nutzen einer großen Presse den englischen Arbeitern rasch sichtbar gemacht.

Eine Reichsanstalt für Mütter- und Säuglingsfürsorge in Oesterreich. Unfähigkeit des sechsjährigen Regierungsjubiläums des österreichischen Kaisers fanden zahlreiche Sammlungen und Estellungen unter der Devise „Für das Kind“ statt. Sie erwarben den Betrag von 3 000 000 Kronen, der zur Errichtung einer Reichsanstalt für Mütter- und Säuglingsfürsorge und einer Mutteranstalt für Jugendfürsorge verwendet werden soll. Da in Oesterreich gerade kein Ueberfluß an solchen Institutionen herrscht, mögen beide Projekte freudig begrüßt werden. Es wäre nur zu wünschen, daß nicht auch bei diesen neuen Schöpfungen die Altklaren wieder die Führerschaft an sich reißen. Der Reichsanstalt soll ein Internat zur Ausbildung sozialer Mitarbeiterinnen angegliedert werden.

Aus Oberschlesien.

Eine Belagerung in Knurow.

Daß es in Knurow OS., wo Herr Bergrat v. Velsen das Zepter führt, recht munter hergeht, um die „bösen Sozis“ mit Haut und Haaren zu vertilgen, ist allgemein bekannt. Ebenso bekannt ist auch, daß die Arbeit nutzlos ist und es nur neue Anhänger zutreibt. Nach der letzten Mitgliederversammlung fanden zahlreiche Vernehmungen statt, wodurch die Partei einen Zuwachs von rund 12 Mitgliedern hatte. Aber trotzdem wird der Kampf fortgesetzt, wobei Herr v. Velsen selbst tatkräftig mit eingreift. Der Hausvater, bei dem der Kolporteur Genosse Smyczel wohnt, trug dem Amtsvorsteher v. Velsen vor, daß er die Abtast habe, um Erlaubnis der Schankkonzession nachzusuchen. Herr v. Velsen antwortete: „Wenn der Smyczel von Ihnen nicht aufgenommen wäre, dann wäre er aus Knurow raus. So lange Smyczel bei Ihnen wohnt, bekommen Sie die Schankkonzession nicht. Aber damit ist nicht gesagt, daß Sie dem Smyczel kündigen sollen!“ Auf Adamek machte diese Worte erfreulicher Weise keinen Eindruck.

Aber all dieses ist nur nebenjähliger Natur. Die völlige Vernichtung der Sozialdemokratie sollte am letzten Sonntag stattfinden. Man hatte durch Sogel erfahren, daß um 8 Uhr nachmittags eine Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Vereins stattfinden werde und deshalb wurde etwa „Großes“ inzentert. Herr Bomp, der Kolporteur, war der erste auf dem Plane. Doch wegen der herrschenden Kälte zog er vor, an einem Stiebel Fenster Post zu fassen. Ein Polizeibeamter in Zivil und noch ein Herr hielten diesen Platz auch für sehr gut und bald lugten drei Gesichter hinter der Gardine vor, die den Ein- und Ausgang zum Veramittlungstisch beobachteten. Weniger empfindlich gegen die Kälte zeigte sich schon der Ministerpräsident, der sich den Eingang von der Straße als Beobachtungsposten ausgesucht hatte. Von der dritten Seite wurde das Haus gleichfalls bewacht und aus respektabler Entfernung blinnte der Helm eines Gendarmen. So befand sich das Veramittlungstisch 1 1/2 Stunden vor Beginn der festgesetzten Zeit im Belagerungszustande. Allmählich wurde es 3 Uhr und nun rückten die organisierten Sozialdemokraten an. Die Belagerung hatten sie weder Verständnis noch Furcht. Vor Beginn der Versammlung wurden 9 Mitglieder, darunter 3 Frauen aufgenommen. Dann begann Genosse O. Hörsing-Weutjen seinen Vortrag über: „Wie Sozialistenkresser leben und zugrunde gehen“. Er schloß unter stillschweigendem Beifall mit den Worten, daß, wenn die Sozialdemokratie einen Bismarck überwinden habe, sie ruhig und fall über die Aufpasser des Herrn v. Velsen zur Tagesordnung übergehen könne.

Als der bis auf den letzten Platz besetzte Versammlungsraum sich zu leeren anfang, waren die Belagerer verchwinden. So ist die große Aktion verpufft, denn der gesunde Sinn der Kumpels und deren Frauen, läßt sich kein gefehltes Recht eber nicht rauben, das wird Herr v. Velsen nun bald einsehen müssen, auch wenn er sich noch so sehr dagegen stemmt. Der Herr Regierungpräsident aber täte gut, dafür zu sorgen, daß den Arbeitern ihr gefehltes Recht, nicht verstimmt wird.

Deutchen OS., 24. Februar. Die Arbeit des Schwurgerichts Deutchen. In der am Donnerstag beendeten zweiten dreijährigen Schwurgerichtsperiode sind an acht Verhandlungstagen sechs Straftaten erledigt worden, darunter zwei Kapitalverbrechen, nämlich die Gattenmorde des Schuhmachers Jendriek aus Laurahütte und des Arbeiters Wostytscha aus Neumaid, welche mit 12 und 10 Jahren Zuchthaus gestraft wurden. Die übrigen Delikte betrafen Urkundenfälschung, Körperverletzung mit Todeserfolg, Verbrechen im Urte, Brandstiftung und räuberische Erpressung in zwei Fällen. Freisprechung erfolgte im Falle der Brandstiftung und in einem Falle der Erpressung. Die sechs Verurteilten haben insgesamt 29 Jahre Zuchthaus und 5 1/2 Jahre Gefängnis zu verbüßen. — Das ist nur das Schwurgericht. Hierzu kommen die Urteile der Strafkammern, die tagaus, tagein tagen.

Deutchen OS., 24. Februar. Sich selbst gestellt. Bei der hiesigen Kriminalpolizei hat sich am Donnerstag der Buchhalter Frey Lhamm aus Jarobitz, der heimlich Arbeitsgeber, dem Maurermeister Julius Wittke in Jarobitz, nach und nach 1600 Mark gestohlen hatte und dann flüchtig geworden war, selbst gestellt.

Deutchen OS., 24. Februar. Ein 50 Millionen-Prozess. Herr Dendel von Dommersdorf auf Neudorf hat gegen die Verwaltung von Gleichen Erben Schadenersuchansprüche in Höhe von 50 Millionen Mark geltend gemacht. Der Herr leitet seine Ansprüche aus der Erbgewinnung her, die nach seiner Ansicht ihm zusteht. Die Klage ist beim hiesigen Landgericht anhängig gemacht worden.

Laurahütte, 24. Februar. Schwerk verbrannt. Beim Sprengen ist der Wertmeister Klaffel von hier von einem vorzeitig losgegangenen Sprengschuß am ganzen Körper schwer verbrannt worden. Im lebensgefährlichen Zustande mußte er nach dem Hüttenlazarett transportiert werden.

Neumaid, 24. Februar. Das Ende eines Schufers. Freitag abend 8 Uhr sprang der berüchtigte Gelegenheitsarbeiter Paul Wodek in den Promenadenpark und ertrank. Zu Hilfe wurde geborgen und in die Deutchenhalle gebracht. Wodek war ein notorischer Trinker.

Oberschlesische Vereine und Versammlungen. Kattowitz. Sozialdemokratischer Verein. Frauen- und Kinderabend am 2. Uhr im Gesellschaftslokal.

Wahl im Kienum ist bei dem Stärkeverhältnis der Parteien nicht zu zweifeln. Sie soll am Dienstag erfolgen. Die nationalliberalen Mitglieder des Wahlausschusses erklärten, daß ihre Parteigenossen bei der Wahl weiße Bettel abgeben würden, was am Resultat nichts ändern kann. Da nach dem Frankfurter Gemeindeverfassungsgesetz nur der erste Bürgermeister vom König ernannt und der zweite dessen Bestätigung bedarf, die übrigen Magistratsmitglieder — im Gegenfall zu anderen preussischen Städten — aber weder der Bestätigung durch den König noch durch die Regierung bedürfen, so wird in der allernächsten Zeit der erste Sozialdemokrat seinen Einzug in den Frankfurter Magistrat und überhaupt in den Magistrat einer preussischen Stadt halten.

Deckungsfrage und Militärvorlage.

Zu der Diskussion darüber, ob die Militärvorlage gleichzeitig mit der Deckungsvorlage am Reichstag beschickung wird, schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

„Anderweitigen Erörterungen in der Presse gegenüber können wir mitteilen, daß an allen maßgebenden Stellen Übereinstimmung dahin besteht, daß die Militärvorlage und die Vorlage über die Deckung der neuen Forderungen gleichzeitig dem Reichstage zugehen sollten.“

An Klarheit läßt diese Mitteilung so ziemlich alles vermissen. Daß beide Gesetzentwürfe zusammen dem Reichstag eingebracht werden, ist eigentlich selbstverständlich. Die Hauptfrage würde aber eine Aufklärung darüber gewesen sein, ob beide Gesetze durch ein Mantelgesetz verbunden werden sollen, jedoch das eine nicht ohne das andere angenommen oder abgelehnt werden kann.

Regierung und Jesuitengesetz.

Zu mir nichts, ich zu dir auch nichts!

Die Regierung wird dem Beschlusse des Reichstages auf Aufhebung des Jesuitengesetzes keine Folge geben. Nichts anderes kann aus den Ausführungen geschlossen werden, die die „Nordd. Allgem. Ztg.“ dazu macht. Das offiziöse Blatt schreibt:

„Erstlich ist die Ruhe, mit der diesmal die Verhandlungen, die neue sachliche Gesichtspunkte nicht gebracht haben, und wohl auch nicht bringen konnten, geführt worden sind. Solche Ruhe erscheint doppelt notwendig in einer Frage, die nur zu oft schon die Anzeichen beider christlichen Konfessionen leidenschaftlich erregt hat. Wenn es ehrlich darum zu tun ist, daß die verschiedenen Konfessionen für die religiösen Bedürfnisse ihrer Angehörigen, ihren Glaubensrichtungen entsprechend, eintreten und sorgen, ohne daß der konfessionelle Frieden untergraben wird, so wird es begrüßt, daß wir uns so wieder dem Zustand nähern, der bis in das Jahr 1912 bestanden hatte. Dieser Zustand gab uns immerhin einen von lebensfähigsten Erregungen freien modus vivendi. Der sich in einer, aller Engherzigkeit abgewandten Handhabung des Gesetzes kennzeichnet. Daß der Bundesratsbeschlusse vom 28. November hieran nichts hat ändern sollen und nichts geändert hat, ist gegenüber anderweitigen unrichtigen Auffassungen vom Reichskanzler im Reichstage ausdrücklich festgestellt worden.“

Also keine Aufhebung des Jesuitengesetzes, aber eine Umwandlung, wie sie bis zum Eingreifen des Freiherrn in Berlin Übung gewesen ist. Damit wird sich das Zentrum, wenn es auch gegenwärtig noch großt, zufrieden geben.

Diese offiziöse Rundgebung ist ein neues menschliches Dokument aus der Reichskanzlei, das uns zeigt, wie um die Seele des Reichskanzlers zwei verschiedene Kengite ringen. Die Angst vor der Aufhebung des Jesuitengesetzes und die Angst vor seiner Anwendung. Dem Reichstagsbeschlusse kann ja Herr v. Bethmann nicht nachkommen, denn mehr als der Reichstag imponiert ihm der Evangelische Bund. Aber mit bittend erhobenen Händen steht er zu Herrn Spahn hinüber: Zu mir nichts, ich zu dir auch nichts!

Weniger Schnaps trinken!

Die Fufelunker haben sich auch mit der neuesten Gesetzgebung, die ihnen die Liebesgabe beschneiden hat, abgefunden. Mit Stolz wird jetzt darauf verwiesen, daß im vierten Jahre des Schnapsbotticks, während der ersten vier Monate, also von Oktober bis Januar, die Erzeugung von Alkohol eine Höhe erreicht habe, wie sie seit 1909/10 noch nicht wieder möglich gewesen sei. Das stimmt tatsächlich! Es ist zugleich ein Beweis dafür, daß die Fufelbrenner trotz der Aufhebung der alten Liebesgabe recht moderne Geschäfte machen.

Wie steht es mit dem Trinkenverbrauch? In den ersten vier Monaten des Jahres 1912/13 ist die Erzeugung von Trinkenbranntwein gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres wieder deutlich zurückgeblieben, und zwar um rund 33 000 Hektoliter! Es bleibt also die Tatsache bestehen, daß es mit dem Trinkenverbrauch zwar langsam aber doch sicher zurückgeht. Und wo kommt die Hauptmasse der Mehrerzeugung von Alkohol jetzt hin? Sie verfrachtet im gewerblichen Verkehr als Spiritus. Die Macht der Spiritus-Zentrale hat auch 1909/10, im ersten Jahre der neuen Schnapssteuer und des sozialdemokratischen Vorkottes, es ermöglicht, die durch die Branntweinproduktion nicht verbrauchten Alkoholbestände dem planmäßig angeregten gewerblichen Bedarf zuzuführen. Hier haben die Alkoholiker die Organisation, die sie auch dann vor Verlust schützt, wenn der Schnapskonsum zurückgeht. Das bittere Gefühl, die politische Macht der Arbeiter bemerkbar zu müssen, verschwindet damit allerdings ebenso wenig, als die deutliche Druckstelle am Gelbbeutel des Reichsschatzsekretärs.

Im einzelnen zeigt die Entwicklung der Alkoholherzeugung, des Trinkenverbrauches und des gewerblichen Bedarfes für die ersten vier Monate von 1912/1913 das folgende Bild:

Oktober bis Januar des Jahres	Erzeugung	Trinkenverbr. in d. Volk.	gewerbli. Verbrauch
1912/13	1 816 816	674 212	625 073
1911/12	1 425 740	709 212	505 886
1910/11	1 565 565	704 055	451 804
1909/10	1 707 252	578 168	688 598

Erhebliche Teile der Produktion von Alkohol sind bis jetzt noch nicht in den Verkehr gekommen, sie erscheinen deswegen auch noch nicht in der Verbrauchstatistik. Das Wichtigste ist: Der Schnapsverbrauch ist zwar zurückgegangen, aber lange nicht genug! Es muß möglich werden, den Branntweinverbrauch so entscheidend zu beeinflussen, daß die Alkoholproduzenten an der Schnapsherstellung überhaupt kein Geschäft mehr machen.

Also, Ihr Arbeiter, weniger Schnaps trinken!

Schutz der Deutschen in Adrianopel.

Auf die Anfrage des Reichstagsabgeordneten Wendel (Soz.) hat Staatssekretär von Jagow folgende Antwort erteilt: „Als Anfang Februar die Feindseligkeiten zwischen den Balkanstaaten und der Türkei wieder aufgenommen wurden, hat die deutsche Regierung in Sofia Vorstellungen erhoben, um für die Schutzangehörigen in Adrianopel die Erlaubnis zur Abreise zu erwirken. Der Auftrag zu dieser Demarche ist unserem Gesandten am 4. Februar zugegangen. Entsprechende Schritte wurden von den Regierungen der anderen beteiligten Mächte unternommen.“

Die bulgarische Regierung machte zunächst militärische Bedenken geltend, trat dann aber dem Antrag unter der Voraussetzung nach, daß die Zahl der Fremden nicht zu groß sei. Hierüber stellten, wie der kaiserliche Gesandte in Sofia unter dem 16. Februar meldete, Erkundigungen durch einen Parlamentarier eingebracht werden. Der österreichisch-ungarische Konsul, der in Adrianopel die deutschen Interessen wahrnimmt, erhielt den Auftrag, die Zahl der Reichsangehörigen anzugeben.

Nach einem Bericht des kaiserlichen Konsuls in Konstantinopel vom 18. Februar hat sich jedoch Schürer Pascha, der Kommandant der belagerten Stadt, dem Abzug der Fremden widersetzt, weil er Indiskretionen über den Zustand der Festung befürchte. Wegen der dieser Regierung gegenüber zu ergreifenden Maßnahmen wird zur Zeit in Konstantinopel verhandelt. Zu welchem Ergebnis die Verhandlungen führen

werden, läßt sich vorläufig nicht sagen. Vielleicht wird ein Ausweg durch Einrichtung einer neutralen Zone geschaffen werden, was nach Ansicht der Konsulin in Adrianopel auszuwirken würde. Die deutsche Regierung wird selbstverständlich darauf bestehen, daß den Reichsangehörigen die Abreise aus der Festung gestattet wird, sobald die Angehörigen anderer Staaten eine solche Erlaubnis erhalten.“

Die große Frage: Was soll werden?

„Was nun?“ So fragt die freisonserwachte „Post“ die Reichsregierung, nachdem der Reichstag die Ostmarkenzulage abgelehnt hat. Das alte Schatzmacherorgan ist sich darüber klar, daß die Frage der Ostmarkenzulage keine geeignete Wahlparole bilden würde, eine Reichstagsauflösung in diesem Falle daher sehr gewagt erschiene; aber etwas müsse die Regierung tun, um die Staatsautorität zu wahren, sofern das Zentrum nicht doch noch mit sich reden läßt. Nun ist guter Rat teuer; denn das Zentrum rotet bei der neuen Militärvorlage nötig gebraucht. Die „Post“ macht denn auch der Regierung Vorwürfe darüber, daß sie die Heeresvorlage im Reichstage nicht früher eingebracht hat. Dann sagt die „Post“ am Freitag abend: „Wenn sich somit auch nicht verkennen läßt, daß die V.a. der Regierung — freilich durch ihre eigene Schuld — eine recht mißliche ist, so wird sie trotzdem nicht umhin können, auf eine beschleunigte Klärung unserer gegenwärtigen Lage hinzuwirken. Es hat sich schließlich bei der gestrigen Abstimmung im Reichstage nicht um Annahme oder Ablehnung der Ostmarkenzulage allein gehandelt, diese Zulagen bilden vielmehr einen integrierenden Bestandteil unserer Außenpolitik überhaupt, und somit ist die gestrige Abstimmung auch nach dieser Richtung hin von besonderer und außerordentlich wichtiger Bedeutung. Nimmt die Regierung das genante Resultat mit Rücksicht auf die Folgen, so würde man daraus folgern können, daß sie sich damit abgefunden hat, unsere Außenpolitik auf den toten Strang schieben zu lassen, und es ist selbstverständlich, daß ihr bei einer solchen v.änderten Stellungnahme dann aus anderen Lagern der schärfste Widerspruch entgegenkäme. Sie steht also vor der Notwendigkeit, irgend etwas zu tun, vor dem für sie vielleicht bitterer Miß, zu handeln und eine Klarheit zum mindesten darüber zu schaffen, ob sie zugeben will, daß Preußen in seiner Außenpolitik vom Reiche im Stiche gelassen wird.“

Der Kampf um die Stuttgarter Polizei.

Im Finanzauschuß der zweiten Württembergischen Kammer erlitt am Freitag der schwarz-blaue Block eine Niederlage. Seit einer Reihe von Jahren strebt die württembergische Regierung mit Unterstützung der reaktionären Parteien nach der Verstaatlichung der heute der Gemeindevorwaltung unterstehenden Stuttgarter Polizei. Man schreiet den wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie im Stuttgarter Rathaus. Bei der bisherigen Zusammenfassung des Landtages hatten alle Vorstände dieser Art keinen Erfolg. Die Regierung hat nun im neuen Etat vorläufigerweise die Errichtung einer Landespolizeizentrale vorgeschlagen, die zunächst als kriminaltechnische Sammel- und Vermittlungsstelle für Fingerabdrücke und andere kriminalistische Hilfsmittel gedacht ist und der Stuttgarter Polizeidirektion koordiniert werden soll. Aus der Vorlage ist aber deutlich ersichtlich, daß es eine halbjährige Erweiterung dieser Zentralstelle auf Kosten der Stuttgarter Gemeindepolizei gedacht wird. — Bei Realisation der zunächst auf 84.000 Mark bemessenen, später auf 100.000 Mark geschätzten Forderung für dieses Amt sprachen die Redner der Kammer es offen aus, daß sie nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen, sondern aus politischen Rücksichten eine Schwächung der Rechte der Stuttgarter Polizei wünschen. — Genosse Dr. Ullrich sprach die Bitte der Vorlage scharf zu Leibe: Mit der Kriminalpolizei, von der jetzt schon ein Stück abgebrochen werden solle, hänge die Sicherheits- und die Verkehrspolizei an, er sollte zusammen. Diese aber sei das Kernstück der kommunalen Selbstverwaltung. Die kommunale Selbstverwaltung werde durch die Landespolizeizentrale aufs schärfste gefährdet. In sachverständiger Beleuchtung der ganzen Polizeireorganisation zeigte Ullrich die vollständige Haltlosigkeit des Planes der Regierung. Die Eiferlichkeit der Regierung gegen die Stuttgarter Polizei sei ganz unbegründet; soweit die Stuttgarter Polizei auf Grund ihrer übertragenden Bedeutung innerhalb des Landes über das Stadtgebiet hinausgreife, mit sie es, um Verbrecher zu verfolgen. Damit sei aber kein politischer Einfluß verbunden. Kräftig verspottete Ullrich die Angst vor dem wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie im Stuttgarter Rathaus. Die Vorteile der Verstaatlichung der Staatspolizei träume von revolutionären Experimenten, gegen welche ihnen die Gemeindepolizei keinen genügenden Schutz biete. Daher diese Vorlage, die von den Sozialdemokraten glatt abgelehnt werde. — Aus sachlichen Gründen sprachen sich auch die Volksparteier gegen die Verstaatlichungsvorschläge aus. Sie hielten sich aber eine erneute Stellungnahme offen mit der Begründung, die Sache sei nicht spruchreif. — Ebenso wurde die Vorlage von einem national-liberalen Abgeordneten bekämpft, während ein zweiter National-

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schickler.

(Nachdruck verboten.)
Ein Licht für einige Sekunden, aber nachher ist es um so finsterner.“ Der Zahnarzt blickte wieder einmal in seine stetigen und resignierten Antwoorden. „Bringen Sie den Doktor einen Schnaps“, rief einer der Herren durch das offene Fenster in die Gaststube hinein, „er wird schon wieder so melancholisch wie einer seiner Patienten!“
„Keine Patienten? Meine Patienten wohnen auch dort, wo die heilmal. Hier lassen die guten Bürger ihre Zähne einfach im Grunde verkaufen. Das ist nicht hübsch und nicht gesund, aber das Billigste ist es ja ohne Zweifel.“
„Erleben Sie nun den Schnaps“, mahnte der Bäcker, „sonst fassen Sie meine Seele noch ganz in sich zusammen.“
„Alles richtig! Holen wir uns an den Schnaps und an die verabschiedeten letzten Kräfte“, sagte der Zahnarzt und trank.
„Es ist die lange Marie!“ sagte der Bäcker und wurde aufgeschreckt.
Der Zahnarzt schüttelte den Kopf. „Menschenskind, mußten Sie nun gerade mit diesem langen Under kommen — nachdem man eben aus der Ferne etwas Schönes wenigstens geholt hat.“

Die anderen beglückten den entzückten Schnaps: der Bäcker hatte nun einmal einen sehr einfachen und populären Geschmack. Aber was war das? War das nicht der dicke Ofen, der dort wie die Lokomotive einer Kleinbahn vom Norden herkam?

„Das geht niemals gut“, sagte der Zahnarzt, „ein solches Tempo verdirbt Ofen, weiß Gott, nicht mehr. Ihr werdet sehen, er kriegt hier einen Schlaganfall, ohne daß ihm auch nur ein einziger Schnaps die Zeit übrig bleibt. Und dabei hat dieser Ofen einen solchen Zahn, der ihm, Gott sei Dank, so wohl tut, daß er ihn morgen ausspucken lassen möchte.“

„Ofen war sehr tolerant, schmeckte auch sehr gut, wenn man in der Stadt einen solchen Sommer bezahmt hätte. Heute man zu sagen, Ofen's Zahn wurde in drei Minuten nicht gemacht, und jeder hat die Temperatur plötzl. vor Augen. Ofen kann irgendwas davon, sondern er hat es die ganze Zeit über seinen Ohren angehängt, hat er nicht Schnaps holen möchte. Er bekam den Schnaps nach langem, nach langer Zeit, los.“

„Was ist das für ein Ofen? Abant hat sich heute, was die Frage ist?“
„Schonmal ein Ofen mit uns das denken“, meinte der Zahnarzt.

„Der Ofen ist gar nichts denken“, sagte Ofen selbst.

Dieser rätselhafte Zahnarzt brachte ihn immer um seine besten Pointen.

„War es nicht ein hübsches Weib, an das Sie dachten, mein teurer und wohlwollender Freund?“
„Ja“, sagte Ofen etwas perplex.

„Nun, sehen Sie wohl. Hier an diesem klaren Tage, in diesem von Gott verlassenen Winkel etwas gesehen hat, kann immer nur das eine meinen, das wir auch gesehen haben. Und nun zeigen Sie mich nicht mehr; ich soll Ihnen ja morgen zu meiner Freude einen schönen festen Zahn mit drei Wurzeln ausziehen.“

„Aber wofür, wer es ist?“
„Kein, wie sollten wir das wissen? Wir kennen uns hier nur gegenseitig und von den angenehmen Erscheinungen wissen wir nie, wer sie sind.“

„Ich aber weiß es“, sagte Ofen in wildem Triumph und schlug auf den Tisch, daß die Gläser klirren. „Nun kam er doch zu seiner Pointe.“

Der Zahnarzt jastete nicht die Hände. „In Ihrem Gehirn, lieber Ofen, bereitet sich jetzt eine schreckliche Dummheit vor. Bei der Weisheit unseres Proffens helfe ich Sie an, lassen Sie sie nicht zum Vorschein kommen. Der Tag begann so schön.“

„Wenn ich es aber weiß, wenn ich es aber ganz bestimmt weiß!“

„Nun, dann in Gottes Namen.“
„Es ist die Dame Engelbrecht aus der Fischerstraße.“

„Wah!“ sagte der Bäcker und wachte der Erzählung beinahe unter den Tisch gefallen; nun lag Ofen auch auf diese Weise dem Ofen. Der Zahnarzt aber fand gewöhnlich auf. „Wahnen Sie, lieber Ofen, kommen Sie morgen mit Ihrem Zahn doch lieber nicht zu mir. Ich habe zwar eine hochausgerüstete Füllmaschine, aber auf die Behandlung von Zähnen bin ich nicht eingerichtet.“ Dann trank er sein Bier aus, grüßte reserviert und ging.

Ofen wurde von diesem Vorgange doch etwas bedrückt, und als die Dummheit wieder schlug und alle Herren zum Mittagessen gingen, meinte er nachdenklich: „Und dabei hätte ich doch auf keinen Augenblick; aber man kann sich natürlich täuschen; man kann sich natürlich täuschen!“ — und mit dieser menschlichen Selbsterkenntnis begann er dann, in der Mittagsstunde die bergige Straße hinaufzugehen.

Die Fremde aber ging inzwischen weiter. Sie ließ die letzten Klänge der Stadt hinter sich, schaute in gepulsten Contingenzplanen der Remontade auf und überall merkte sie die Nähe der Kammer nach ihr um und überall entstand die Frage: „Wer ist denn die?“ Die letzten Spaziergänger waren bereits von der Schenke verschwunden, als sie wieder nachhrie. Sie ging desgleichen Weg zurück, wie sie aber wieder bei der Stadt anlangte, lag sie einem Zahnarzt ein und gelangte in der

heißen, toten Mittagstunde unbemerkt in die Fischerstraße zurück. Durch die Häuser der Stadt aber lief immer die gleiche Frage: „Wer ist die Fremde und wo mag sie abgeblieben sein?“

Als der Spätnachmittag kam und die schräge Abendsonne ihren letzten freundlichen Gruß in die Fenster sendete, sah man den dicken Ofen in starker innerer Bewegung durch die Straßen schreiten; er hatte inzwischen die einwandfreie Gewißheit erlangt und wollte nun der Bote seines eigenen Ruhmes sein.

In den Gasthäusern hatte der Dämmerichoppen bereits begonnen und Ofen traf überall einen fröhlichen Schwarm von Menschen, denen er die Neugierde und seinen Triumph mitteilen konnte; und überall entstand eine starke Bewegung und heimliche Zukunftspläne wurden in großer Menge geschmiebt. Einen einzigen Menschen aber konnte Ofen durchaus nicht finden, und doch war es gerade der, den er am meisten suchte — der Zahnarzt. Er ging durch alle Wirtschaften und ließ auch die elegantesten Schenken nicht aus, wenn er seinen Gegner vom Vormittag dort vermuten durfte. Er redete sich heiß und heiß und schickte seine innere Blut durch große Mengen Bier, aber den Zahnarzt fand er nicht.

Als er endlich verzweifelt im letzten Hotel der Stadt sah, dort, wo er am Vormittag so schönlich behandelt worden war, war nur noch eine Möglichkeit übrig — der Zahnarzt mußte im Hotel „zur Krone“ sein, obwohl er am Sonntag nie dort zu sein pflegte. Es war bereits seit langem Abend geworden und in den Gasthäusern brannten die Kaminen; aber Ofen wollte nicht den langen Nachmittags umsonst gewillert sein und ging doch noch in die „Krone“. Als er die Türe aufmachte, blieb er vor Entsetzen wie angewurzelt stehen; dort lebte der Zahnarzt am Billard und spielte so glaziös mit seinem Quers, als hätte er nie eine schändliche Niederlage erlitten.

„Gah, gah!“ schrie Ofen im Bewußtsein seiner Ueberlegenheit, „wer hat nun recht behalten, wenn ich fragen darf.“

„Sie haben einen offenen Kopf und eine offene Weite“, sagte der Zahnarzt und schickte sich selbstbewußt zu einem neuen Stoß an. Ofen hatte in seinem starken Anseher vergeblich die Worte zu schreien, obwohl er sie wegen des Mondes ja nicht offen zu lassen brauchte. Die Worte lebten; aber Ofen wurde so grantig, daß er im stillen beschloß, den festen Zahn mit den drei Wurzeln nun doch vom Barbier reißen zu lassen. An den Anwesenden wurde Tagmar distanziert, die letzte und härteste Sentenzen der Familie Engelbrecht. Was ging ein glänzendes und etwas festiges Geringeln durch die Reihen und bald sollte die Besperrung in starken Wogen. Gatte wohl eine der Nachbarn etwas Neugieriges aufzuklären?“

„Die Nachbarn!“ schrie ein Kaufmann, der als Gaudiumstifter viel herumgekommen war. „Man kann sich in Hamburg, man kann sich in Berlin die Beine ablaufen und findet so etwas nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

liberaler hin und her schwankte und sich der Stimme enthielt. Die die Stellung der Regierung war es recht uneben, daß der letzte Stellvertreter von Stuttgart, der früher als Staatsbeamter mit der Erstellung eines Gutachtens über die Stuttgarter Polizei beauftragt, also als erste Autorität in der Frage anerkannt worden war, mit Unterstützung der Gemeindefolger in einer Eingabe die Vorlage sehr entschieden bekämpfte. Der Antrag des Zentrumspartei angehörigen Reichstages, auf Genehmigung der Vorlage wurde mit sieben Stimmen der Volksparteier, der Sozialdemokraten und eines Nationalliberalen gegen 7 Stimmen des Zentrums und der Bauernbündler bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Im Plenum dürften aber wahrscheinlich einige Nationalliberalen für die Vorlage stimmen, die dann Annahme findet.

Die Landtagswahlen in Baden. Mit Ausnahme der Städte Mannheim und Karlsruhe sind jetzt fast überall die sozialdemokratischen Kandidaten zu den im Herbst stattfindenden Landtagswahlen aufgestellt. Das Zentrum beginnt bereits seine ansehnliche Tätigkeit. Unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie emulieren; es unterläßt die Kandidatenaufstellung in keinen Kreisen, in denen es keine Stimmen gleich im ersten Wahlgang dem Gegner der Sozialdemokratie, der die meisten Aussichten auf den Sieg hat zuzuführen will, einzeln, ob dieser konservativ oder freisinnig ist. Auf diese Weise will der Zentrumsführer Wacker den badischen Großblock zerlegen. In der Presse der nicht-sozialistischen Parteien verschwinden deshalb auch nicht die Erörterungen, ob ein Großblock schon im ersten oder erst im zweiten Wahlgang den Wirkungen der Wackerischen Taktik begegnen soll.

Jugendgerichte. Die Verhandlungen der 13. Kommission des Reichstags legten am Donnerstag bei § 3 des Entwurfs ein, der die Erhebung der Anklage regelt. Wenn die Verurteilung die Anklageerhebung in das freie Ermessen der Staatsanwaltschaft zu stellen, wandte sich Genosse Stadthagen mit nachdrücklichen Hinweis auf den persönlichen Charakter der Staatsanwaltschaft, der das freie Ermessen zur Willkür gegen die Arbeiterjugend im Sinne der Klassenjustiz machen werde. Die Entscheidung über die Erhebung der öffentlichen Klage gegen Jugendliche soll nach dem sozialdemokratischen Antrage in die Hände der Vormundschaftsbehörde gelegt sein, die aus dem Vorsitzenden und mindestens zwei Schöffen (Weibensseite, Laten, darunter eine Frau) besteht; die Klageerhebung selbst soll durch den Staatsanwalt nach dem Entschieden der Vormundschaftsbehörde erfolgen. Der Antrag wurde von der Regierung, wie von allen bürgerlichen Parteien befohlen; im Behrwort trat ihm, um die Milderung von Geistlichen, Lehrern und Frauen bei der strafrechtlichen Behandlung von Jugendlichen in gewissen Umständen doch noch zu ermöglichen, nur Meyer-Verfort (natl.) bei. Nach längeren Debatten verwarf die Kommission die verschiedenen Fassungen unter einem Gut zu bringen durch folgenden Vermittelungsantrag: Öffentliche Anklage gegen Jugendliche darf nicht erhoben werden, wenn der Staatsanwalt der Anschauung ist, daß Besserungs- und Erziehungsmaßnahmen der Strafe vorzuziehen sind, und die Vormundschaftsbehörde zustimmt. Ob auf dieser Grundlage eine Verständigung möglich ist, wird sich in der nächsten Sitzung zeigen.

Die Frömmigkeit am dem Lande. Während der agrarischen Woche in Berlin auch ein Dorfkirchenfest, den die Landpfarrer veranstaltet hatten. Vielleicht wollten sie ihre getrennten agrarischen Schichten nicht ohne geistliche Aufsicht nach der ständigen Reichshauptstadt ziehen lassen. Mit der Frömmigkeit auf dem Lande, deren Forderung zu den Aufgaben des Dorfkirchenfestes gehörte, scheint es nicht besonders gut bestellt zu sein. Wenigstens führte Professor Sonntag aus:

„Auch heute noch kann man in Dorfkirchen manchmal nur ein paar trumme Militärs, alte Männer und auf dem Chor Kinder sehen, dazu etwa noch einige halbwüchsige Burschen, die womöglich noch Mottoria treiben. Die Dorfkirchenbewegung möchte mithelfen, um Interesse unseres lieben Landvolkes da Wandel zu schaffen.“

Reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzuges. Wie verlautet, ist man im Reichsamt des Innern damit beschäftigt einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der die Frage des Strafvollzuges für das ganze Reich einheitlich regelt.

Kaiserhuldigung und Sozialdemokraten. In der bürgerlichen Presse wird ein kalter Bericht über eine Stadterverordnetenversammlung in Weibert (Rheinland) berichtet, die am 18. Februar stattfand. Auf der Tagesordnung stand „Die Verteilung der Stadt an einer Guldigungsadresse deutscher Städte zum 25jährigen Regierungsjubiläum des deutschen Kaisers“. Es wird nun erzählt, daß neben den bürgerlichen Stadterverordneten auch sämtliche acht Sozialdemokraten geschlossen der Guldigungsadresse zugestimmt hätten. Das ist Schwindel. Es kann keine Rede davon sein, daß die sozialdemokratischen Stadterverordneten für die Guldigungsadresse gestimmt haben; wie gewöhnlich, so erfolgte auch über diesen Verhandlungsgegenstand überhaupt keine Abstimmung. Der Vorsitzende konstatierte im Galopp-tempo die Annahme, nachdem von seiner Seite Wortmeldungen erfolgt waren. In der nächsten Sitzung protestierte nun die sozialdemokratische Fraktion gegen die tendenziöse Berichterstattung der bürgerlichen Presse.

Offener Brief an den Reichstagsabg. v. Morawski. Bei der Entgegennahme der Reichstagsabg. v. Morawski hat die polnische Abg. v. Morawski sich darauf berufen, daß die dem „Deutschen Bauernbund“ angehörenden Anstiedler Parte, Reichs und Moritz verhandeln hätten, daß der deutsche Großgrundbesitzer enteignet werde, wie der polnische. Ferner hätte er die in einer Broschüre bereits von ihm aufgestellte Behauptung wiederholt, daß in deutschen Anstiedlerkreisen folgendes Lied zirkuliere:

„Wilhelm sagt zu seinem Sohne:
„Hol' der Teufel die Barone;
Ob sie Deutsche oder Polen,
Alle soll der Teufel holen!“

Die Anstiedler Parte, Reichs und Moritz versenden nun einen „offenen Brief“, in dem sie erklären, daß sie nicht allgemein die Entgegnung des deutschen Großgrundbesitzer, sondern nur die Vertilgung der in erster Reihe aber der Besitzungen verlangt hätten, deren Besitzer im Auslande leben und durchweg Polen seien. Das zitierte Lied sei in Anstiedlerkreisen völlig unbekannt.

Ausland.

Delcasse als Gesandter in Rußland.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 21. Februar: Die Ernennung Delcasses zum Gesandten Frankreichs in Petersburg wurde gestern Mittag bekannt, kurz vor der Verlesung der Reichstags des Reichstages. Das ist geplant war, mußte man in „eingeweihten Kreisen“ schon längst. Der gegenwärtige Reichsminister Louis, dem der in Paris lebende Gesandte Rußlands, Isidor Isidor, schließlich gegenüberstand, weil er versucht hatte die Zwölftägige Balkanpolitik, die zum Krieg führte, zu durchkreuzen, hatte den Wunsch geäußert nach Frankreich zurückzukehren. Und da seit seinem Abgang aus dem Direktoratium des Ministeriums des Auswärtigen in Paris, ein wahres Durcheinander dort herrschte, so kam man ihm sehr gern entgegen. Daß Delcasse zu seinem Nachfolger bestimmt wurde, hat Gründe verschiedenster Art. Es ist kein Zweifel, daß Briand damit den Abgeordneten, von dem alle Welt weiß, daß er von den Posten des Ministerpräsidenten, einflussreichen von Paris entfernen wollte. Es wird deutsche Mütter geben, welche die Ernennung Delcasses zum Reichsminister in St. Petersburg als eine gegen Deutschland gerichtete Handlung deuten. Vor einigen Jahren hätte sie vielleicht einen solchen Charakter gehabt. Aber es ist bekannt, daß Delcasse Ausländer nicht in dieser Hinsicht redet und daß er keineswegs mehr so großzügig ist, wie vor einigen Jahren, als er seine aufstrebende Ge-

heimverträge mit den verschiedenen Staaten abschloß. Man hat allen Grund anzunehmen, daß die Ernennung Delcasses vielmehr eine an Rußland gerichtete Mahnung ist. Rußland und Frankreich haben sich seit dem Beginn des Balkankonfliktes hinter den Russen gezogen und abgesehen, die zur Erhaltung der Allianz wenig beitragen konnten. Auch ist die französische Hofhaltung sehr unzufrieden mit der Art und Weise, wie Rußland mit den ihm geliehenen Milliarden umgeht; und wenn die republikanischen Reformen auch bereit sind, immer wieder auf neue zu leisten, so wünschen sie doch eine strengere Kontrolle zu haben. Delcasse soll durch seine Autorität, die er am russischen Hof besitzt, der Allianz wieder ein aktiveres und intimeres Gepräge verleihen: in diplomatischer, wie in ökonomischer Hinsicht.

Die Venenacheien im Ministerrat.

Die eingehenden Beratungen des russischen Ministerrates über den Revisionsbericht des Senators Manuichin haben in den letzten Tagen ihren Abschluß gefunden. Das Resultat ist noch jüammerlicher, als man es bisher vermuten konnte. Bedeutend schon die Vertuschung der Schuldfrage bei der Arbeitermissetat und die Forderung einiger Minister, den Gendarmen-Minister Treščinskow dem Bericht zu übergeben, eine völlige Kapitulation des Ministerrates vor den eigentlichen Urheber der Unagenei, so erweist es sich nun, daß selbst diese Frage in einem anderen Sinne entschieden worden ist. Wie die „Koswaja Wremja“ berichtet, hat der Minister des Innern über die Missetat „neue Angaben“ erhalten, die angeblich die Ergebnisse der Senatorentwicklung überlegen. Der Minister Treščinskow soll deshalb nicht wegen Uebersehens seiner Machtbefugnisse, sondern wegen — Untätigkeit im Amte gerichtlich belangt werden, obgleich das Niederhalten von 500 Arbeitern doch wohl ein ausreichendes Argument gegen die ihm nun zugeschriebene „Unfähigkeit“ ist! Von den übrigen Maßnahmen des Ministerrates in dieser Angelegenheit ist nur zu sagen, daß sie einerseits vollkommen unzulänglich sind, andererseits den elementarsten Forderungen der Arbeiter hohen sprechen. Gegenüber den unerbürten Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter in den Venengoldgruben, gegenüber der unbeschränkten Gewalt der Goldgesellschaft und der von ihr ausgehenden Regierungsgewalt, gegenüber der unerschütterten Sklaverei und Verelendung der Goldarbeiter und ihrer zu Diensten dienenden Frauen und Töchter — bedeutet der Beschluß des Ministerrates, die neuen Verordnungen auch auf die Minenarbeiter auszudehnen, einige Punkte des Lohnertrages abzuändern und die Strafen für die Verletzung des Vergeltungsrechts zu erhöhen, weniger als nichts! Hierzu kommt noch der weitere Beschluß des Ministerrates: die Polizei im Minengebiet zu verstärken und einige neue Kommanden von Polizeigewaltigen im Innerevier zu schaffen. Hierin liegt der eigentliche Kern der vom Ministerrat beschlossenen „Reformen“. Vergewagt man sich noch, daß diese Beschlüsse gefaßt worden sind nach einer Senatorentwicklung, die alle Anklagen der Arbeiter bestätigt hat, erwidert man noch, daß der Ministerrat aus Furcht vor den Ergebnissen dieser Revision das Gesicht des Senators Manuichin hinsichtlich der Veröffentlichung seines Berichtes abgewandt hat, so kommt man zu dem Schluß, daß der Ministerrat vollkommen bewußt seinen Entschluß kundgab, alles beim alten zu lassen. Die russische Arbeiterklasse wird nicht zögern, aus dieser Kundgebung die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Die Protestaktionen gegen die italienische Kammer. Die jüngsten Gewalttaten der Polizei gegen waffenlose Demonstrationen haben sich in der italienischen Kammer ihr Nachspiel gesucht. Die Parteigenossen Venturi und Campanozzi, der Reformist Bonomi und der Republikaner Chiesa haben die Regierung über das Verhalten der Polizei zur Rede gestellt und mit scharfen Worten die systematische Straflosigkeit der arbeiter Gewalttaten gebrandmarkt. Stöckli glänzte durch Abwesenheit, und der Unterstaatssekretär Alicioni wußte in üblicher Weise nichts anderes zu sagen, als daß die Polizei im Zustande der Notwehr gehandelt hätte. Weiter wies er auf die schwebende gerichtliche Untersuchung hin, deren Ausgange man freilich schon im voraus kennt, mit deren Erwartung man aber seit Jahr und Tag bei derartigen Interventionen die Redner zum Schweigen verweist. Alle Interpellationen erklärten sich für nicht zur Zeit geeignet und werden ihre Interventionen in Form einer Motion (auf die eine Zustimmung folgen muß) wieder zur Sprache bringen. Während der Diskussion fand vor dem Parlamentgebäude eine große Demonstration statt, bei der die Polizei es auch nicht an Brutalität fehlen ließ.

Ein Deutscher in Mexiko erschossen. Ein Deutscher, namens Feliz Sommerfeld, der Chef des Geheimdienstes des bisherigen Präsidenten Madero, ist erschossen worden. Die Tat wird mit der Behauptung begründet, daß er sich zur Spionage hergegeben habe.

Die Wirren in Mexiko. Aus Mexiko wird gemeldet, daß General Figueroa mit seinen kriegstüchtigen Truppen sich gegen General Huerta auszusprechen hat. Er marschiert bereits mit 10 000 Mann gegen die Hauptstadt. General Figueroa gilt als der beste Soldat von ganz Mexiko und wird deshalb von den Diaztruppen geschätzt. Wie in London bekannt geworden ist, haben bereits acht Städte mit ihm gemeintame Sache gemacht. Die letzten Telegramme betragen, daß von Mexico-City aus alle verfügbaren Mannschaften nach Veracruz geschickt werden, um dem aufrührerischen General erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Die Entwicklung des Tagesblatts der englischen Arbeiterpartei. Genosse Longueval erzählt in der „Humanité“, was ihm der Chefredakteur des „Daily Citizen“, Frank Dilnot, über dieses große Tagesblatt mitgeteilt hat. Dilnot war, obwohl Sozialist, vorher in bedeutender Stellung des konservativen „Daily Mail“, des verbreitetsten englischen Blattes. Er sagt, daß drei Viertel der Angestellten der großen konservativen Presse Sozialisten seien. Die Arbeiter wüßten das, könnten sie aber nicht entbehren und hätten sich nur, indem sie die polemischen Artikel gegen den Sozialismus von anderen schreiben ließen. Merkwürdig ist nur, wie diese Sozialisten solche Tätigkeit ertragen können. Dilnot selbst war durch sein Buch über den Niedergang des Hauses der Lords mit den Leitern der Arbeiterpartei bekannt geworden.

Ueber die bisherigen Erfolge der neuen Zeitung Lupton ist schon berichtet. Die erste Nummer wurde in 480 000 Exemplaren verkauft, während der bisher größte Absatz eines neuen Blattes 319 000 gewesen war, wonach das „Daily Mail“, mit 180 000 fast und erst sehr langsam höher liegt. Der „Daily Citizen“ hat heute schon eine weit höhere Auflage und hofft, bald auf 200 000 zu kommen. Besonders merkwürdig ist die Art der Beschäftigung der Zeitung. Sie erscheint zugleich in Manchester, der Hauptstadt der englischen Industrie, und in London. Sie wurde in Manchester gedruckt und jeden Morgen im Sonderzuge (für 1600 Mark) nach London gebracht. Da das aber einen zu frühen Abbruch erfordert, ist jetzt die Hauptredaktion in London, und der Druck wird täglich nach Manchester telegraphiert, um auch dort gedruckt zu werden. Das Ende dürfte hier doch die Schaffung zweier selbständiger Blätter sein.

Auch in der Vertreibung der Arbeiterministerien hat das Blatt in den wenigen Monaten seines Bestehens schon mächtige Erfolge erzielt. So in seinem von Reichstag und Parlamenten in Wien. Die Arbeiterministerien der Sozialdemokraten im norddeutschen Reich wurden, bei diesen den Sieg in ihrem

Streik um den Wochenlohn von 10 Schilling gestrichelt hat. Dann in der Aufhebung der von einigen konservativen Abgeordneten im Unterhause betriebenen Maßnahmen zur Einschränkung des Gewerkschaftsgesetzes. Die Entwicklung nötigte die konservative Presse, die Praktiken ihrer Parteimitglieder zu verurteilen, und veranlaßte deren Abzug. Schließlich in der Sache des Kolonialführers Anso, der wegen angeblich in der Trunkenheit begangener Verfehlungen entlassen worden war und von der ganzen Presse als Trunkenbold hingestellt wurde, für den seine Kollegen selbst in den Symptombestrafen eingetreten seien. „Daily Citizen“ wies die Unschuld des Mannes und die Gerechtigkeit des Streiks nach. So hat sich der Ruf einer großen Presse den englischen Arbeitern rasch sichtbar gemacht.

Eine Reichsanstalt für Mütter- und Säuglingsfürsorge in Oesterreich. Anlässlich des sechzigjährigen Regierungsjubiläums des österreichischen Kaisers fanden zahlreiche Sammlungen und Stiftungen unter der Devise „Für das Kind“ statt. Sie erwarben den Betrag von 3 000 000 Kronen, der zur Errichtung einer Reichsanstalt für Mütter- und Säuglingsfürsorge und einer Mutteranstalt für Jugendfürsorge verwendet werden soll. Da in Oesterreich gerade kein Ueberfluß an solchen Institutionen herrscht, mögen beide Projekte freudig begrüßt werden. Es wäre nur zu wünschen, daß nicht auch bei diesen neuen Schöpfungen die Materialen wieder die Führerschaft an sich reißen. Der Reichsanstalt soll ein Internat zur Ausbildung sozialer Hilfsarbeiterinnen angegliedert werden.

Aus Oberschlesien.

Eine Belagerung in Knurow.

Daß es in Knurow OS., wo Herr Bergat v. Velsen das Zepter führt, recht munter hergeht, um die „bösen Sozis“ mit Haut und Haaren zu vertilgen, ist allgemein bekannt. Ebenfalls bekannt ist auch, daß die Arbeit nutzlos ist und nur neue Anhänger zutreibt. Nach der letzten Mitgliederversammlung fanden zahlreiche Vernehmungen statt, wodurch die Partei einen Zuwachs von rund 12 Mitgliedern hatte. Aber trotzdem wird der Kampf fortgesetzt, wobei Herr v. Velsen selbst tatkräftig mit eingreift. Der Hausvater, bei dem der Polizeichef Genosse Smyczel wohnt, trug dem Amtsvorsteher v. Velsen vor, daß er die Absicht habe, um Erlaubnis der Schankkonzession nachzusuchen. Herr v. Velsen antwortete: „Wenn der Smyczel von Ihnen nicht aufgenommen wäre, dann wäre er aus Knurow raus. So lange Smyczel bei Ihnen wohnt, bekommen Sie die Schankkonzession nicht. Aber damit ist nicht getan, daß Sie dem Smyczel kündigen sollen!“ Auf Adams machte diese Worte erfreulicher Weise keinen Eindruck.

Aber all dieses ist nur nebensächlicher Natur. Die völlige Vernichtung der Sozialdemokratie sollte am letzten Sonntag stattfinden. Man hatte durch Spionage erfahren, daß am 3. Uhr nachmittags eine Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Vereinigung stattfinden würde und deshalb wurde etwas „Großes“ in Aussicht gestellt. Herr Pomp, der Kolonialaufseher, war der erste auf dem Plane. Doch wegen der herrschenden Kälte zog er vor, an einem Nebelkeller Posten zu lassen. Ein Polizeibeamter in Zivil und noch ein Herr hielten diesen Platz auch für sehr gut und bald lugten zwei Besucher hinter der Gardine vor, die den Eingang zum Versammlungsort abgaben. Weniger empfindlich gegen die Kälte zeigte sich schon der Amtsvorsteher, der sich den Eingang von der Straße als Beobachtungsposten ausgesucht hatte. Von der dritten Seite wurde das Haus gleichfalls bewacht und aus respektabler Entfernung blinzelte der Helm eines Gendarmen. So besand sich das Versammlungsort 1 1/2 Stunden vor Beginn der festgesetzten Zeit im Belagerungszustande. Allmählich wurde es 3 Uhr und nun rückten die organisierten Sozialdemokraten an. Für die Belagerung hatten sie weder Verständnis noch Furcht. Der Beginn der Verammlung wurden 9 Mitglieder, darunter 3 Frauen aufgenommen. Dann begann Genosse O. Görtz mit dem Vortrag über: „Die Sozialisten leben und zugrunde gehen“. Er schloß unter stürmischem Beifall mit den Worten, daß, wenn die Sozialdemokratie einen Bismarck überwinden habe, sie ruhig und fast über die Aufpasser des Herrn v. Velsen zur Tagesordnung übergehen könne.

Als der bis auf den letzten Platz besetzte Versammlungsraum sich zu leeren anfing, waren die Belagere verschwunden. So ist die große Aktion verpufft, denn der gesunde Sinn der Kumpels und deren Frauen, läßt sich sein gesetzliches Recht eher nicht rauben, das wird Herr v. Velsen nun bald einsehen müssen, auch wenn er sich noch so sehr dagegen stemmt. Der Herr Regierungpräsident aber täte gut, dafür zu sorgen, daß den Arbeitern ihr gesetzliches Recht, nicht verflümmert wird.

Beuthen OS., 24. Februar. Die Arbeit des Schwurgerichts Beuthen. In der am Donnerstag beginnenden zweiten diesjährigen Schwurgerichtsperiode sind an acht Verhandlungstagen sechs Straftaten erledigt worden, darunter zwei Kapitalverbrechen, nämlich die Gattenmorde des Schuhmachers Jendries aus Laurahütte und des Arbeiters Woschepza aus Neumaid, welche mit 12 und 10 Jahren Zuchthaus gefaßt wurden. Die übrigen Verbrechen betrafen Unkundenfalschung, Körperverletzung mit Todesverol, Verbrechen im 1. Grade, Brandstiftung und räuberische Erpressung in zwei Fällen. Freisprechung erfolgte im Falle der Brandstiftung und in einem Falle der Erpressung. Die sechs Verurteilten haben insgesamt 22 Jahre Zuchthaus und 5 1/2 Jahre Gefängnis zu verbüßen. — Das ist nur das Schwurgericht. Hierzu kommen die Urteile der Strafakten, die täglich, tagenlang.

Beuthen OS., 24. Februar. Sich selbst gestellt. Bei der heftigen Kriminalpolitik hat sich am Donnerstag der Buchhalter Fritz Thamm als Jamodäte, der seinem Arbeitgeber, dem Maurermeister Julius Bittsche in Jandobitz, nach und nach 1800 Mark gestohlen hatte und dann flüchtig geworden war, selbst gestellt.

Beuthen OS., 24. Februar. Ein 50 Millionen. Prosch. Herr Bendel von Donnermarkt auf Neuhof hat gegen die Verwaltung Georg von Gleides Erben Schadenerschaftsansprüche in Höhe von 50 Millionen Mark geltend gemacht. Der Herr leitet seine Ansprüche aus der Erbschaftssteuer her, die nach seiner Ansicht ihm zusteht. Die Klage ist beim heftigen Landgericht anhängig gemacht worden.

Laurahütte, 24. Februar. Scherz verbannt. Beim Besuche der Werksleiterin Stattel von hier von einem vorzeitig losgelassenen Sprengstoff am ganzen Körper schwer verbrannt worden. Im lebensgefährlichen Zustande mußte er nach dem Güterlazarett transportiert werden.

Laurahütte, 24. Februar. Das Ordenskreuz Kaiserz. Freitags abends 9 Uhr sprang der heruntergelassene Arbeiter Paul Woschke in den Broomabtrieb und stürzte. Er wurde schwer verletzt und in die Leihengasse gebracht. Woschke war ein notorischer Trinker.

Oberschlesische Vereine und Versammlungen. Katowice. Sozialdemokratischer Verein. Vortrag am 23. Februar. 8 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Beuthen OS., 24. Februar. Die Arbeit des Schwurgerichts Beuthen. In der am Donnerstag beginnenden zweiten diesjährigen Schwurgerichtsperiode sind an acht Verhandlungstagen sechs Straftaten erledigt worden, darunter zwei Kapitalverbrechen, nämlich die Gattenmorde des Schuhmachers Jendries aus Laurahütte und des Arbeiters Woschepza aus Neumaid, welche mit 12 und 10 Jahren Zuchthaus gefaßt wurden. Die übrigen Verbrechen betrafen Unkundenfalschung, Körperverletzung mit Todesverol, Verbrechen im 1. Grade, Brandstiftung und räuberische Erpressung in zwei Fällen. Freisprechung erfolgte im Falle der Brandstiftung und in einem Falle der Erpressung. Die sechs Verurteilten haben insgesamt 22 Jahre Zuchthaus und 5 1/2 Jahre Gefängnis zu verbüßen. — Das ist nur das Schwurgericht. Hierzu kommen die Urteile der Strafakten, die täglich, tagenlang.

Am Freitag, den 21. d. Mts., verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber, braver Mann, unser lieber Vater, Sohn, Schwiegerohn, Schwager und Onkel
August Schwarzer
 im Alter von 44 Jahren.
 Dieses folgt tiefbetrübt an
Die trauernde Gattin nebst Kindern.
 Beerdigung: Dienstag, den 25. d. Mts., nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbchen. Trauerhaus: Mariannenstr. 6.

Kranken- und Begräbniskasse Hoffnung o. H. zu Breslau.
 Unter Mitglied
Frau Berta Schneider geb. Zwortatschka
 am 22. d. Mts. nach langem Leiden im Alter von 42 Jahren verstorben.
 Beerdigung: Dienstag, den 25. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Kap. Universitäts-Klinik (Marxstrasse). 10898

Stadt-Theater
 Montag 7 1/2 Uhr:
 „Die Fäbja“
 Dienstag 7 1/2 Uhr:
 „Manna Janna“
 Mittwoch 7 1/2 Uhr:
 „Carmen“ 10874

Circus Busch.
 Schies. Jubiläumsfestspiele
 Leitung Dr. Georg Ager. [10899]
 Dandierkunstig legte Vorstellungen.
 Dienstag abends 8 Uhr:
 „Das Volk steht auf.“
 Wasserläubiges Schauspiel v. Fr. Crust.
 Mittwoch nachm. 4 Uhr:
 Schiller-Vorstellung
 für Erwachsene halbe Preise.
 „Das Volk steht auf.“
 Abends 8 Uhr:
 „Das Volk steht auf.“

Lobe-Theater
 Montag 7 1/2 Uhr:
 „Der gaisende Frack“.
 Dienstag 7 1/2 Uhr:
 „Das kleine Erb“.
 Mittwoch 7 1/2 Uhr:
 „Der gaisende Frack“.
 10880

Thalia-Theater
 Montag, Anfang 8 Uhr:
 Sonderausstellung für die Vereinigten Handlungsgeschäfts-Verbindungen.
 „Die verführte Glocke“.
 Mittwoch, Gruppe G. 5. Vorstellung:
 „Madalena“.
 Freitag: Dumbdell-Verein.
 „Des Herrns und der Hebr“
 10886

Schanzspielhaus
 Montag, 8 Uhr:
 „Die Grisha“.
 Dienstag 8 Uhr:
 „Der liebe Augustin“.
 10892

Viktorja-Theater.
 Grosse Rosinen.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag 2 Vorstellungen.
 Nachm. 3/4. bei Hausverbot zu ermäßigten Preisen. 10868

Empfehle mein grosses Lager
 gebrauchter guter Ergänzungs-Möbel.
 ganze Stuben- u. Küchen-Einrichtungen zu billigen Preisen. Friedrichstr. 53. 10847

Selten günstiger Gelegenheitskauf!

Hauschatz des Wissens

Eine Sammlung von gemeinverständlichsten Werken, welche die wichtigsten Zweige des allgemeinen Wissens umfassen

In 17 Bänden

Band I und II: Entwicklungsgeschichte der Natur von Bötsche.
 Band III und IV: Die Physik.
 Band V: Die Chemie.
 Band VI: Das Mineralreich.
 Band VII: Das Pflanzenreich.
 Band VIII und IX: Das Tierreich.
 Band X und XI: Länder- und Völkerkunde.
 Band XII und XIII: Weltgeschichte.
 Band XIV: Kunstgeschichte nebst Geschichte der Musik.
 Band XV und XVI: Geschichte der Weltliteratur.
 Band XVII: Gesamtregister.

Die Bände sind sämtlich elegant in Leinen gebunden. Wir geben dieselben in

monatlichen Raten

in Höhe von 5.— Mk. zum Gesamtpreis von **nur 90.— Mk.**, früh. Preis 144.— Mk. ab.

Remittenden-Exemplare.

Volksrecht - Buchhandlung
 Breslau III, Neue Graupenstr. 5/6, H. I.

Zeltgarten.
Lilliput-Zirkus
 18 kleine Künstler und das glänzende Programm.
Anfang 8 Uhr.
 Wons Wochentags gültig.
Tunnel:
Doppel-Konzert
 mit Gesangs-Einlagen.
Eintritt frei! 10856

Gebrauchte billige Möbel
 50 Schränke versch. Grös. 30 u. 40 Stühle, 100 Stühle mit und ohne Matratzen, ganze Stuben- u. Küchen-Einrichtungen zu raten, Friedrichstr. 53. 10845

Gummiwaren
 Frauen-Douchen D. R. G. W.
 Grösste Auswahl billige Preise.
Spülspritzen 2,50 an
 Fein- und Monatsblätter
 8136 empfiehlt Versandhaus „Eros“
Hanna Schickstein,
 Breslau, Ohlanerstr. 67
 Nur Damenbedienung.

Eduard Bernstein:
 Die Natur u. die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.
 Preis 20 Pfr.
 Zu beziehen durch die Expedition und die Kolportage.

Jeden Dienstag ab 9 Vor.
frisches Wellfleisch, Kessel u. Hausmacher Wurst eig. Schlachtung
ZUM GOLDENEN HECHT.

Zur Konfirmation!
Gute, billige Uhren
 unter Garantie.
Gold- und Silber-Waren
 Silb. Herren- u. Damen-Uhren von 7 Mk. an
 Goldene Damen-Uhren „ 15 „ „
 Goldene Herren-Uhren „ 35 „ „
 Regulatoren, Wanduhren und Wecker billig.
 Franringe in verschiedenem Gold schon von 6 Mk. an
 Broschen, Ohringe, Armbänder usw.
 Ketten für Herren und Damen äußerst haltbar.
 Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.
R. Leitloff, Uhrmacher, 10368
 Nikolaistrasse 41. am Königspl.-str.

Montag
extra billiger Verkauf
1a. Cablian im Anschnitt Pfd. 24
ohne Kopf in ganzen Stücken Pfd. 22
Zerkaut im Schnitt Pfd. 26 Grüne Heringe 3 Pfd. 40
Feinste Bol-Bildlinge, alte Nr. 1.55
„Nordsee“ Schmiebrücke 19
 und sämtliche Filialen und Niederlagen.

Konsumverein von Ohlau und Umgegend (E. G. m. b. H.).
Geschäftsbericht über das fünfte Geschäftsjahr
 vom 1. Oktober 1911 bis 30. September 1912.

Aktiva.		Bilanz.		Passiva.	
Kassa-Konto	1151.31	Geschäftsbilanz-Konto	5863.50		
Inventory-Konto	401.85	Eintrittsgeld-Referendums I	322.—		
Inventory-Abichreibung	80.—	Referendums II	4239.58		
Anteil-Konto E. G.	658.65	Baren-Einlagen	211.98		
Bankeinlagen-Konto E. G.	13 836.20	Spar-Einlagen	3330.—		
Frei-Sparfasse	2 021.14	Zinsen	100.—	3 480.—	
Baren-Konto	5 037.78	Baufonds		2 530.—	
Rechnung-Kasse	26.00	Nach zu zahlende Konten		81.00	
		Reingehalt		6 851.87	
		Summa	23 033.90	Summa	23 033.90

Gewinn- und Verlustkonto.

Arbeitslohn-Konto	Mk. 2 438.65	Vortrag	55.01	
Miete-Konto	586.80	Distrik-Konto	733.02	
Unterposten-Konto	2 757.38	Sonstige Einnahmen	248.54	
Trachten-Konto	1 018.80	Bruttogehalt	15 445.18	
Inventory-Konto	80.—			
Referendums II	2 078.95			
Baufonds	1 530.—			
Bildungsfonds	40.—			
Zinsen	100.—			
Reingehalt	6 851.87			
	Summa	17 482.45	Summa	17 482.45

Geschäftsbilanz der Mitglieder am 30. September 1912:
 Bestand am 30. September 1911. 4 190.—
 Rückzahlungen vom 1. Okt. 1911 bis 30. Sept. 1912 177.50
 4 012.50
 Eingehungen vom 1. Okt. 1911 bis 30. Sept. 1912 1 351.—
 Bestand am 30. September 1912 5 363.50

Die Mitgliederbewegung ist folgende:
 Bestand am Schlusse des Geschäftsjahres 1911 434 Mitglieder
 Es traten im Laufe des Geschäftsjahres ein 109 „ „
 543 Mitglieder
 Ausgetreten resp. verzeogen 6 Mitglieder
 ausgeschlossen 1 „ „
 gestorben 2 „ „
 mithin ein Mitgliederbestand von 534 Mitglieder

Der Vorstand.
 Hermann Gewandt, Ernst Rogoll,
 Vorstehende Bilanz ist von uns geprüft und mit den Büchern in Uebereinstimmung befunden.
Die Revisionskommission.
 Wilhelm Seitz, Robert Auer, Hugo Casper, Josef Hoffmann, Emanuel Langner.

Arbeitsmarkt.
Geübte Näherinnen
 für Kinder- und Frauenkleider gesucht, solche, die gut nähen, werden unter Garantie das ganze Jahr sehr lohnend beschäftigt. Meldungen mit Probearbeit und Ausweis bei
Posener & Cohn,
 Ring 60.
 10845

Tüchtige Hosennäherin | 10016 **Hosennäherin**
 auch Steinmetz, Marktstr. 10. [10870] f. m., Reichenstr. 11, str. d. Ockmann

Kleiner Anzeiger
 Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte **10 Pfennige.** Abonnenten haben gegen Guthaben 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf
 Lebhafte und helle, farbecht u. dauerhaft, billig abzugeben bei Fein, Juntentstr. 14, gegenüber Köpfling. 10480
 Gardinen, Stores, beste Qualitäten, ansehende Muster, empfiehlt Fein, Juntentstr. 14, gegenüber Köpfling. 10483
 Geringere Maßgaben, für jede Figur, billig, gut erhalten. Kaufhaus für Herren- u. Damenkleider, Neue Schwelmerstr. 6. 10905
 2 Schreibstühle billig zu verkaufen, Dom-Platz 1 a, II. Etage, Holz- u. Metall-Verkauf. 10822

Verschiedenes
 Küchen-Schränken, gut erhalten, billiger zu verkaufen b. Klein, Herzogstr. 20. 10853
 Ausverkauf von 10 bis 12 Mk. Schrod-Krug, Schanz, Caffo - Patent b. ver., Mariannenstr. 16, IV. Verdr. 10854
 Kinderwagen verkauft Raywald, Bergstr. 17, III. 10855

Abonnenten und Leser der „Volksrecht“ können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Anführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volksrecht“ auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der „Volksrecht“ berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volksrecht“ berufen. Außerdem gibt man zur Unterstützung der „Volksrecht“ kleine Anzeigen über Käufe, Verkäufe, Vermietungen, Mietgesuche, Arbeitsgesuche, Arbeitsangelegenheiten und dergl. in dem „kleinen Anzeiger“ der „Volksrecht“.
 Durch alles dies wird die „Volksrecht“ aktiv unterstützt.

Aufruf an unsere Partei- und Gewerkschaftsmitglieder und Genossinnen!
Welche Familienzeitschrift gehört in das Haus des Arbeiters?

Diese Frage beantwortet die Buchhandlung der **Volksrecht**.

Der alte Steinhilf hat gesagt: Ein Arbeiter ohne Bildung ist ein Ungeheuer. — Ein Arbeiter und eine Arbeiterin ohne Bildung ist wie ein Reich ohne Kopf. Bildung macht höhere Arbeit, schafft die Macht der Demokratie, verleiht einfachen Arbeitern Selbst- und Mitbestimmungsrecht.

Wir empfehlen dieses Bildungsmittel nicht **Die Lesende** (wöchentlich 15 Pfennige)

Warum? Weil sie aus einer sozialen Idee entstanden ist. Die Lesende will die Bedürfnisse unseres Volkes für alle frei und lebendig werden. Sie ist ein Kommunismus des Geistes. Schöne und kostbare Bücher waren bisher nur für die Reichen da. Dem armen und arbeitenden Volke wurde (wie es bei den Lebensmitteln noch der Fall ist) der schmutzige Schand vorgeworfen.

Wenn hier die Zeitschrift Lesende für wöchentlich nur 15 Pf. das Heftchen aus der Welt der Arbeiter aller Völker und Zeiten in Wechsel und Fülle. Zum erstenmal schreiben hier alle und neue Dichter für das einfache Volk — für den Arbeiter.

Neben einem Hauptmann, Deimel, Gendel, kommen Redaktionsmitglieder (Hilfste, Gendel).

Technik (Colm, Roh), Soziale (Levenslein, Dieberich), Reisebeschreibungen, Memoiren usw.

Besonders reich sind die Beiträge: „Wie es im Ralle dichter“ und „Soziale Kritik“, worin schon zahlreiche Männer und Frauen aus dem westfäligen Ralle zu Worte kamen.

Kostenlos erhält jeder Abonnent von 52 Heften Jahresbücher, die im Buchhandel allein 3 Mk. kosten. 1913 wird als erstes Buch ausgegeben: „Der Waldemar und seine Streiche“ von Oskar Böhrle, worin dieser wunderbar packend schildert, wie er als Landstreicher, Fabrikarbeiter, Fremdenlegionär und deutlicher Kretz durch das schmachtvolle Leben gepuscht wurde.

Bestellschein.
 Bei der Buchhandlung der **Volksrecht**, Breslau III, Neue Graupenstr. 5/6, abonniere ich auf
Die Lesende
 in wöchentlichen Lieferungen für 15 Pf. pro Heft. Außerdem erhalte ich zwei gut ausgestattete Hefte bei Abnahme von 52 Heften des Jahrganges 1913 vollständig kostenlos, bei 26 Heften, ein Heft.
 Name:
 Ort u. Datum:
 Straße:
 Wenn niemand zu Hause, wo ist das Heft dann abzugeben?

Donnerstag: Gewerbegerichtswahl in Breslau!

Die Arbeiter wählen von 5 1/2 bis 8 1/2 Uhr abends, die Arbeitgeber von 10 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. Februar.

Die bevorstehende Landtagswahl in Breslau.

Die „Breslauer Zeitung“ macht in ihrer Sonntagnummer den nachträglichen Versuch, den Beschluß der Partei zu rechtfertigen, der das Bündnis mit den Nationalliberalen statt mit der Sozialdemokratie verlangt. Abgesehen von dem alten, mehrfach widerlegten Hinweis auf die „Unerfüllbarkeit“ der sozialdemokratischen Bedingungen — die dem Freisinn nichts anderes abverlangt, als was wir in Breslau dreimal für sie getan haben — heißt es da:

„Wir glauben, mit Bestimmtheit sagen zu können, daß die ganze überwiegende Majorität der fortschrittlichen Wähler einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, hier bei uns wie auch sonst in Preußen, nicht günstig gestimmt gewesen wäre. Die große Klust, die uns von der Partei der äußersten Linken trennt, ist gerade in den letzten Zeiten wohl allen immer deutlicher zum Bewußtsein gekommen. Das ganze Verhalten der sozialdemokratischen Partei bei den verschiedenen Anlässen, im Abgeordnetenhaus sowohl, wie auch erst ganz kürzlich wieder in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, zeigte uns allzu deutlich, daß sich auch diese Partei durchaus bewußt ganz außerhalb aller übrigen Parteien stellen will.“

Es scheint uns fast, als würde obige „Klust“ jedesmal größer, wenn die Freisinnigen für uns und Kleiner, wenn wir für die Freisinnigen stimmen sollen. Die zum Beweise herangezogenen Berliner Vorkommnisse aber geschahen erst zur gleichen Stunde und waren den Breslauer Beschlußfassern gänzlich bekannt, als sie sich der Pflicht der Dankbarkeit entäußerten, die sie gegenüber der Breslauer Sozialdemokratie eigentlich fühlen sollten. Die ganze Argumentation zeigt ihre geringe Stichhaltigkeit übrigens schon dadurch, daß die politische Leitung des zweiten Breslauer freisinnigen Blattes, genau das Gegenteil dessen für richtig hält, was die „Breslauer Zeitung“ als so unumstößlich hinstellt.

Ueber den starken Widerspruch, den die Haltung der „Breslauer Zeitung“ und des fortschrittlichen Wahlvereins in den eigenen Reihen hervorgerufen hat, soll nun jener Trostpruch hinweggehoben, den das Blatt seit 1903 zum hiesigen Male wiederholt und der jedesmal geringeren Anspruch auf Erfüllung erheben kann: das liberale Bürgertum könne bei Anspannung aller Energie aus eigener Kraft siegen, indem es die meisten Wahlmänner bei den Urwahlen durchbringt. Wenn die „Breslauer Zit.“ selbst an diese Möglichkeit glauben sollte, was ihrer politischen Einsicht kein gutes Zeugnis ausstellen würde, so weiß sie doch wohl so gut wie wir, daß kein Mensch in Breslau ihren Optimismus teilt. Der Beschluß des Wahlvereins muß die gegenteilige Wirkung ausüben, die Aussichtslosigkeit des Kampfes muß die liberalen Wähler lähmen, die fehlende Stichwahlunterstützung der Sozialdemokraten muß ihre Wahlmänner vermindern und so wird die wahrcheinlichste Folge der schmählichen Haltung des Liberalismus sein, daß die Sozialdemokratie mit ihren Wahlmännern den verbündeten Liberalismus überflügelt, an die zweite Stelle rückt und die Liberalen vollkommen ausschaltet. 50 bis 70 Mandate, den Liberalen abgenommen, führen die Umwälzung herbei und das ist, wie die Dinge nun einmal liegen, das Ziel, auf das die Sozialdemokraten mit aller Wucht hinarbeiten werden. Wir müssen selbst in die Stichwahl gelangen! Unter dieser Parole: An die Arbeit, Genossen! Wie wir hören, will übrigens die demokratische Gruppe versuchen, Teile des Bürgerturns zu einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie zu gewinnen.

Ungeblüht günstige Steueransichten.

Ueber Ersparnisse und Einnahme-Vermehrungen im Stadthaushaltetat, die möglicherweise zu einer Herabsetzung der Steuerprocente führen können, bringt der „Breslauer Generalanzeiger“ Mitteilungen, die nur teilweise zutreffen. Bei den 400.000 Mk., um die der Etat bisher „gebessert“ wurde, handelt es sich zum Glück nicht durchweg um Streichungen, sondern bei der Hälfte des Betrages um etatierliche Mehr-Einnahmen. Aber auch der Gesamtbeitrag kann nicht zur Grundlage der Steuerberechnung gemacht werden, weil gar nicht berücksichtigt ist, daß die Provinzialabgaben um 120.000 Mark erhöht werden müssen, was die oben bezeichnete Summe auf 280.000 Mark vermindert.

Soweit wirklich Abstriche vorliegen, verdienen sie alles andere eher als die Bezeichnung „erzprießlich“. Daß man die Jahrhundertfeier ausgerechnet mit einer Herabsetzung des Fonds für Volksschulbauten beginnen wird, wegen der Magistratsenergie mehrte, kann als das Gegenteil von erzprießlich angesehen werden, und die Ersparnis von 1000 Mark für Kurse zur Belehrung über die Verhandlung „Ertunfener“ ist eine so großartige, daß sich darüber jedes Wort erübrigt.

Inwiefern die Freude über die Ersparnisse in kurzer Zeit durch Nachforderungen von etwa einer halben Million Mark für die Ausstellung zu Wasser werden wird — darüber wollen wir die Zukunft abwarten.



Heute Frauenabend

des sozialdemokratischen Vereins Breslau in folgenden Lokalen:

- „Zur Hoffnung“, Viktoriastraße 34,
- „Schweizerhof“, Schweizerstraße 23,
- Lassner, Feinlichstraße 5,
- Fischer, Michaelisstraße 26,
- Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17,
- Fischer, Pubenstraße 80,
- Gempe, Neudorfstraße 99.

Nur Mitglieder haben Zutritt; das Mitgliedsbuch dient als Ausweis.



Schankerlaubnis im Lustbad des Ortskrankenkassen-Verbandes.

Der Vorsitzende des Ortskrankenkassen-Verbandes, Stadtverordneter Genosse Wittke, beantragte die Erlaubnis zum Schankebetriebe in der im Licht- und Sonnenbade in Alt-Scheinig erbauten Garten-Paville. Wittke ist von der Konkurrenz benachteiligt worden, den Ausschank in einem nicht konzessionierten Räume betreiben zu haben. Er wurde deshalb mit 15 Mark bestraft. Die Bestrafung war die Veranlassung, die Genehmigung beim Stadt-Rat zu beantragen. Polizeipräsident und Magistrat erhoben Einspruch, weil der Raum nur einen Umfang von 15 Quadratmeter hat, während die vorgeschriebene Mindestgröße 35 Quadratmeter betrage. Aber auch sonst waren die Vertreter der Behörden gegen die Erlaubnis. Wittke führte an, es handle sich um die vielen Laufende von Mitgliedern des Krankenassenverbandes, die zur Kräftigung der Gesundheit Licht- und Sonnenbäder nehmen. Weil der Platz nicht ausreicht, muß die bereits konzessionierte Kolonade von den Badenden zum Ankleiden benutzt werden. Aus diesem Grunde sei die Halle, die in Frage komme, erbaut worden. Der Magistratsvertreter, Assessor Wosniak bemerkte sonderbarerweise, er würde, selbst wenn die Halle das richtige Maß hätte, gegen die Genehmigung sein, und der Polizeivertreter glaubte, seinen Einspruch damit besser zu unterstützen, daß er ein Schreiben des Konkurrenten, der unweit vom Lustbade ein öffentliches Lokal unterhält, verlas, worin der Stadtausschuß ersucht wird, die Konzession nicht zu erteilen. Allerdings glaubte der Konkurrent, daß es sich um die Konzession zum Schnapsverkauf handelte. Genosse Wittke beantragte jedoch nur die sogenannte halbe Konzession. Der Stadtausschuß entsprach dem Wunsche des Antragstellers, indem er in diesem Falle von der allgemeinen Regel eine Ausnahme machte und die obwaltenden Umstände als gebührend berücksichtigte.

• **Stadtverordneten-Versammlung.** Die Sitzung am nächsten Donnerstag zeigt eine Tagesordnung von nicht weniger als 81 Vorlagen. In den etwa 60 alten Magistratsanträgen sind jetzt noch mehr als 20 Entschieden des Etatausschusses über einzelne Verwaltungen getreten, sodas der Beratungsstoff überreichlich vorhanden ist.

• **Die Ein- und Verkaufsgenossenschaft Breslauer Kolonialwarenhandler** zählte am 1. Januar 1913 284 Mitglieder mit 1688 Geschäftsanteilen. Durch die starke Nachfrage nach weiteren Geschäftsanteilen ist das Genossenschaftsvermögen auf 417.000 Mark angewachsen und gegen das Vorjahr um 49.000 Mark gestiegen. Der Gesamtumsatz betrug 5.268.867 Mk. gegen 4.647.161 Mk. im Jahre 1911. In diesem Umfange ist beizuliegen das Warengeschäft mit 3.629.818 Mk., die Brotfabrikation mit 1.419.693 Mk., die Mineralwasserfabrik mit 50.084 Mk. und die Wein- und Spirituosen-Abteilung mit 162.615 Mk. Trotz reichlicher Abschreibungen ist die Genossenschaft in der Lage, einen Reingewinn von 293.677 Mark buchen zu können. Der Barverkauf brachte allein einen Diskontogewinn von 40.430 Mark.

Im Berichtsjahre sind zwei neue Doppelkassen eingebaut und der Vorkasserraum vergrößert worden. Die Genossenschaft kann 205.931 Mark Divi endgültig an die Mitglieder verteilen.

• **Haushaltungs-Unterricht.** In der unter Aufsicht der Magistrats stehenden Sophie-Vereinigung werden Mädchen nach Beendigung ihrer Schulpflicht, wenn sie das Verzeichnis einer hiesigen städtischen Volksschule erreicht haben, in der einfachsten Haushaltung, insbesondere im Kochen, in halbjährigen Kursen ausgebildet. Meldungen für den nächsten Sommerkurs sind spätestens bis zum 7. März 1913 an das Kuratorium per Einlösung, Magistratsbureau IV, Gartenstraße 3, Hof-Durchgangsbau, 2. Stock, unter Beifügung des Schulentlassungszeugnisses zu richten.

Die Mädchen, die zu Eltern d. J. aus der Schulpflicht entlassen werden und ihrem Aufnahmebesuche das Schulentlassungszeugnis noch nicht beifügen können, haben dieses zur Aufnahme, deren Zeitpunkt noch mitgeteilt werden wird, mitzubringen.

• **Zwangswelche verweigert werden** demnächst vom Amtsgericht Breslau folgende Grundstücke: Ackerberg 1, am 10. April, Kreuzbergstraße 9 am 8. April, Blücherstraße 8 am 21. April, Frankfurterstraße 58 am 15. April, Breslau-Dürrgoy (Wand IV, Blatt 148) am 22. April, Gallestraße 28 am 15. April, Gellertstraße 6 am 21. April, Gallestraße 24 am 29. April.

• **Mehrausgaben der städtischen Straßenbahn.** Der Haushaltsplan 1912 der städtischen Straßenbahn war der erste Plan, der für die vorzunehmenden Unternehmungen der vormals Breslauer Straßen-Eisenbahn und der Stadt aufgestellt war. Die Wünsche dieses Planes waren daher, so sagt der Magistrat, bei dem Fehlen von Erfahrungen schwer richtig zu schätzen. Außerdem mußten im Laufe des Jahres 1912 eine Reihe von Änderungen des Betriebes eingeführt werden, zum Teil auch auf Verlangen der Stadtverordneten-Versammlung, die eine erhebliche Vermehrung des Personal notwendig machten. Es sind dadurch Mehrausgaben von 4.900 Mk. entstanden, die im einzelnen auf Verklärung der Arbeitszeit, Dienstleistungen wie Sommerurlaub usw., die Einrichtung der Arbeiterkassen und Unterveränderungen zurückgeführt werden.

• **Vorschußverein zu Breslau, e. G. m. b. H.** Nach dem Geschäftsbericht für 1912 umfaßt der Verein 4487 Mitglieder gegen 4388 im Vorjahre. Der Gesamtumsatz beläuft sich auf 175 Millionen Mark gegen 162 Millionen Mark im Vorjahre; der Kassenumsatz auf 72,8 Millionen Mark gegen 68,1 Millionen Mark. Kredite standen zum 1. Januar 1913 aus 6.933.68 Mk.; es wurden neue Kredite gewährt 23.331.117 Mk. gegen 20.791.985 Mk. auf den Diskonto-, 2.649.225 Mk. auf den Kontokorrentverlehrs und 1.382.945 Mk. auf den Lombardverlehrs. Rückzahlungen wurden insgesamt 22.731.073 Mk. geleistet, so daß am Jahresabschluss 6.536.101 Mk. ausstünden. Das Mitgliederaktiva beläuft sich auf 9.551 Mk., die Reserven betragen 48.994 Mark, die Sparanlagen etwa 4,1 Millionen Mark und die Depositen 1 1/2 Millionen Mark. Das Geschäftshaus steht nach einer Abschreibung von 8263 Mk. mit 700.000 Mk. zu Buch. Nach sehr reichlichen Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 59.864 Mk., gegen 59.445 Mk. im Vorjahre, so daß der am 28. Februar stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 5 Prozent vorgeschlagen werden kann.

• **Gesperrte Straße.** Wegen Renovationarbeiten wird die Margaretenstraße vor den Grundstücken Nr. 11 bis 15 vom 24. Februar an auf drei Wochen für Fußwerk und Reiter gesperrt.

Lobe-Theater.

Zum 1. Male: „Das kleine Café“. Lustspiel in 3 Akten von Tristan Bernard.

Am Sonnabend war die Bühne des Lobe-Theaters zur Abwechslung einmal in ein Caféhaus verwandelt, in der als dienlicherer Geist ein kleiner namens Albert seines Amtes waltete. Doch d. mit diese ganz kurzweilige Umgestaltung zum Schauspiel eines Lustspiels wird, muß Albert eine Erbschaft von 800.000 Frank machen. Aber eine so hohe Summe ist doch gar zu verlockend; wer möchte da nicht miterben! — So dachte auch ein edles Paar, nämlich: sein Chef, der Cafébesitzer und dessen Freund Viarabou, der „zufällig“ schon, ehe die Kunde den glücklichen Erben erreicht, alles weiß. Man legt also dem armutstosen Albert einen Vertrag zur Unterschrift vor, nachdem er sich verpflichtet, zwanzig Jahre in seiner jetzigen Stellung auszuhalten. Für den Kontraktbruch wird eine Konventionalstrafe von nicht weniger als 2.000 Frank festgesetzt. Einige Augenblicke darauf erzählt er, daß er ein verdammt guter Mann ist. Aber er denkt gar nicht daran, seinem lebenswichtigen Arbeitgeber ein Viertel seines Vermögens abzugeben, trotzdem dieser alles daran setzt, durch alle möglichen Schikane seinen Kontrakt zu verletzen. Doch Albert bleibt ihnen zum Trotz Raffschustallner und steht obendrein noch den für ihn ausgelegten niedlichen Gehalt ein. Eine Lösung erfährt die an sich ganz drohliche Geldsacke dadurch, das Albert von der stolzen Tochter seines Chefs in die Bande der Ehe geschlagen wird. Das ist selbst im Zusammenhang dieser Schmutze ein etwas gewalttätiges Ende. Das so leidlich belegte Haus lachte nicht mit Verfall. Gespielt wurde allgemein recht flott. Besonders Herr Schindler war ein prächtiger „Albert“. Auch Herr Barua (als Cafébesitzer) und Herr Koch (sein Freund) stellten ganz interessante Typen auf die Bühne. Farblos war dagegen Herr Witte und dem Herr Hilda Förster muß gesagt werden, daß prächtige Kostüm noch nicht von der Verpflichtung werden zu spielen entbinden.

Breslauer Schauspielhaus.

„Der fidele Bauer“ von Leo Fall.

Als Matthias Scheichelsother zeigte Herr Louis Treumann aus Wien wieder seine ganze große Kunst. Dieser Bauerntypus ist aus tausend kleinen, glitzernden Mosaiksteinchen zusammengeleitet, die sich wie selbstverständlich mühelos zu einem herzerquickenden Gesamtbilde ineinanderfügen. Diese Natürlichkeit ist es, die den Gast zu einem wirklichen Künstler und nicht zu einem virtuellen Henspel, der seine Leistung durchaus zum Mittelpunkt des Abends gemacht wissen will. Abgesehen von den sehr beobachteten Details, ist sein Rollenverlag gleichfalls vorbildlich; da geht keine Zeitpunkte verloren. Obgleich sich der Gast die größte Reserve auflegte und die Mitwirkenden durchweg recht annehmbare Leistungen boten, wurde Treumann dennoch die Hauptperson des Abends. — Unter den übrigen Darstellern ragte Herr Stössel als Lindberger um ein Bedeutendes hervor. Nur die vielen unnötigen Extempores, die dem Theaterabend eine lästige Ausdehnung geben, fördern sehr. Kräutlein Schömitz, Heinrich, die Kleine Kuban II und Reumann waren in ihren mehr oder weniger kleinen Rollen gut am Plage; beglückten die Herren Brunner, Witte, Triebel, Hertel und Süßenguth. Daß Herr Grünwald manchmal mehr aus seiner unbekannten Partie herausholte, als manche seiner Vorgänger, sei ihm besonders angerechnet. Eine sehr anmutige Frau Professor war Frau Henrich, die auf dem Theaterergel gar nicht genannt wurde. — Als gastlicherer Kapellmeister machte Herr Hellmann einen außerordentlich günstigen Eindruck. Er zeigte sich als energisch, gewandt und umsichtig und bemühte sich, zum Glück mit Erfolg, das Orchester für die nötigen Dispositionen herabzubämpfen. Solche Leute können wir mehrere gebrauchen. — Das Publikum war zwar ziemlich zahlreich vertreten, aber noch immer nicht in einer der Bedeutung des Hauses entsprechenden Menge. Es zeigte nicht mit Belohn und ließ sich die Hauptrollen wiederholen.

Literatur.

• **Preußenprotokoll.** Das Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der sozialdemokratischen Partei Preußens, abgehalten zu Berlin vom 6. bis 8. Januar 1913 ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin, jeben zur Ausgabe gelangt. Der Preis beträgt 1,25 Mark.

• **Besondere Interesse** werden die ausführlichen Schilderungen des preußischen Wahlrechtskampfes, sowie die Schilderungen der Kämpfe, die unsere kleine Landtagsfraktion zu bestehen hatte, begegnen. — Das Referat des Genossen Georg Schmidt über die Landarbeiterfrage in Deutschland hat allgemeines Aufsehen erregt. Jedem, der sich für die Landarbeiterfrage interessiert, wird das Referat sowie die daran anschließende Diskussion eine Fülle belehrenden Materials bieten.

• **Von Wichtigkeit** ist auch das Referat und die Diskussion über die bevorstehenden Landtagswahlen. Die zu diesem Thema beschlossenen Richtlinien sind gleichfalls im Protokoll enthalten. Zu bejahren ist das Protokoll durch alle Buchhandlungen, Fachblatt für Sozialarbeiter, Heft 2 des achten Jahrgangs, Februar 1913, herausgegeben vom Deutschen Sozialarbeiter-Verband in Berlin.

• **Das Februarheft** hat zwei bisher noch nicht behandelte Gebiete der Polizeiarbeit in Angriff genommen: den Klavierbau und die Herstellung gerundener Dreharbeiten. In das letztere führt ein Artikel von D. Ring ein, der aus der geschichtlichen Entwicklung Namen und Wesen von Piano und Flügel erklärt. Robert Breuer wirft an Hand einiger Einrichtungen an den Deutschen Werkstätten in Dresden-Dellerau einen Ausblick auf den „deutschen Stil“. Im Entwurf werden die Möbel einer Arbeiterwohnung gezeigt.

• **Das Fachblatt für Sozialarbeiter** erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Volkshäusern und den Verwaltungsstellen des Deutschen Sozialarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition, Berlin S. 2, Neus-Friedrichstraße 9. Einzelhefte zu 50 Pfennig.

Die Polizei als Hüterin der Kunst.

Am Sonnabend hat sich die Breslauer Polizei wieder einmal ein recht sonderbares Jenseitliches geleistet. Zwar trifft ihr Streich diesmal nur das zahlungsfähige Publikum, ihr Vorgehen aber ist bezeichnend für den Kunststimm der Polizei überhaupt. Ueber den vergiftenden Schund, der den Besuchern verschleudert wird, ist schon oft geschrieben worden, herrscht bei allen Kunstfreunden nur eine Stimme der Verurteilung. Umso mehr ist es zu begrüßen, wenn einzelne Lichtbildhändler über den allgemeinen Stand hinausragen und eine Stätte für gute Unterhaltung und Belehrung sein wollen. Die Polizei als Zensurbehörde spielt aber auch hier dieselbe Rolle wie beim volkstümlichen Theater. Wie dort Jken, Hauptmann, wie überhaupt alle ernsthaften Schriftsteller verpönt sind, während oft die ekelhaftesten Schmarren den Beifall der Polizei finden, so nun auch beim Kino.

Paul Lindau hat sein Drama „Der Andere“, für den Film bearbeitet. Die Hauptrolle des Staatsanwalts Dr. Saller spielt Albert Wasseremann. Für Breslau hat sich die Direktion des Palais-Theaters das alleinige Aufführungsrecht mit bedeutenden Kosten gesichert und am Sonnabend sollte die Erkaufführung sein. Inzwischen kam aus Frankfurt a. M. die Nachricht, daß die dortige Polizei das Stück beanstandet hat und es erst freigegeben, nachdem der Staatsanwalt in einen Rechtsanwalt Doktor Heller umgewandelt worden war. In Breslau prangte von vorn herein ein Rechtsanwalt in dem Personenverzeichnis; trotzdem wurde das Stück auch hier verboten. Das polizeiliche Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Auf Antrag vom 19. Februar 1918.

Die polizeiliche Genehmigung zur öffentlichen Vorführung des Films „Der Andere“ vom Vitastop-Berlin wird hiermit verweigert.

3 Anlagen zurück.

S. V. Salem.

Ein Grund für das Verbot ist also nicht angegeben worden. Das Stück wurde dann am Sonnabend Abend einem kleinen Kreis geladener Personen, vor allem den Pressevertretern, vorgeführt. Auch Kriminalkommissar Gschwein hatte sich zur Begutachtung eingefunden. Wir haben an dem Stück nichts bemerkt, was das Verbot rechtfertigen könnte. Es behandelt das Gebiet der geistigen Dämmerzustände, und zwar soll es vorkommen, daß Leute nach einem Unfall ein „Doppel-Leben“ führen. Das wird an dem Staats... parbon... Rechtsanwalt gezeigt, der einen Sturz vom Pferde erleidet. Nachdem er wieder hergestellt ist, arbeitet er am Tage in der gewohnten Weise, nachts aber verkehrt er im Traumzustand in Kollonnen und verübt allerlei Straftaten, von denen er am anderen Tage nichts weiß. Als er von seinem Zustande Kenntnis erlangt, verzweifelt ihm das eine starke Nervenerschütterung und damit ist der Weg zur Heilung beschritten, die er in völliger Landeinamkeit findet.

Das Stück behandelt also ein durchaus ernsthaftes Problem und hat nichts Anstößiges an sich. Wir müssen auch dagegen protestieren, wenn von anderer Seite das polizeiliche Verbot damit bekämpft wird, daß das Stück ja wegen des besonders hohen Eintrittspreises nur einem „auserlesenen“ Publikum zugänglich sei. Gegenüber einer solchen, die Auffassungsgabe der Arbeiter anzeigenden Meinung glauben wir sagen zu können, daß der Inhalt des Stückes ohne weiteres verständlich ist. Wir halten es als durchaus geeignet, auch vor Arbeitern abgelesen zu werden.

Was die Polizei zu dem Verbot veranlaßt hat, können wir uns allerdings denken. Wie kann wohl einem Halbwelt von Staatsanwalt ein geistiger Defekt angedichtet werden. Und wenn man den Staatsanwalt auch in einen Rechtsanwalt umgewandelt hat, so erkennt doch alle Welt an dem nicht allzu intelligenten Gesicht, das Wasseremann der Hauptrolle beigegeben hat, daß es nur ein Staatsanwalt sein kann. Ein Rechtsanwalt müßte zweifellos geschickter aussehen. Dazu kommt, daß auch ein Polizeikommissar in einer Lage gezeigt wird, die nicht gerade „schneidig“ aussieht. Staatsanwälte sind aber immer respektiert und Polizeier nehmen immer einige schneidige Haltung an. Oder sollte die Polizei etwa geglaubt haben, daß das vornehme Publikum durch das Stück mehr als gut ist mit dem Besen der „Aleptomanie“ vertraut gemacht wird?

Wie wir erfahren, ist das Stück selbst in Ober-Schlesien ohne weiteres gespielt worden.

Die Eröffnung der Gartenbau-Ausstellung

ist auf den 6. Mai festgelegt. Es wird uns dazu geschrieben: Die Ausstellung beginnt mit einer großen, allgemeinen Blumen-schau in den Räumen des Ringes der Jahrhunderthalle. Das Programm gliedert sich in eine dekorative Abteilung, Schau- und Handelspflanzen, Neuheiten, abgechnittene Blumen und Obst deutscher Züchtung. Den beteiligten Ausstellern winken Staats-Medaillen, Ehren- und Geldpreise. Im Freien wird zu dieser Zeit das von den farbigen im Frühjahr blühenden Pflanzen durchsetzte Matengrün, insbesondere aber der Tulpenflor erblühen. Es wurden von zwei Ausstellern über 120.000 Tulpenzwiebeln gelegt, die jetzt schon unter der schützenden Laub- und Reisigdecke junge grüne Spitzen zeigen. Das Gemächshaus für die Kolonialabteilung ist bereits mit Pflanzen gefüllt und in Betrieb genommen worden. Auf dem daneben gelegenen Gelände der Kolonialabteilung wird eine ganze Reihe von Gewächshäusern in hufeisenförmiger Anordnung errichtet, die gleichfalls zur Eröffnung schon in reichem Blumenschmuck prangen werden.

Ein faulerer „Arbeiter im Weinberge“

stand in der Person des 29-jährigen „Missionspredigers“ Alexander Krause aus Breslau vor der hiesigen 4. Strafkammer. Der Angeklagte, ein früherer Klempner, der seine Ausbildung als Missionsprediger in einem ausländischen Seminar empfangen haben will, gründete im April v. J. mit der Friedrich-Karlstraße die „Christliche Gemeinschaft Bethanien“. Diese Gemeinschaft dient angeblich der Verkündung des Wortes Gottes, der Belehrung der Jugend und der Errichtung und Unterhaltung einer gemeinnützigen Nähstube, sowie der Verbreitung christlicher Schriften in Haushaltungen und Restaurationen. Gegenwärtig setzt sich die Gemeinschaft aus 75 Mitgliedern zusammen, an deren Spitze Krause steht. Seinen Lebensunterhalt befreit er von einem Teil der Mitgliedsbeiträge und dem Ueberschuß aus dem Schriftenertrieb. Nach seiner Angabe empfängt er auch von seinem Vater Unterstützung. Mit ihm standen in der Anklagebank seine Kollontanten Emanuel Sollich, August Kleinmann und Frau Martha Hein wegen Uebertretung des § 1 der Regierungsverordnung vom 18. Juli 1867 betreffend das unbefugte Veranlassen einer Kollekte zu wohltätigen Zwecken. Auf Befragen des Staatsanwalts mußte Krause zugeben, daß er vor einiger Zeit durch Zeitungsinsertate unbefohlene junge Mädchen zum Zwecke der „Arbeit im Weinberge des Herrn“ angeworben und zu Unfälligkeiten verleitet habe. Es schwebt deshalb auch ein dementsprechendes Verfahren gegen den Herrn „Missionsprediger“. In Gattwirtschaften hat Krause gegen die „Häuslichkeit“ vertrieben, während in den Häusern sehr minderwertige Traktätschen verkauft wurden. Die Kollontanten erzielten ziemlich hohe Tageseinnahmen, da viele wohlhabende Leute einen Eubolus spendeten ohne als Gegen-gabe die trübe Schokolade anzunehmen. Das Schöffengericht, das sich schon einmal mit diesem Schriftenvertrieb befaßt hatte, erklärte auf Freisprechung wegen der Unwissenheit der Verurteilung angelegt hat. Das Verurteilungsgericht hob das ermittelte Urteil auf und verurteilte Krause wegen unbefugten Kollektierens zu 12 Mark Geldstrafe, seine mitangeklagten Gehilfen zu je drei Mark Geldstrafe. Es erscheint natürlich durchaus angezeigt, das von Krause geleitete zweifelhafte Unternehmen mit keinem Pfennig zu unterstützen.

Warnung! Seit einigen Tagen versuchen mehrere Personen in den verschiedenen Stadtteilen unserer Stadt An-meldungen von Wohnungen für Fremde zu erlangen, und geben sich dabei als Beauftragte des amtlichen Wohnungsnachweises der Jahrbunderausstellungen aus. Zugleich verlangen sie, für die ergehenden Anmeldungen eine Einschreibgebühr von 1,50 Mk. zu erheben. Die Geschäftsstelle für die Jahrhundertfeier der Freiheitskriege teilt uns dazu mit, daß niemand beauftragt worden ist, auf diese Weise Anmeldungen von Wohnungen zu beschaffen oder gar dafür Gebühren zu erheben. Der amtliche Wohnungsnachweis der Jahrbunderausstellungen läßt vielmehr an Personen, die ihre Zimmer zur Aufnahme von Fremden herzustellen wollen, unentgeltlich Anmeldebogen mit einem Briefumschlag, der die vorgegedruckte Adresse der Geschäftsstelle der Jahrhundertfeier trägt, von dem Pförtner des Kunstgewerbemuseums, Graupenstraße 14, und in der Geschäftsstelle der Jahrhundertfeier, Grünfelder Weg, veranlassen. Um Rechtschläubige vor Schäden zu bewahren, bringen wir diesen Sachverhalt hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Unglücksfall im Tanzsaal. Im „Kaiser-Wilhelmplatz“ in Krieten ereignete sich Sonntag Abend zwischen 7 und 8 Uhr ein schweres Unglück durch Absturz eines Stückes Wandputz. Ueber einem der hohen Fenster löste sich unmittelbar unter der Holzdecke ein etwa 1/2 Quadratmeter großes Stück des Wandputzes und stürzte erst auf die Fensterbrüstung, wo es in kleinere Stücke zerfiel, die dann in den Saal herniedfielen. Hier trafen die Verunglückte eine ganze Tischgesellschaft, darunter am schwersten den Kunstgewerbeschüler Dittmar Sokan, der aus Dies in Oberschlesien

stammt, im 27. Lebensjahre steht und hier die Schule besucht. Er wurde von einem größeren Stück Putz am Kopf getroffen und sank sofort bewußlos zusammen. Der im selben Hause wohnende Sanitätsrat Dr. Richter stellte eine Gehirnerschütterung fest. Erst nach geraumer Zeit erlangte der Verletzte das Bewußtsein wieder und konnte in seine Wohnung auf der Ohlauerstraße geschafft werden. Die beiden Tischgenossen, Fräulein Luise Günther und Fräulein Erna Gasse, ferner Herr Brauerel-Inspektor Weigt wurden nur leicht getroffen und konnten ihren Heimweg antreten. Merkwürdigerweise war von dem ganzen Vorfall, der die Tanzgesellschaft allerdings für einen Augenblick in Aufregung versetzte, aber in der Fortsetzung des Tanzvergnügens nicht störte, der Ortspolizeibehörde in Krieten bis heute morgen noch nichts bekannt geworden.

Verhättnis Ziehen der Notbremse. Der Handelsmann Zwettels aus Breslau unternahm am 22. Dezember 1912 eine kleine Geschäftsreise. Im selben Eisenbahnabteil fuhr er mit 3. auch zwei Männer, die sich sehr erregt über dieses und jenes miteinander stritten. Der Handelsmann kümmerte sich jedoch nicht um den Streit, sondern tat so, als wenn nichts um ihn seine Ruhe stören könnte. Er zog dieser Zurückhaltung sing der eine der beiden Männer, ein etwas ansehnlicher Arbeiter, mit Zwettels Händel an. Im nächsten Augenblick faßte dieser den ahnungslosen Handelsmann am Jackett und versetzte ihm nun von hinten einige kräftige Fußtritte ins Gesicht. Der Angegriffene fühlte sich unfähig, den ihm an Kräften weit überlegenem Mann abzuwehren, weshalb er den Griff der Notbremse erfaßte und diese zog. Der Zug hielt sofort auf freier Strecke zwischen Zwickau und Zwickau. Durch einen Eisenbahnbeamten wurde der Handelsmann aus seiner bedrängten Lage befreit. Gleichzeitig stellte man aber auch seinen Namen fest. In der Folge erhielt Zwettels von der hiesigen Eisenbahninspektion einen über 10 Mark lautenden Strafbefehl, wegen Uebertretung der Eisenbahn- und Verkehrsordnung. Mit dem Einbruch gegen die Strafverfolgung beschäftigte sich am Donnerstag das hiesige Schöffengericht. Das Gericht hob in Uebereinstimmung mit dem Amtsanwalt den Strafbefehl auf. Der Angeklagte habe einem rechtsunwürdigen Angriff auf Leib und Leben entgegen wollen und dies habe er nicht anders, als durch das Ziehen der Notbremse bewerkstelligt können. Die Notbremse sei dazu, bemerke der Vorstehende, bei Begründung des Freispruchs, den Reisenden als Schutzmittel gegen unbedachte Angriffe zu dienen. Allerdings habe der Angegriffene kein Recht zum Ziehen der Notbremse, wenn er vermöge seiner physischen Kräfte in der Lage ist, den Angriff selbst abzuwehren. Das sei im vorliegenden Falle nicht festzustellen gewesen.

Feuer in einem Kino. Sonnabend nachmittag war in dem Vorführungsraum des Kinematographentheaters, Gartenstraße 53, ein Brand entstanden, der aber glücklicherweise nur einige Bretter und Filme ergriffen hatte so daß das Feuer bald von der herbeieilenden Feuerwehr gelöscht werden konnte. Die Zuschauer verhielten sich außerordentlich ruhig; anscheinend merkten sie wenig oder gar nichts von dem Brande.

Selbstmordversuch. Am Sonnabend Abend nach 10 Uhr versuchte sich der Arbeiter Hermann Wittke in seiner Wohnung, Beramannstraße 8, mit einem Revolver zu töten. Sein Schwiegervater aab sich Mühe, die Tat zu verhindern, wurde aber von einem Revolvererschuss am Daumen der rechten Hand verletzt und die Kugel drang dem Nichte in die rechte Schläfe; er brach blutüberströmt zusammen. Die herbeigerufenen Samariter der Feuerwehr verbanden beide Verletzten und schafften Nichte ins Allerheiligenhospital. Dort befand er sich am Montag außer Lebensgefahr.

Taschendiebe gefaßt. In der Nacht zum Donnerstag ist einem unbekanntem jungen Manne an der Marienstraße ein Portemonnaie mit großem Geldebetrag gestohlen worden. Der Polizei gelang es, die Taschendiebe in der Person eines Sitten-mädchens und eines Arbeiters zu ermitteln und festzunehmen. Der unbekanntem Bestohlene soll sich unverzüglich im Zimmer 51 des Polizeipräsidiums melden.

Vermist wird seit dem 3. Februar der Gelbhornstraße 19 wohnhafte Landwirt Hermann Fiedler.

Erhängt aufgefunden wurde am Sonntag früh ein im Hause Hildebrandstraße 23 wohnender Tischler; seine Leiche wurde ins Schauhaus geschickt.

Fahrraddiebstahl. Einem Kutcher, der seit Jahrad am Sonnabend nachmittag für wenige Augenblicke in den Haus-flur eines Grundstücks auf der Katharinenstraße stellte, ist dies Rad gestohlen worden. Es ist ein Fahrrad „Montblanc“, Nr. 128 833. — Einem Bureaudiener wurde an demselben Tage auf der Albrechtsstraße ein Fahrrad „Mosquito“, Nr. 251 566, gestohlen.

Einbruch. In der Nacht zum Sonnabend sind Diebe in die Bäckereifabrik auf der Katharinenstraße eingedrungen und haben 2 Mark Wechselgeld und verschiedene Backwaren gestohlen.

Verloren wurden ein Karton mit Oberhemd, einige Bronzestücke, eine goldene Uhr mit Kette, eine Brieftasche mit zweihundert Mark, eine goldene Brosche und ein silbernes Seitenarmband.

Gefunden wurden Verbindungslücke zu Gasleitungen, ein goldener Trauring, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Fahrrad, eine silberne Kameruhr, ein Schiffsstund, eine Manteltasche mit Inhalt, eine graue Reisedecke.

Aus aller Welt.

Quarantäne in Groß-Berlin. Wie zu erwarten war, hat jetzt der auch von uns gemeldete Tollwutfall die Verhängung einer Quarantäne über Groß-Berlin zur Folge. Aus Gründen der allgemeinen Sicherheit hat das Polizeipräsidium Berlin heute eine drei Monate dauernde Quarantäne angeordnet. Sämtliche Hunde müssen in diesen drei Monaten an der Leine geführt werden und einen Maulkorb tragen. Die Festsetzung, daß es sich ausschließlich um Tollwut bei dem Hunde des Haareschändlers Forts aus der Danzigerstraße handelt, war, wie berichtet, schon Freitag Abend im Institut für Infektionskrankheiten gemacht worden. Der Tierseuchgenosse brachte gar nicht abgewartet zu werden, da in dem Gehirn des getöteten Hundes bei der mikroskopischen Untersuchung bestimmte Stempchen gefunden wurden, die für die Tollwut typisch sind. Rund 90 Prozent aller Tollwutfälle hängen auf diese Weise festgestellt werden, und nur in etwa 10 Prozent von Hunden muß unbedingt der Tierseuchgenosse abgewartet werden. In diesen Fällen verpassen oft 10 bis 14 Tage, ehe man eine Gewißheit über den Charakter der Krankheit hat. Bei dem vorliegenden Fall war die Diagnose schon nach drei Stunden festgestellt. Von den getöteten Tieren haben sich bis jetzt im ganzen neun gemeldet, die jeden Tag vormittags 10 Uhr im Institut für Infektionskrankheiten erscheinen müssen, um sich impfen zu lassen. Erst nach Ablauf von 21 Tagen wird sich die Impfung erübrigen. Das Verhalten der neun Personen ist gutwahrnehmend. Da es bisher nicht gelungen ist, zu ermitteln, wie der Hund überhaupt in der Tollwutkrankung gekommen ist, so muß angenommen werden, daß noch mehr Hunde, die von Tollwut befallen sind, in Berlin umherlaufen.

21 Personen auf dem Tode eingeworfen. Am Sonntag nachmittag um 2 Uhr ereignete sich auf dem Grunewald bei Berlin ein sehr schlimmes Unglück. Ein Omnibus fuhr über einen steilen Abhang, der überfahren war, und stürzte von dem Abhang ab. In dem Omnibus befanden sich 21 Personen, die nun eingeworfen sind. Alle anderen Personen zu Fuß waren auch betroffen. Am ganzen Morgen 21 Per-

sonen auf diese Weise in Lebensgefahr. Sowohl von dem nahen Jagdschloß Grunewald, als von dem Restaurant Paulshorn aus unternahm man Rettungsversuche, die schließlich von Erfolg gekrönt waren. Alle Personen konnten lebend, wenn auch mehrere schon bewußlos waren, aus dem Wasser gerettet werden.

Ein dreisähriger Knabe. Dreisähriger Knabe sind einer Schneidermeister im Ostendebad Albed von zwei Frauen geboren worden. Es wird von dort gemeldet: Die Ehefrau des Schneidermeisters Ferdinand Galinsky in Albed wurde am Sonnabend von einem Zwillingespaar entbunden. Diese beiden Zwillinge sind das 32. und 33. Kind des glücklichen Vaters, dem seine erste Frau 24, die zweite bisher 9 Kinder geschenkt hat.

Propheten. Der amerikanische Luxus nimmt immer mehr Formen an, die alles Frühere weit überbieten. Besonders charakteristisch dafür ist die Manie, alte Meister zu erwerben. Auf der Versteigerung der Sammlung von E. D. Gordon in New York wurden Preise gezahlt, die auch in Amerika noch nicht erreicht wurden. Der höchste Preis erzielte ein Rembrandt „Die Herende Luftrichter“, der 520.000 Mark brachte. Ein Gemälde Turners „Regatta, mit dem Wind segelnd“, brachte 120.000 Mark, ein Kinderporträt von Romney 40.000 Mark, Doppners Bildnis der Mrs. Arundel 24.000 Mark. Das Bildnis des Geistlichen Edelins von Franz Hals, das nur 10 1/2 Tollar zu 7 1/2 Tollar kostete, brachte 15000 Mark.

Siehe Notizen.

Schredliche Bluttat eines Freiwililigen. Auf der Wauerstraße wurden bei Götter in Westfalen erschlagen der 26 Jahre alte Landwirt Hermann Dünker eine Dienstmagd und den Sohn eines Nachbarn mit einem Sägen an der Kehle seine Mutter so schwer, daß sie kaum am Leben bleiben dürfte. Der Täter, der in einem Töbungsanstalt behandelt hat, wurde in die Provinzialstrafanstalt Münster gebracht.

Bergmanns Ende. Auf der Beche „Matthias Steines“ in Westfalen wurden zwei Bergleute von herabstürzenden Gesteinsmassen getötet.

172 Kilometer in der Stunde. Der Flieger Favre hat am Sonnabend bei einem Flug von Mourmelon nach Juvisy eine Geschwindigkeit von 172 Kilometer die Stunde erreicht. Der frühere Rekord stand auf 162 Kilometer.

Vulkanausbruch. Ein Ausbruch des auf der Halbinsel Kamtschatka (Ost-Asien) gelegenen Vulkans Veresowsky hat stattgefunden. Der Aschenregen erstreckt sich auf einen Umkreis von 10 Werst.

Zug zusammenstößt. Der Schnellzug Predeal-Budapest ist am Sonnabend in Szolnok (Ungarn) mit einem Güterzug zusammengefahren. Mehrere Waggons sind beschädigt. Sechs Passagiere und zwei Eisenbahnbeamte wurden verletzt.

Der Tod?

Wer schwingt den Tod und macht Geschrei und sehnt sich sehr nach Brüggel? Ist's ein verstoffenes Subjekt, das irgendwas im Minutem flucht? O nein, o nein, ich seh's genau, es ist der Oldenburg von Januscha. Ist es ein Kerl, verlämpft, vertiert, der Welt und Kinder malträtiert? Der mit dem Knüttel überfällt den Wanderer Leben oder Tod? O nein, o nein, ich seh's genau, es ist der Oldenburg von Januscha. Ist's ein Cobitt, ein tolles Viech, das nur mit Gekrächel genießt? Ein Viech mit Adreliumkinst, das Pettkoh, Stod und Messer schwingt? O nein, o nein, ich seh's genau, es ist der Oldenburg von Januscha.

Vertraue und Versammlungen.

„Gumboldt-Verein für Volksbildung.“ Donnerstag, den 27. Februar, abends 8 Uhr, werden zwei Dinstadtvorträge gehalten: im Saale von Vanit's Etablissement, Duxenstraße 66, wird Herr Prof. Dr. Schiffs Leber-Extraktstoffe und Explosiven" sprechen und im Gemeindefaale der Lutherkirche der Pautarzt Herr Dr. Otto Sack „Leber die Entwicklungsjahre unserer Kinder.“ Der Zutritt ist frei, doch für den letzten Vortrag nur Erwachsene gestattet.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Opferan. Ein nächtliches Abenteuer. In der Nacht vom 22. zum 23. Februar, traf der Arbeiter P. aus Opperau auf der Chaussee von Gräbchen nach Opperau einen anscheinend angetrunkenen jungen Mann. Als dieser aber den P. überholt hatte, blieb er an der Einfahrt des Gräbchener Friedhofes stehen. Ganz plötzlich trat er an P. heran und forderte eine Zigarette und Feuer. Weibes erhielt er auch. Nun gingen Beide gemeinschaftlich weiter. Dabei erzählte der junge Mann, daß er Handwerksbursche sei. Möglicherweise sah P. in der Hand des Burschen einen blühenden Gegenstand, den dieser aber bei energischem Anruf sofort unter der Jacke verschwinden ließ. Zum Glück nahe von Gräbchen aus eben ein Radfahrer, bei dessen Ercheinen der Bursche die Flucht ergriff. Als P. und der Radfahrer die Verfolgung aufnahmen, feuerte er aus einer Wäsche, die er auf der Flucht zusammengelegt haben mußte, mehrere Schüsse ab. Darauf gaben P. und der Radfahrer die Verfolgung auf.

Es scheint sich hier um einen Widdich zu handeln, der, weil es gerade Sonntag war, dem P. gern sein Geld abgenommen hätte.

Bezirksversammlung. In der letzten Bezirksversammlung sprach Genosse Herrmann über: Das Sozialistengesetz und seine Wirkung. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Dann wurde auf die am 2. März bei Knoll stattfindende Bezirksversammlung hingewiesen.

Die Eltern schulentasteter Kinder wurden gebeten, für diese die „Arbeiterjugend“ zu halten. Bestellungen nimmt Genosse Olsch, Volkswacht, Breslau, entgegen.

Caution. Bei dem kürzlich ausgeführten Einbruch in Caution war, wie damals berichtet, einer von den Einbrechern in der Nähe von Breslau mittels Volkswacht verhaftet worden, während die beiden anderen zu entfliehen vermochten. Der festgenommene, bei dem feinerlet Papier vorgefunden wurden, nannte sich Mesier, gab an aus Krakau zu stammen und wollte die beiden Verhafteten in Breslau kennen gelernt haben. Die damals ausgesprochene Vermutung, daß man hier einer gewerkschaftlichen Einbrecherbande auf die Spur gekommen sei und der festgenommene keinen richtigen Namen verheimliche, hat sich bestätigt. Dieser heißt nämlich, wie jetzt ermittelt werden konnte, Richard Niemczyk und stammt aus Janda OS. Die beiden Diebesgenossen, die hier zu entlaufen vermochten, sind zweifellos seine beiden Brüder, mit denen er zusammen einen Einbruch in Währisch-Strau ausgeführt hat. Die beiden Brüder werden dieselhalb von der dortigen Staatsanwaltschaft gesucht. Auch die Staatsanwaltschaften von Beuthen und Oppeln verfahren flechtbrieflich die Niemczyks wegen Einbrüche, die sie dort verübt haben.

Matth. In der am Freitag abgehaltenen Gemeindevorstandssitzung wurde beschlossen, den Etat für 1912 auf 45561 Mark festzulegen. An Armenunterstützung sollen 1828 Mark ausbezahlt werden, bei 1084 Mark Einnahmen. Der Etatetat ist auf 18296 Mark Ausgaben und 4068 Mark Einnahmen veranschlagt.

Zur Deckung des nachgewiesenen Fehlbetrages von 34630,44 Mark sollen 120% Zuschläge zur Einkommensteuer, 140% Zuschläge zur Grund-, Gebäude- und Gemeindefesteuerklasse III und IV und Betriebssteuer, 160% Zuschläge von der Gewerbesteuerklasse I und II zu erheben. Hieraus genehmigte die Versammlung die Aufstellung eines Ortsstatuts und einer Polizeiverordnung, ferner die Anfertigung eines Gesamtübersichtsplanes des ganzen Bewohnungsgebietes, sowie die Anfertigung von Umdruckplänen des Bewohnungsgebietes der Firma Meißner & Kreuz Breslau, zu übertragen. Ferner wurde die Anbringung einer Straßensampne in der Samfser-, Bräuer- und Kaiserstraße genehmigt. Als Armenpfleger wurde der Hausbesitzer Julius Windischmann gewählt.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Kein gutes Gewissen.

Allemal, wenn Großagrarien und ihnen geistesverwandte Leute zu gewissen Tagungen zusammenkommen, quillt der Rede- Strom über von dem, was sie „im Interesse dieses oder jenes Kreises getan haben wollen“. Und so war es auch jüngst bei einer Festigung des Landwirtevereins in Gubrow. Aus dem ausführlichen Bericht im „Gubrower Anzeiger“ wollen wir die Ausführungen des Landesältesten Nilsch über die ländliche Wohnungsfrage herausgreifen. Es muß nämlich schon sehr schlimm damit bestellt sein, wenn Leute, die im Landarbeiters messens nur ein Objekt erblicken, der ländlichen Wohnungsfrage glauben ihre Aufmerksamkeit zuwenden zu müssen. Sind schon die Zustände in kleinen und mittleren Städten auf diesem Gebiete meist noch recht rückständig, so sollten sie auf dem Lande jeder Beschreibung. Deshalb wohl auch das Eintreten für Wohnungsverbesserungen, sogenannte Einzelhäuser, wofür sich auch der Landrat a. D. von Gohler — hinaus Vertreter im Landtage — einlegte. Wenn es zutrifft, wie der Referent behauptete, daß die Löhne der Landarbeiter im Vergleich zu denen in der Industrie prozentualer höher gestiegen sind — einer objektiven Bewertung des gesteigerten Lebensstandes und so weiter. Freilich stehen wir sehr skeptisch gegenüber — dürfte es mit der Landflucht halb vorbei sein! Schöner Traum!

Leider wird es wohl bei den schönen Worten vom Eintreten für bessere Wohnungsverhältnisse sehr Veranden haben, bis man bei der nächsten Festigung wieder sein gutes Herz erndet und — alles beim alten läßt.

Wrieg. 24. Februar. Ein verurteilter Fluchtwertuch, Verhaftet wurde Sonntag früh auf Anweisung des Breslauer Polizeipräsidenten ein hier in einem Hause der Neuhäuserstraße mit seiner Braut zu Besuch weilendender junger Mann, der sich der Urkundenfälschung und des Betruges schuldig gemacht hat. Als in der Polizeiwacht über der Beamte telephonierte, benützte der Verhaftete den günstigen Augenblick und ergriff die Flucht, wobei er die Tür von außen abschloß. Die Beamten sprangen jedoch, wie die „Wrieger Zeitung“ meldet, sofort durchs Fenster und es gelang ihnen, den Flüchtling wieder zu ergreifen. Seine Braut wollte sich, als er ins Gefängnis abgeführt wurde, durchaus nicht von ihm trennen. Der junge Mann reichte ihr, als er durchsucht werden sollte, plötzlich ein Geldstück, das ihm die Beamten jedoch entwenden konnten. Es enthielt Salzsäure. Was die beiden damit bezweckten, ist unklar.

Reckenberg. 24. Februar. In große Gefahr gerieten am Freitag abend zwei kranke Kinder und eine Frau, die beim Tischlermeister Kilmann wohnten. Abends gegen 7 Uhr brach in dem Hause ein Brand aus, der so schnell um sich griff, daß die beiden Kinder, wie auch die Frau, mit äußerster Mühe gerettet werden konnten. Das Feuer selbst vernichtete das ganze Haus bis auf die Umfassungsmauern.

Wiesbaden. 24. Februar. Bei dem letzten Rennen in Jals geriet in dem zweiten Laufe der Hölz. Von Gundenjauer in der großen Kurve im rasenden Lauf über die

mittels die Leiche des Malers G u p a y v i e m e z aus Gundersdorf ausgefunden. Niemier hatte sich durch einen Revolverkugeln in das Herz geistert. Eine sehr schwere Krankheit und die dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit dürften das Motiv zu der traurigen Tat sein. Niemier war 84 Jahre alt und verheiratet.

Langenbielau. 24. Februar. Rasseleyplosion. In der Wehrel von Gustav Böckel in Langenbielau ereignete sich eine Rasseleyplosion, wodurch erheblicher Schaden angerichtet wurde. Glücklicherweise befand sich der Feuermann nicht im Kesselhause, sonst wäre er getötet worden. Infolge des defekten Ressels müssen die Arbeiter vorläufig ausgehen. Es stehen etwa 40 Stühle.

Neurode. 24. Februar. Raffinierte Einbrüche in den Kirchen der Meißner, Glaser und Mittelwalder Gegend folgten eine dreifache Verurteilung der katholischen Kirche in Mittelsteine. Auch dort krieg der Einbrecher, wie in den vorhergehenden Fällen, mit einer Leiter durch ein Fenster am Altar in die Kirche über die Kanzel und dann öffnete er mit Angeln die Sakristei. In der Sakristei wurden die Behälter gewaltsam geöffnet und durchwühlt. Desgleichen wurden die Opferkästen abgerissen, gekippt und des Inhalts beraubt. Auch die Orgel zeigte erhebliche Beschädigungen. Die in allen Fällen dieser Kirchen-Einbrüche gleiche Art des Vorgehens des Einbrechers gelat, daß es sich hier wahrscheinlich um ein und denselben Täter handelt.

Fauer. 22. Februar. Wer schützt vor Not. Ein schon seit sechs Wochen arbeitsloses Mitglied des katholischen Gesellen- und Meißner-Vereins wandte sich in seiner Not an den Vorsitzenden seines Vereins und bat um eine Unterstützung. Die Antwort war eine abschlägige. „Es würde“, so sagte der Vorsitzende, ein Pater, „zu weit führen, zu und es würden zu viele kommen, wenn wir Ihnen eine Unterstützung gewähren.“ Und das, trotzdem der Abgewiesene sechs Jahre lang Beiträge für den Verein bezahlte. Es freilich war er aber gleich die richtige Antwort darauf. Er trat aus dem Verein aus und dem Verhände der Fabrikarbeiter bei, wo er nach Ablauf der Karenzzeit bei Arbeitslosigkeit und Krankheit wenigstens vor der äußersten Not geschützt ist. So steht die Fürsorge für in Not geratene Mitglieder der katholischen Gesellen- und Arbeiter-Vereine aus, die mit zu den Schreibern über die nutzlosen Beiträge der freigeschickten Gewerkschaftsmitglieder gehören. Wer sich vor Enttäuschungen bewahren und bei Arbeitslosigkeit vor Not schützen will, der kehre diesen Vereinen den Rücken und suche Anschluss bei den modernen Gewerkschaften.

Posen. 24. Februar. Zwei Arbeiter überfahren und getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Sonntag vormittag auf dem hiesigen Hauptbahnhof. Beim Lokomotivschuppen 5 wurden ein Pöller und ein Arbeiter des Baugeschäftes August Kühner-Posen, die dort bei dem Ausmauern eines Kanals am Wasserkanal beschäftigt waren, von dem um 3,54 Uhr aus Berlin kommenden Perionenzug 875 überfahren und sofort getötet. Sie waren anscheinend auf das Gleis übergetreten und wurden von dem Zuge, dessen Kommen sie wahrscheinlich wegen der starken Kurve an dieser Stelle nicht gesehen hatten, erfaßt. Die Verunglückten sind der Pöller Dietrich aus Pöstell (Kreis Miliusch) und der Arbeiter Franz Korach aus Posen. Beide waren verheiratete ältere Leute.

Posen. 24. Februar. Ein gefährlicher Kinderfreund. Vor dem Strafrichter stand heute der Schlosser Paul Kern aus Posen unter der Beschuldigung, an der Schillerin Krause unzüchtige Handlungen voranommen zu haben. Während der Dauer der Verhandlung war die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Angeklagte wurde des Stillschweigensverwechens schuldig gesprochen und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß er bereits wegen eines solchen Verbrechens mit Zuchthaus bestraft ist zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Neueste Nachrichten.

Der Krieg auf dem Balkan.

Konstantinopel. 24. Februar. Man befürchtet hier, daß die türkischen Truppen eine neue Niederlage bei Gallipoli erlitten haben. Schiffe, welche dort vorüberfahren, berichten von heftigen Kämpfen im Süden der Halbinsel Gallipoli. Augenzeugen sahen, daß die bulgarischen Truppenabteilungen nie enden tüchtige Soldaten verlor. Offiziell wird das größte Stillstehen in dieser Angelegenheit in den amtlichen Kreisen bewahrt. Ferner verlautet, daß verschiedene Offiziere und Soldaten im dortigen Lager bei einem Konflikt ihr Leben eingebüßt hätten.

Konstantinopel. 24. Februar. Gestern hier eingetroffenen Nachrichten von der Halbinsel Gallipolis zufolge erfolgte auf Gallipoli die Landung bedeutender türkischer Streitkräfte. Die türkischen Truppen haben auch hier Erfolge zu verzeichnen. Sie haben nach kurzem, aber heftigem Kampfe zwei Stellungen der Bulgaren genommen.

Konstantinopel. 24. Februar. Bei seiner Anwesenheit auf der Halbinsel Gallipoli hielt der türkische Großvezir Mahmud Schefket Pascha persönlich einen Kriegsrat ab, als dessen Ergebnis die Absetzung des Oberkommandierenden der Dardanellentruppen Fahrid Pascha gemeldet wird. Fahrid Pascha wird nämlich vorgeworfen, daß er nicht vorstüchtiger bei den letzten Nüchternheiten gewesen sei. Ihm gibt man die Schuld an den letzten Schlappen, die die osmanische Armee erlitten hat. Er wird wahrscheinlich noch deshalb vor ein Offiziersgericht gestellt werden.

Belgrad. 24. Februar. Hier eingetroffenen Nachrichten zufolge, ist bei der Belagerung von Skutari der Schwiegervater des Prinzen Mirko von Montenegro, General Konstantinowitsch schwer verwundet worden. General Konstantinowitsch war auch ein-naher Verwandter des ermordeten Königs Alexander von Serbien.

Zur rumänisch-bulgarischen Frage.

Sofia. 24. Februar. Auf den gestrigen freundschaftlichen Vorschlag der europäischen Großmächte, die rumänischen Streitfragen der Beschlichtung dieser Großmächte zu überlassen, erwiderte Ghelescu mündlich, daß Bulgarien diesen Vorschlag gern annimmt. Noch heute wird die formelle schriftliche gleichlautende Erklärung den Diplomaten eingehändigt werden. Der Letzt des Mediationsvorschlages ist den gestrigen Geandten direkt von der Botchafterkonferenz in London zugestellt worden.

Die Vermittlung der Großmächte.

Sofia. 23. Februar. Nachdem Rumänien zugestanden hat, die Vermittlung der Mächte anzunehmen, werden die Vertreter der letzteren heute Ghelescu den formellen Vorschlag der Vermittlung unterbreiten.

Italienisch-bulgarische Verhandlungen.

Sofia. 23. Februar. Hier ist der italienische Botschaftsrat Aldebrandi in besonderer Mission eingetroffen, um die Verhandlungen zwischen Bulgarien und Italien in der Angelegenheit der Archipel-Inseln zu leiten.

Opfer des Wintersports.

Wien. 24. Februar. Bei dem gestrigen Wintersport in Jals geriet in dem zweiten Laufe der Hölz. Von Gundenjauer in der großen Kurve im rasenden Lauf über die

Wichtung, da der Lenker die Wichtung zu kurz nahm und stürzte ab. Der Lenker des Wagens, Herr von Krudenhauser, und der Bremser, ein Herr Vernitzky, wurden sehr schwer verletzt ausgehoben und wurden sofort in das Innsbrucker Krankenhaus eingeliefert. Man spricht davon, daß v. Kr. einen schweren Schädelbruch und der Bremser gefährliche Knochenbrüche davongetragen haben. Die beiden anderen Mitarbeiter des abgestürzten Wagens kamen mit leichten Verletzungen davon. Das Rennen wurde nach dem beauerlichen Unfall auf der Stelle abgebrochen. Das Befinden der beiden Schwerverletzten soll nach den letzten Meldungen nicht hoffnungslos sein.

Festiger Kampf zwischen Polizei und Einbrechern.

Brüssel. 24. Februar. In einem heftigen Kampfe ist in der Nacht zum Sonntag im Brüsseler Villen-Viertel Raeken, in dem bekanntlich auch das prächtige Palais des verstorbenen Königs Leopolds und eine schöne Villa des jetzigen Königs Georg sich befinden, zwischen einer kleineren Gendarmerie-Abteilung und mehreren vorwegene Einbrechern gekommen, die sich von erstern bei ihrer Arbeit überrascht sahen. Viele der in diesem vornehmen Villen-Viertel stehenden Wohnhäuser sind nur im Sommer besetzt und werden daher im Winter gern von Einbrechern heimgesucht, denen schon oft hier eine große Beute zugefallen ist. So wurden auch in der Nacht vom Sonntag zum Sonntag ein aus mehreren Männern bestehende Bande von Einbrechern von einer kleinen Gendarmenabteilung gerade dabei ertappt, als sie eines dieser Wohnhäuser austräumen wollten. Als sich die Polizei den Einbrechern näherten, gaben diese, denen das Gerannahen der Polizei bekannt gegeben worden war, aus dem Hinterhalte auf die Polizeibeamten aus Browningshölern mehrere Schüsse ab, die nur zu gut trafen. Einer der Gendarmen wurde auf der Stelle durch einen Schuß in den Kopf getötet und mehrere andere stürzten lebensegefährlich verletzt zusammen. Die noch übrigbleibenden Polizeibeamten mußten ihr eigenes Leben schließlich in Sicherheit bringen. Die Einbrecher entkamen dann spurlos im Dunkeln und alles Nachforschende der Polizei ist bisher vergeblich gewesen. Man beschließt nun, in diesen Villen-Vorort Raeken, in dem sich in jedem Winter mehrere solcher Fälle ereignen, eine stärkere ständige Polizeimannschaft zu verlegen.

Schweres Automobilunglück.

Wien. 24. Februar. Auf der Strecke zwischen Wien und Treibburg ereignete sich gestern ein schweres Automobilunglück. Ein Automobil, das mit sechs Personen besetzt war, fuhr so schnell an einen Randstein der Chaussee an, daß das Automobil, sich überschlagend, vollständig zertrümmert wurde. Der Fahrer des Kraftwagens, mit Namen Weiß, der Vertreter einer größeren auswärtigen Automobilfirma, erlitt lebensgefährliche Verletzungen und verstarb, noch ehe Hilfe zur Stelle geschafft werden konnte, unter den Trümmern seines Kraftwagens. Seine Frau erlitt eben als lebensgefährliche Verletzungen und mußte sofort nach dem Krankenhaus transportiert werden, wo sie in behaue Hoffnungslösen Zustande darniederliegt. Auch eine dritte Person, die noch im Kraftwagen Bleib genommen hatte, wurde ziemlich erheblich verletzt. Der Chauffeur gelang unmittelbar nach dem furchtbaren Unglück Selbstmord durch Erhängen, da er sich selbst die Schuld an dem Unglück betmaß.

Wabero ermordet?

New York. 24. Februar. Nach einer aus Mexiko hierher gelangten Nachricht sind der Präsident Wabero und der Vizepräsident Duarez von den Leuten des Dictators Guerta erschossen worden. Wie die bisher offiziell nicht bestätigte Nachricht weiter belagt, geschah diese Mordtat an beiden Präsidenten während der Leberkstrama der beiden von dem Nationalpalast nach dem Archthause, in das sie interniert werden sollten. Nach einer Darstellung der Regierung unternahm die Anhänger Waberos in diesem Augenblicke auf offener Straße einen Verletzungversuch und zwar gerade, als die Automobile mit den beiden Geangenen den Nationalpalast verließen und sich zur Abfahrt nach dem Archthause anschickten.

Preiskennzeichen der städtischen Markt-Vollstreckungskommission.

Breslau, den 23. Februar. Pro 100 Kilogramm

Ware	mittlere	geringer	hoher
Weizen, weiler	19 10	18 20	17 10
Weizen gelber	19 10	18 10	17 10
Woggen	19 10	18 00	17 10
Broggerle	18 10	18 00	17 10
Gerste	18 10	17 10	16 10
Hafer	18 10	17 10	16 10
Stroh	24 10	23 10	22 10
Wasserscheit	21 50	21 10	20 10
Wasserscheit	26 70	26 30	25 70

Preis für 100 Rgr. neues 6.80—7.10 Rgr. Preis für 100 Rgr. alter 6.80—7.10 Rgr. Preis für 100 Rgr. alter 6.80—7.10 Rgr.

Breslau, Weichmarkt. Weich rübig, per 100 Kilogramm inf. Endpreis 21.00—22.00 Rgr. Weich rübig, per 100 Kilogramm inf. Endpreis 21.00—22.00 Rgr. Weich rübig, per 100 Kilogramm inf. Endpreis 21.00—22.00 Rgr.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Weg	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
Weg	24.2	24.2	24.2	24.2	24.2	24.2	24.2

*) Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Wetternachrichten der Universitäts-Wetterwarte.

Nach	21. Februar	22. Februar	23. Februar
Wetter	Wetter	Wetter	Wetter

*) Zur Reduktion auf Meereshöhe sind 18,1 mm hinzuzufügen.

Versammlungen und Vereine.

Montag, den 24. Februar:
Sozialdemokratischer Verein, abends 8 Uhr Abrechnung der Jahresrechnung in den Dittichslokalen.
Arbeiterverein, abends 8 Uhr im „Weg auf der Orgel“, Kupferstraße 27.
Sozialdemokratischer Verein, abends 8 Uhr Frauenabend in folgenden Lokalen:
„Der Gassen“, Victoria-Platz 24.
„Der Arbeiter“, Schwägerstraße 24.
„Der Arbeiter“, Schwägerstraße 24.
Diebstahl, den 23. Februar:
Wetter, abends 8 Uhr im Restaurant „Wetter“ Wabersstraße 10.
Glückwünsche, Freitag abends 8 Uhr im Hotel „Wetter“ Wabersstraße 10.
Glückwünsche, Freitag abends 8 Uhr im Hotel „Wetter“ Wabersstraße 10.

Preussisches Abgeordnetenhause.

139. Sitzung. Sonnabend, den 22. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow. Die amtliche Zeitung des Handelsstaats wird fortgesetzt. Beim Kapitel.

„Gewerbeinspektoren“

versucht Abg. v. Wenden (konf.) eine allgemeine Resolution gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie vorzubringen, wird aber vom Präsidenten Graf Schwerin drei Mal zur Sache gerufen und muss seine Rede abbrechen.

Abg. Graf Speer (Zentr.) verlangt, dass vor der Erteilung von Konzessionen für gewerbliche Betriebe auf dem Lande auch der Landwirtschaftsminister mit zu entscheiden hat.

Handelsminister Dr. Sydow: Lamm müsste auch wegen der hygienischen Fragen der Minister des Innern, in dessen Ressort das Viehwesen liegt, und der Minister der öffentlichen Arbeiten für die kaulischen Fragen gehört werden, und das würde eine große Verzögerung bedeuten. Außerdem liegt es nicht im Interesse der Industrie, dass der Landwirtschaftsminister durch sein Veto die Anlage von gewerblichen Betrieben auf dem Lande verhindern kann.

Abg. Borchardt (Soz.): Auf die Ausführungen des Abg. v. Wenden über den pommerischen Bauernverband geht ich nicht ein, da dieses Material nur dem Reichstagsverband entstammen kann. Die Berichte der Gewerbeinspektoren sollten zeitlicher vorgelegt werden. Dieser muss hat ein Schutzbund gegen die Bäckervereine durchgesetzt, der gegen ihre Interessen durch die Gewerbeinspektion eintritt. Die Arbeiterorganisation aber ist ein Gesetz nicht nur zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter, sondern des Publikums überhaupt, und die Gewerbeinspektoren tun nur ihre Pflicht und Schuldigkeit, wenn sie auf strenge Einhaltung drängen. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Unzufriedenheit hat sich auch Dr. Muqdan auf die Seite der Bäckermeister gestellt. Auf einer Versammlung dieses Schutzverbandes haben sich die Bäckermeister beschwert, dass sie keine Früchte gezogen hätten aus dem Wohlstand, der sich seit 100 Jahren verbreitet hat, und Herr Muqdan stimmt ihnen zu. In der Berliner Stadivorordnetenversammlung haben sich seine Freunde darüber empört, als er behauptete, dass man im Volke das was vor 100 Jahren gesehen ist, nicht so preist. Das ist ein Widerspruch. (Sehr richtig!) b. d. Soz.)

Abg. Dr. Muqdan (Rp.): Selbstverständlich müssen die Bäckervereine lauter sein. Aber gerade in den sozialdemokratischen Bäckervereinen herrscht der größte Schmutz. (Lebh. Zustimmung bei der Mehrheit, Widerspruch bei den Soz.) Ihr Vereinerkennung Verbot ist nur die Grundlage in den Bäckervereinen als Schutzverein. (Abg. Liebknecht: Aber Hebel sprach doch nicht von Vereinerkennung!) Die Bäckervereinerordnung hat mit den hygienischen Zuständen in den Bäckervereinen überhaupt nichts zu tun. Sie bezieht sich nur auf bauliche Bestimmungen. Die Sozialdemokraten machen aus der ganzen Sache nur das als eine Affäre, weil ihre Agitation bei den Bäckervereinen bisher nur wenig Erfolg gehabt hat. (Widerspruch bei den Soz.) Der

Vorfall in der Berliner Stadivorordnetenversammlung

ist von Herrn Borchardt an den Saaten herbeigezogen. Statistisch das Andenken einer glorreichen Zeit mit zu feiern, haben die Sozialdemokraten in der Stadivorordnetenversammlung der Gesamtbevölkerung einen Schlag verzieht. (Lebh. Zustimmung bei der Mehrheit, Lachen bei den Soz.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Dr. Muqdan hat sich über den Saltatorialen Vorkrampf gewundert. Er selbst hat aber einen viel ausbrecherischen Sprung gemacht, indem er mit einem zirkulären Kunsststück die Behauptung aufstellte, dass in den sozialdemokratischen Bäckervereinen der größte Schmutz zu finden sei. Dafür erntete er in diesem Hause allgemeine Zustimmung. Als ob Sie Ihr Leben schon einmal in sozialdemokratischen Bäckervereinen hineingesehen hätten! Aber Sie hüteten das Wort Sozialdemokratie in einer unannehmlichen Verbindung und sofort blamieren Sie sich durch allgemeine Zustimmung. (Sehr laut bei den Soz.) Es ist das unbeherrschte Verbot unseres Hebel, daß die Unwissenlichkeit der ganzen Öffentlichkeit auf die sanitären Zustände in den Bäckervereinen gelenkt hat. Wenn Hebel einmal, was ich bestreite, auf schlechte sanitäre Zustände in Konsumvereinen deuten hingewiesen haben sollte, so würden das erkennen keine sozialdemokratischen Bäckervereine sein und zweitens würde es unsie er Partei alle Ehre machen, daß sie sich nicht scheut, auch die Unwissenheit auszugleichen. Wir sind nicht phantastisch genug, um zu bestreiten, daß es auch bei uns zu Bessern gibt. Gerade der Bäckerverband führt seit Jahren einen scharfen Kampf gegen schlechte Zustände in Bäckervereinen, und

keine Verbandszeitung ist wiederholt freigesprochen worden, weil der Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen erbracht werden konnte. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. - Zuruf rechts: Keinen Sie das Material über die Konsumvereinerkennung in die Debatte!) Konsumvereine dürfen keine Beziehungen zur Sozialdemokratie haben, ihre Debarkeiten sind keine sozialdemokratischen Einrichtungen und endlich ist es unbestritten, daß die Sozialdemokratie das Beste getan hat, um Remedur zu schaffen. Die sozialdemokratische Presse hat schlechte Zustände in Konsumvereinen niemals benannt. Es mag sein, daß die Polizei bei der Durchführung der Bäckervereinerordnung bisweilen etwas zu schematisch vorgehe. Aber wie soll sie es denn sonst machen? Auch Dr. Muqdan muß zugeben, daß die Gesundheit in Kellerräumen und die Schmutzhaftigkeit, frische Luft zuzuführen leicht zu rheumatischen Erkrankungen führen muß. Die Vorkräme in der Berliner Stadivorordnetenversammlung sind in der bürgerlichen Presse entsetzt wiedergegeben. Selbstverständlich haben wir tiefstes Verständnis für den

Befreiungskrieg vor hundert Jahren

und volles Empfinden für die Größe der damaligen Zeit mit ihrer gewaltigen Völkerhebung. Aber wir können diese Zeit nicht durch feste feiern, weil wir daran denken müssen, wie viel edle und große Gefühle nutzlos verschwunden worden sind von der Reaktion und wie eine große und herrliche Sache bis zum heutigen Tage durch die soziale Entwicklung verraten worden ist. Eher müsste ein Wartungsfest begangen werden, als ein hübsch-dannliches Fest. (Zuruf wahr! b. d. Soz.) Das preussische Volk hat alle Verantwortung diese Feiern dadurch zu begreifen, daß es einen Freiheitskampf kämpft gegen das Junkertum, gegen die menschenhätige Reaktion und gegen politische Heuchelei, wie sie im Stadiparlament anzutage aktiviert ist. (Bravo! b. d. Soz.)

Präsident Graf Schwerin trägt den Ausdruck „Politische Heuchelei“.

Abg. Dr. Borchardt (Soz.): Die Rede Dr. Muqdans ist bezeichnend für die Art, wie immer gegen uns volentst wird. Ich habe mich lediglich gegenüber den Hebervereinen der Bäckermeister darauf beschränkt, zu verlangen, daß die Bestimmungen der Bäckervereinerordnung auch eingehalten werden. In der Resolution jener Versammlung des Schutzverbandes steht nichts davon, daß die Wünsche dieser Herren sich nur auf bauliche Bestimmungen beziehen. Es ist mein gutes Recht, mich dagegen zu wenden, daß Dr. Muqdan diese Bestrebungen der Bäckermeister noch moralisch unterläßt. (Zehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Muqdan (Rp.): Jeder Bäckermeister sorgt schon aus eigenem Interesse dafür, daß sich in seiner Bäckerlei kein Schmutz ansammelt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Hebel war nicht der erste, der auf die Zustände in den Bäckervereinen hingewiesen hat. Es ist festgestellt, daß in der Bäckerlei eines sozialdemokratischen Konsumvereins die größten Schmutzereien vorgekommen sind. (Hört, hört! rechts.)

Abg. Cassel (Rp.): Der Abg. Liebknecht hat uns den Vorwurf der politischen Heuchelei gemacht. Es ist mir vollkommen gleichgültig, wie er über mich denkt. Er wird mich auch nicht provozieren, so lange, wie ich über ihn denke. Das ist so ohne weiteres nicht zu sazen. (Zuruf rechts.) Unsere Haltung in dieser Sache widerspricht in keiner Weise unseren früheren Worten oder Taten. Ich habe oft in der schärfsten Weise die Regierung bekämpft, aber wir haben unser Vaterland Preußen nie verleugnet. Ohne die großen Taten vor 100 Jahren könnten die Herren Borchardt und Liebknecht hier heute gar nicht das Wort nehmen. (Lachen bei den Soz.) Es ist ein Vorrecht der deutschen Sozialdemokratie, zu lachen, wenn von den großen Taten unserer Väteren gesprochen wird. (Stürmische Zustimmung b. d. Mehrheit. - Zurufe b. d. Soz.: Wir lachen ja über Sie!) Das ist eine Ausrede. Unser Volk wird kein Verständnis haben für Ihr Verhalten und wir werden auch in Zukunft entgegen der weiteren Ausbau der 1813 geschaffenen republikanischen Einrichtungen in unserem geliebten Vaterland. (Lebh. Beifall bei den bürgerl. Parteien.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich habe natürlich Herrn Cassel nicht bewußte Heuchelei vorgeworfen. Er ist selbst vollständig in sich selbst erhebt. Aber als Wortführer der Stadivorordnetenversammlung konnte ich ihn nicht anders charakterisieren. Der Kampf gegen den forsichsten Eroberer wurde geführt um

die Befreiung von dieser Despotie zu erlangen,

aber vom Junkertum unterläßt, weil es keine Herrschaft von neuem begründen wollte. Das hat auch Treitschke anerkannt. Gemüß wurde dem Volke 1813 von höchsten und allerbötesten Stellen Freiheiten versprochen, aber dann kam die Reaktion

und auf 1818 folgte die Gegenrevolution und das Dreiklassenwahlrecht, dem Sie Ihre Herrschaft verdanken. (Zuruf rechts.) Wir anerkennen die Opfer der Volkserhebung von 1813, aber wir bedauern, daß Blutopfer gebracht wurden, um dann bis auf Blut gepfeicht und in das Dreiklassenwahlrecht gezwungen zu werden. Daher sind wir nicht gewillt, 1813 als eine Hohenzollernfeier zu feiern, denn die Hohenzollern mußten damals durch das Volk erst geschoben werden. Das Jahr 1813 kann würdig nur gefeiert werden durch einen neuen Befreiungskrieg, den wir 1913 gegen das Dreiklassenwahlrecht zur Befreiung des preussischen Volkes führen müssen. (Lebh. Bravo! bei den Soz. - Zuruf rechts.)

Ein Schlusbantrag wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Cassel (Rp.): Auf die vollkommene Vermittlung der geschichtlichen Verhältnisse durch Dr. Liebknecht kann ich nicht eingehen. Wir feiern nicht die Demagogenerfolgungen und die Reaktion, sondern nur den Aufschwung des preussischen Volkes im Jahre 1813. (Abg. Hoffmann: Ohne Napoleon säßen die Juden noch heute im Ghetto.)

Abg. Borchardt (Soz.): Ich kann jetzt leider nicht mehr nachweisen, daß diese ganze Haltung der fortschrittlichen Volkspartei darauf zurückzuführen ist, daß die von ihr vertretenen Bevölkerungsschichten, die Kapitalisten, von der Entwicklung von 1813 den größten Nutzen gehabt haben.

Abg. Cassel (Rp.): Ich gehöre allerdings zu denen, die ihre Religion niemals verleugnen. (Zehr richtig!) Aber 1813 läßen die Juden überhaupt nicht mehr im Ghetto. Das hatten sie den preussischen Christen zu verdanken. In vaterländischen Dingen ferne ich keine konfessionellen Unterschiede. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich greife niemanden wegen seiner Religion an. Aber wenn Herr Cassel sich in patriotisch überstreuenlichen Reden gefällt, so erinnere ich daran, daß die Juden die Gleichstellung in Preußen erst 1813 erreichten. Wir haben bei dem Wortsbruch von 1813 keine Ursache zu einer Hohenzollernfeier. (Bravo! b. d. Soz. - Zuruf rechts: Unverschämtheit!)

Abg. Cassel (Rp.): Es ist die Manier des Herrn Hoffmann, die Leute, die seine Witze einstecken, lächerlich zu machen. Ich stecke nichts ein.

Abg. Hoffmann (Soz.): Wenn Herr Cassel nichts einsteckt, wird es äußerlich umso mehr sichtbar sein. (Schallende Heiterkeit.) Nicht nur ist es komisch an, wenn ein Angehöriger des Tempels in eine protestantische Kirche geht. (Heiterkeit und Lachen.)

Abg. Cassel (Rp.): Ich war schon sehr oft in einer evangelischen Kirche und werde noch oft hingehen, denn meine Auflassung von der Kirche unerschütterlich sich sehr von der des Abg. Hoffmann. (Zehr gut! b. d. Soz.)

In der fortgesetzten Sozialberatung billigt Abg. Spang (fl.) das Vorgehen des Ministers gegen die Zulassung der Erbschaften.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) vertzilt die

Forderungen der Binnenschiffer

auf Gewährung bestimmter Ruhezeiten. Auf der märkischen Wasserstraßen droht wegen der wachsenden Arbeiterverhältnisse ein Streik. Warum vermittelt die Regierung nicht? Die Lage der Binnenschiffer ist mit den Jahren immer schlechter geworden. Auf der Elbe gibt es fast gar keine Privatdampfer mehr, und die großen Reedereien haben sich ein Monopol geschaffen. Darunter leiden die Arbeiterverhältnisse. Auf dem Unschlappfluh Kol an der Oder müssen die Privatdampfer oft bis zu 20 Tagen auf die Bötung warten, während der Berliner Lloyd ein sachlich vollkommen unberechtigtes Vorzugsrecht hat. Weßhalb nimmt sich der Staat dieser kleinen Leute nicht an?

Abg. Dr. Kaufmann (Zentrum) spricht für die Einführung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen.

Handelsminister Dr. Sydow: Die Regierung ist nach wie vor dafür nicht zu haben. Gemüß ist der Religionsunterricht gut, aber ein Zwang würde eher schaden als nützen. Ich halte die Konfessionalisierung der Fortbildungsschulen grundsätzlich für schädlich. (Beifall links.)

Abg. Wente (Vot.): Die Fortbildungsschulen sollen die jungen Leute doch nicht für den Himmel, sondern für das Erwerbsleben fortbilden. (Zehr gut! links.)

Abg. Dr. Manrer (natl.): Auch wir wünschen nicht, daß sich sterbliche Einflüsse in den Fortbildungsschulen geltend machen.

Das Haus vertagt sich.

Abg. v. Arnim-Jübedom (konf.): Der Abg. Borchardt hat den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie,

Aus aller Welt.

New Yorker Staatsstiche. Aus New York wird dem Vorwärts unter dem 10. d. Mts. geschrieben: Immer häufigere Reize werden in die Verfassung über die Korruption der als New Yorker Polizei fungierenden organisierten Verbrecherbande verwickelt. Während unsere „Sicherheitskräfte“ sich der Erweichung des Spielhais Hermann Rosenthal und der Verhaftung des invidiosen zum Tode verurteilten Sozialdemokraten Weter Klauen und Jhne daransetzt, eine Ausladung des Kienlandals zu hinterlegen, pausiert der republikanische Führer Staatsanwalt Whittman den republikanischen demokratischen Kluborganisation Tammany Hall in der von ihr kontrollierten Polizei zu treffen.

Als an die Schwelle Charles F. Murphy's, des waltenden Gobleters der Tammany Hall, der demokratischen Parteiorganisation des Staats New York, der Legation (Parlament des Staates) und bes von ihm auf den Titel des Staatsoberhauptes erhobenen Gouverneurs Sulzer, hat Whittman, der die eigene Partei an die Spitze bringen und sich eine glänzende politische Zukunft sichern möchte, die Spur verlegt.

Seitdem Rosenthal die Kausalität der Eiten-Orbit behaupten wollte und deshalb von gedungenen Mördern erschossen wurde, suchte die Polizei durch Drohung und Einschüchterung, durch Missetat und Mord, kurz: durch die Anwendung aller Erög verfügbaren Mittel die Bloßlegung ihres „Systems“ und die Erfüllung ihrer „Lerte“ zu verhindern. Aber sie spannte den Bogen allzu straff und brachte sich damit ins Verderben.

Im Anschluß an die sensationellen Aussagen der früheren Vorhallminister Mac Goode befand sich der Koeter Sipp, Leiter eines Absteigequartiers für Dinnen mit Ministerbegleitung, er habe durch die Verwicklung eines Polizisten Sog regelmäßig an höhere Polizeibeamte „Schmiergelder“ bezahlt.

Durch solche Drohungen wurde Sipp in Todesangst versetzt, so daß er bereitwillig den Staat New York verließ und sich der Pflicht der Zeugenbindung im Prozesse so entzog, als ihn von Polizeibeamten 500 Dollar Reisegeld eingehändigelt und künstliche finanzielle Unterstützung geboten wurden.

Die die Polizei den nach Kante City verlegenen Sipp an Ruhe gelassen, so wäre der Serge Meißel nicht nach New York zurückgekehrt, um gegen Sog oder andere Polizisten auszulagen. Aber Sipp sollt ganz und gar werden. Er wurde aus Grund einer zu dem befohlenen Zweck fertiggestellten Anlage

auf Beiteilen des hiesigen Majors (Oberbürgermeisters) Gahner, eines großen Reformstüdes vor dem Kern, verhaftet, um seinen Aussagen von vornherein jeden Anspruch auf Glaubwürdigkeit zu nehmen.

Aber die Unschuld Sippo an dem ihm zur Last gelegten Verbrechen wurde klar erwiesen, das Spiel der Polizei durchschaut und bloßgelegt. Andere „Wissende“ aus der Unterwelt des Vermögens und des Glückspiels stellen sich dem Distriktsanwalt Whittman zur Verfügung. Einwandfreie Zeugena kamen hinzu: Immer schlüssiger und unwiderleglicher wurde die Beweisliste.

Dem überwältigenden Beweismaterial gegenüber gab Sog das Bekenntnis auf. Er gestand, für den Polizeihauptmann Walsh von einem Tuteb Soles monatlich 1500 Dollar erpreßt zu haben. Und das gleiche Treiben wurde Tausenden von Dolan gegenüber geübt. Auch Walsh gestand, was sich nicht mehr bestreiten ließ. Auch er, der Polizeihauptmann, war nur der Erpresserant für seine Vorgesetzten, Politikinspektoren, die ihrerseits wieder im Einverständnis mit „höheren Stellen“ handelten.

Unter den bis jetzt Belasteten und zweifellos Schuldigen befinden sich: John F. Murphy und der Polizeihauptmann Patrick J. Gray, unter rsh. Schwager des Tammanführers Charles F. Murphy; der Politikinspektoren Sweeney, McLaughlin und Carley, beschuldigte Polizeihauptleute, Leutnants und Sergeanten; gemeine Polizisten, mehrere Mitglieder des Stadtrats, der Epberiff (Streff) gleich Höchster Erksultbeamter eines County) George von Queens. Aber auch ein Selbstbeteiter des Polizeikommissars (Polizeipräsidenten) Waldem steht seiner Vernehmung in den Anklagezustand entgegen. Dabei stehen wir noch im ersten Stadium der Enthüllungen.

Der Militärballon „Mainz 2“ explodiert. Der Militärballon „Mainz 2“ ist am Freitag abend nach einer fünfständigen Fahrt bei dem Meher Fort „Goules“ bei der Landung explodiert und verbrannt. Die drei Offiziere, die sich in der Gondel befanden, konnten sich nur mit Mühe aus dem umgehängten Korb befreien. Sie haben keine Verletzungen davongetragen. Der Unfall, der sich vor den Augen der Wache des Forts zugefallen hat, wird auf Entzündung des Gases beim Ziehen der Reißleine zurückgeführt. Er erinnert an die Explosion des Militärluftschiffes „M. 3“ in der Nähe des Dorfes Galden am 18. September 1911 im Kaisermanöver in Mecklenburg. Auch damals explodierte der Gasballon des Luftschiffes, das infolge eines Steuerungsfehlers als Freifallballon landen wollte, in dem

Mugentück, als die Reißleine gezogen wurde. Hierdurch hatte sich die Gasfülle an der Reißfläche infolge eines durch die Reibung entstandenen elektrischen Funkens entzündet und das Gas wurde zur Explosion gebracht.

Schneefürne in Spanien. Schwere Schneefürne werden aus allen Teilen Spaniens gemeldet. Zwei Flüge sind in der Nähe von Carinera und drei weitere auf der Strecke nach Utrillas im tiefen Schnee stecken geblieben. Ueber das Schicksal der Reisenden ist man sehr beunruhigt. Die Abwendung von Hitzbüßen hat sich als zwecklos erwiesen, da sie ebenfalls unterwegs unwilligen Aufenthalt nehmen mußten. Ein heftiger Sturm hat in Almeria beträchtlichen Schaden angerichtet. Eine Anzahl Häuser sind eingestürzt. Eine Barke mit fünf Personen besteht, kenterte, alle Insassen sind ertrunken.

Die Hochpelteten der beiden Wienerburger Mörder. Die Mörder der Frau Thome, Ministerialbeamter Dolmatow und Baron Weismar, haben, wie sich jetzt herausstellt, im Laufe des vorigen Herbstes eine Reihe großer Betrugereien in Paris, Wien und Berlin verübt. Dolmatow kaufte in Paris für die Chanionensängerin Tuloue eine Wohnungseinrichtung für 30.000 Franks, ohne Geldmittel zu besitzen. Dann verschwand er aus Paris, nachdem er für 18.000 Franks Kleider für sich bestellt hatte. In Wien hatten sich Dolmatow und Weismar wegen Hochprellereien zu verantworten, da sie ihre Hotelrechnung nicht bezahlen konnten. Auch in Berlin machten die beiden Verbrecher die Bekanntschaft der Polizei, wurden aber von der Baronin Weismar, der Mutter des einen Belasteten, ausgelöst.

Dennoch blieben die beiden Spinduben in Staatsdiensten. Jedenfalls wurde ihre Vergangenheit im Reich Vaterlands als bestandener Befähigungsnachweis gewertet.

Attentat auf einen Schnellzug. Nach in Luzar eingetroffenen privaten Meldungen ist auf den dort nach Konstantin abgelaufenen Schnellzug Nr. 185 ein Attentat verübt, welches glücklicherweise ohne Erfolg blieb. Zwischen den Halle-Köthen Bahnen nach Bismarck wurden drei Eisenbahnwagen im Gewicht von je 400 Kilogramm über die Schienen gelegt, um den Schnellzug zur Entgleisung zu bringen. Der Bahnwärter, der die Strecke revidierte, bemerkte jedoch noch rechtzeitig das Hindernis und es gelang ihm, die Schienen von dem Stein gerantet zu schaffen.

Genannt, obwohl ihm bekannt sein muß, daß vor zwei Jahren der damalige Präsident v. Krüger den Abg. Leinert, der das gleiche getan hat, zweimal zur Ordnung gerufen hat und daß das Haus auf die eingelegte Beschwerde den Däumling nicht aufrecht erhalten hat. Weiter muß dem Abg. Vorhars bekannt sein, daß eine große Anzahl Gerichte wegen des Gebrauchs dieses Ausdrucks Strafen bis zu 500 Mark verhängt haben. Die Richter haben anerkannt, daß jedes Mitglied des Verbandes das Recht hat, sich durch diese Verurteilung beleidigt zu fühlen. Wenn die Beleidigung außerhalb des Hauses gefallen wäre, würde der Abg. Vorhars Gelegenheit gehabt haben, das in hohem Grade zu bereuen. (Lachen b. d. Sz.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Nach den Erklärungen der Geschäftsordnung braucht der Präsident Angriffe gegen andere Personen als Mitglieder des Hauses oder des Staatsministeriums nicht zu rügen und auf Grund dieser Auslegung der Geschäftsordnung hat bei dem erwähnten Vorgang auch der damalige Vizepräsident zunächst diesen Ausdruck nicht gerügt. Als aber der Abg. v. Arnim einen ähnlichen Widerspruch erhob, wie heute (Hört, hört! b. d. Sz.), in dem er ausdrücklich betonte, daß er selbst Mitglied des Vorstandes dieses Verbandes wäre, hat dann der damalige Präsident, der inzwischen die Beleidigung vernommen hatte, diesen wiederholt vom Abg. Leinert gebrauchten Ausdruck gerügt und ihn bei der Wiederholung zur Ordnung gerufen. Dieser Vorgang beweist, daß der gleiche Ausdruck unter verschiedenen Umständen gebraucht, vollständig verschieden verstanden werden kann und nach dem Ermessen des Präsidenten verschieden beurteilt werden muß. Mir ist dieser ganze Vorgang vom 18. Februar 1911 nicht bekannt gewesen. Ich habe deshalb nicht antworten können, daß in diesem Ausdruck eine persönliche Beleidigung auf den Abg. v. Arnim lag. Wäre mir das bekannt gewesen, so würde ich ihn entschieden gerügt haben. In Zukunft werde ich das in jedem Falle tun.

Abg. Vorhars (Sz.): Ich bin nicht der Meinung, daß alles, was ein früherer Präsident getan hat, genau so wiederholt werden muß. (Sehr gut bei den Sz.) Vor zwei Jahren bin ich überdies noch gar nicht Mitglied dieses Hauses gewesen. (Rufe rechts: Gott sei Dank!) Es freut mich, daß es Ihnen leid tut, daß ich in das Haus eingetreten bin, ich werde mich bemühen, während meiner Mitgliedschaft das nachzuholen, was ich etwa durch meine Nichtmitgliedschaft vorher veräumt haben sollte. Aus der Erklärung des Präsidenten ersehen wir übrigens, daß er den Vorgang von vor zwei Jahren auch nicht gekannt hat. Herr v. Arnim hat es als selbstverständlich hingestellt, daß man eine Menge Gerichtsurteile kennen müsse, die Leute wegen des erwähnten Ausdrucks verurteilt haben. Davon ist mir das eine oder andere Urteil bekannt, ich weiß aber auch ganz genau, daß Gerichtsurteile ergangen sind, z. B. das vom Abg. Gricht leitlich angeführte, welche amtlich festgestellt haben, daß der dem Herrn v. Arnim so am Herzen liegende Verband als logen hat. (Sehr wahr! bei den Sz.) Deshalb werde ich mir das Recht nicht nehmen lassen, diesen Verband immer wieder Reichsländerverband zu nennen.

Präsident: Ich muß diesen Ausdruck rügen, es ist ausgeschlossen, daß ich ihn jetzt noch zulasse. Dienstag 11 Uhr: Etat für Handel und Gewerbe. Vergelut. Schluß 5 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Tarifverträge im Bäder- und Konditorengewerbe.

Bekannt ist, daß die Bädermeister prinzipielle Gegner der Verlagspolitik sind. Es fällt ihnen ungemein schwer, den Arbeitern bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen das Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Trotzdem hat der Tarifkommission auch im vergangenen Jahre gute Fortschritte gemacht. Am Jahreschluss 1912 bestanden 222 Tarife, die sich auf 7920 Betriebe mit 20.628 beschäftigten Personen erstreckten, ein Mehr gegen das Vorjahr von 31 Tarifen mit 641 Betrieben und 3587 beschäftigten Personen.

Nach Branchen geordnet stehen die in Bädereien beschäftigten an erster Stelle. Hier bestehen 202 Tarife für 774 Betriebe und 18.222 Personen. Die Konditionen weisen zwei Zeitzüge mit 106 Personen auf und in der Schokoladen- und Zuckwarenindustrie kommen 18 Tarife für 30 Betriebe und 2300 Personen in Frage. Der mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine abgeschlossene Reichstarif erstreckt sich auf 185 Betriebe mit 2510 Personen. Den größten Fortschritt kann der Tarifgedanke in Bayern aufweisen, dort unterliegen 4164 Personen 61 Verträgen, darunter sind 22 Kollektivverträge mit Unternehmensorganisationen zu zählen. Dem Verband der Bäder ist es dadurch gelungen, eine bedeutende Verbesserung der Arbeitszeit über die gesetzlichen Vorschriften hinaus, wonach für die Bädereien die tägliche zwölfstündige Arbeitszeit noch zulässig ist, zu erringen.

In 89 Betrieben, mit Ausnahme von wenigen Pflanzbetrieben, nur Konsumbädereien, ist für 2205 Personen der achtstündige Arbeitstag festgelegt, bis zu 60 Stunden wöchentlich Arbeitszeit werden in 2930 Betrieben 10.308 Personen beschäftigt, mit anderen Worten: für diese Berufsangehörigen konnte tatsächlich die sechsstündige Arbeitswoche erreicht werden. Trotz dieser Erfolge ist die Arbeitszeit, besonders bei den Bädern, noch viel länger als in anderen Branchen. Nach den Tarifen arbeiten über 70 Stunden pro Woche 3617 Personen. Weit schlimmer steht es aber in solchen Betrieben aus, wo es bisher nicht möglich war, die Arbeitszeit tatsächlich zu regeln.

In 156 Verträgen konnte der Lohn- und Logiszwang für die Gesellen im Laufe des Jahres aufgehoben werden. Bargeldentlohnung erhalten nun in den tarifierten Betrieben 12.989 Personen. Der durchschnittliche Lohn beträgt für den Beschäftigten wöchentlich 25,36 Mark. In den zwei Verträgen bei den Konditoren beträgt das Lohnminimum in Bargeldentlohnung 24 bzw. 26 Mark. Bei den in der Schokoladen- und Zuckwarenindustrie beschäftigten beträgt der durchschnittliche wöchentliche Mindestlohn für jugendliche Arbeiter 15 Mark, für Arbeiterinnen 10,26 Mark und für erwachsene Arbeiter 23,40 Mark. Die Festlegung von Ferien ist in 130 Tarifen angedeutet für 9333 Personen. Die Bezahlung der Ueberstunden mit einem höheren Satz als dem regulären Stundenlohn ist in 192 Verträgen für 19.366 Personen vereinbart.

Nach den bestehenden Tarifen kommen in diesem Jahre 105 für 2192 Betriebe mit 5430 Personen zum Abschluss, darunter der mit der Bäder-Zweigorganisation in München abgeschlossene Kollektivvertrag, dem 1350 Arbeiter unterliegen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen wird es in den meisten Fällen ohne Arbeitseinstellung nicht abgehen, um die Unternehmer zu beunruhigen, weitere den heutigen Verhältnissen entsprechende Reformen durchzuführen.

Stadt und Provinz.

Die Lagermeister geben nach. Eine am Sonntag vormittag im Pariser Garten abgehaltene Generalversammlung der Zwangsplanung beschloß die Aussperrung am Montag aufzugeben. Die herrschende Laune, daß ein großer Teil der Meister dem Aussperrungsbeschluss nicht nachkommen ist, kann nicht bestritten werden. Neuzugewählte Meister sind deswegen beunruhigt. Jetzt ist jedem Gebilden der nachfolgende provisorische Vertrag vorgelegt worden:

1. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt täglich neun Stunden, an den Sonntagen vor den drei letzten Tagen

stehen Stunden. Bei dringender Arbeit ist die achte und neunste Stunde als Ueberstunde zu bezahlen. Lohn wird nur für tatsächlich geleistete Arbeitsstunden gezahlt. Die Zahlung erfolgt am Sonnabend bei Arbeitsabschluss. § 2. Im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit bleibt der Lohn pro Stunde der freien Vereinbarung beider Teile überlassen. Im zweiten Jahr 45 Pfg. Stundenlohn. Im dritten Jahr 50 Pfennige Stundenlohn. Für Ueberstunden über 50 Pfg. der jetzt bestehenden Beträge wird ein Zuschlag von 3 Pfg. pro Stunde gezahlt. Bestehende bessere Verhältnisse dürfen durch die Festsetzungen keine Verschlechterung erfahren.

Schließlich wird es doch wohl auch noch auf die Gehilfen ankommen.

Achtung, Metallarbeiter! In den Diamant-Steinwerken in Klein-Tschansch bei Breslau sind am Sonnabend sämtliche Arbeiter gemaspregelt worden. Zugang ist fernzuhalten.

Das Gewerkschaftskartell hielt am Freitag in dem Lokal des Herrn Czner, Wauwitzplatz, eine Sitzung ab. Genosse Probst erstattete den Kassenbericht. Nicht mehr als 2019,50 Mk. sind an Beiträgen in die Kartellkasse geflossen. Die Ausgaben betragen 14.819,27 Mk., somit blieb ein Ueber- schuß von 5400,69 Mk. Der Kassenstand beträgt zur Zeit 13.390,26 Mk. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Entlassung erteilt. Dann berichtete Genosse Seibold über die Tätigkeit des Ausschusses. Eine Unmenge Sitzungen waren notwendig, um alle Aufgaben zu erledigen, die an den Ausschuss gestellt waren. Die Arbeiter haben sich ein eigenes Heim erbaut, worauf sie stolz sein können. Wichtig ist die Finanzierung des Gewerkschaftshauses, seien gar keine Bedenken, wenn die Gewerkschaften ihre Pflichten in der Zukunft in demselben Maße erfüllen, als es bisher geschehen ist. Das Gewerkschaftskartell hat einen wichtigen Eindruck gemacht. Durch diese Veranstaltung haben die Organisationen ihre Kraft und ihre Stärke zum Ausdruck gebracht. Mit der Errichtung einer Zentralbibliothek hatte sich das Kartell schon im April in einer Sitzung beschäftigt. Nach den eingegangenen Fragebogen stehen die Gewerkschaften dieser Frage sympathisch gegenüber; hoffentlich können wir dieses Problem zuerst noch in diesem Jahre ins Leben rufen. Einer der wichtigsten Aufgaben ist die Jugendbewegung. Mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln kämpfen die bürgerlichen Parteien, um die Jugend von uns abzuwenden und in ihr Lager herüberzuführen. Darum müssen wir unser Augenmerk in vollem Maße dieser jungen Garde zuwenden, die Zukunft hängt von der Jugend ab. Auch bei den Reichstagswahlen haben die Breslauer Gewerkschaften ihren Mann gestellt. Opferfreudigkeit hat uns ein großes Stück vorwärts gebracht, mögen sich die Genossen auch in der Zukunft von dem Gedanken leiten lassen.

In der darauf folgenden Aussprache bemerkte Adam, daß man Unterichtskurse einrichten müsse, um die Genossen weiter fortzubilden. Alle übrigen Diskussionsrechner wiesen darauf hin, daß man im allgemeinen mit der Tätigkeit des Ausschusses zufrieden sein kann. Zum ersten Vorschlag wurde Genosse Seibold und zum Kassierer Genosse Probst einstimmig wiedergewählt. Als Vertreter wurden die Genossen Meam, Richter, Philipp, Auerbach, Grohmann und Neujoren die Genossen Pasch, Gottwald und Brand gewählt. Zur Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs, beantragt Genosse Seidl, den Punkt von der Tagesordnung abzusehen. Es müsse unbedingt erst der Bericht der Sozialkommission über den gegenwärtigen Stand des Gewerkschaftswesens eingesehen werden, und danach können die Gewerkschaften ihre Maßnahmen zu der Aufstellung treffen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Genosse Striegel gibt noch bekannt, daß eine Jugendbildungs- kommission besteht und der Genosse Veitert dieser Kommission angehört. Etwas Wünsche oder Beschwerden sind für zu melden. Zum Schlusse weist Genosse Seibold auf die Gewerkschaftswahlen hin, auch hier möge die Arbeiter- schaft ihre volle Kraft einbringen, um den Ausgang der Wahl recht günstig zu gestalten. Gegen 12 Uhr mitternachts fand die Sitzung ihr Ende.

Der Zentralverband christlicher Schneider ersucht um Aufnahme folgender Verächtigung:

In Nr. 43 der Volkswacht vom 20. Februar d. J. heißt es in der Notiz „Der Dresdener Schiedsspruch und die Breslauer Maßschneider“ u. a. der Schiedsspruch wäre vielleicht für Breslau besser ausgefallen, wenn nicht die Vertreter des christlichen Verbandes den Unternehmern angeboten hätten, 6 1/2 Prozent Lohnerhöhung zu gewähren.

Das entspricht nicht den Tatsachen. Wichtig ist vielmehr folgendes: Die letzte Forderung des christlichen Verbandes lautete: 1. Gehaltserhöhung für Näherarbeiten um 3 1/2 Prozent, 2. Erhöhung der Grundlöhne um 6 1/2 Prozent. Zusammen 10 Prozent. Dieses kommt für sämtliche Arbeiter in Betracht. Außerdem ist gefordert: 3. Beibehaltung des Zweittarifsystems, was einer Gehaltssteigerung um 3 bis 5 Prozent gleichkäme, und 4. Zuschlag für Heimarbeit 5 Prozent. Rein Ort ist bei den Doppelarbeiten so schlecht abgeklärt als bei Breslau weil der freie Verband nur eine Gehaltserhöhung von 33 auf 25 Prozent forderte.

Dazu schreibt der Verband der Schneider:

Zu dieser angeklagten „Verächtigung“ haben wir zu bemerken, daß wir gern zugeben, daß der christliche Verband weitergehende Forderungen gestellt hätte, als der Verband. Dieselben standen allerdings im umgekehrten Verhältnis zu seiner Mitgliederzahl. Unwahr ist aber, daß der freie Verband nur eine Einschränkung des Doppeltarifsystems von 33 1/2 auf 25 Prozent gefordert hat. Unter Antrag ging vielmehr dahin, daß denjenigen Firmen, welche bisher nur nach einer Klasse lohneten, auch in Zukunft nur eine Klasse zuzuwenden werden soll. Damit kamen wir allerdings vor den Unparteiischen nicht durch und weitergehende Anträge wären vor dieser Instanz erst recht abgelehnt worden. Mit welchem Recht der Einsender obiger Verächtigung uns für die Haltung der Unparteiischen verantwortlich machen will, ist ihm wohl selbst nicht recht klar. Ja, der christliche Verband hat sich nicht nur einmal nicht mit einem Schläger befreit. Auch die „sehr schöne Rede“ des christlichen Beauftragten Meike hat ja den Heimarbeiterszuschlag nicht gebracht, trotzdem er von beiden Verbänden verlangt wurde. Die Näherarbeiten sind neben angemessener Erhöhung der Grundlöhne auch von uns gefordert worden und haben wir hierauf den Hauptwert gelegt. Tatsache aber ist, daß noch vor den Dresdener Schiedsverhandlungen der christliche Verband ohne jeden ernstlichen Grund und ohne Verhandlung mit den anderen Arbeitnehmerverbänden seine ursprüngliche viel weiter gehenden Forderungen bezüglich der Grundlöhne auf 6 1/2 Prozent herabsetzte und das mit dieser Tatsache der Arbeitgeberverbände vor den Unparteiischen recht wirksam operieren konnte. Das Müge, was der christliche Vertreter hierauf getan hat, war, daß er die Festsetzung unseres Vertreters, der christliche Verband habe in den maßgebenden Geschäften so gut wie keine Mitglieder, unmissverständlich ließ. Dadurch wurde zwar die einmal gemachte taktische Dummheit nicht umgekehrt gemacht, aber wenigstens größeres Unheil verhütet. Die Ortsverwaltung des freien Verbandes.

Deutsches Reich und Ausland.

Christliche Ignoranz. Die Ortsgruppe Düsseldorf des christlichen Zentralverbandes der Verkehrs-, Fabrik- und Hausarbeiter Deutschlands, dessen Namen länger ist als keine Mitgliederliste in genannter Stadt, veranstaltete am 9. Februar eine Versammlung. Um den Besuch der Versammlung zu haben und um Mitglieder zu fassen, waren vorher an umfänglich gemachte Adressen mit Poststempel herabgeschickt

Einladungen ergangen, die von echt christlicher Ignoranz zeugen. Die Einleitung davon sei hier wiedergegeben:

Lieber Freund und Kollege! Es ist uns bekannt, daß Du bis jetzt den Anstoß an Deine Berufsorganisation nicht genommen hast. Es ist uns ferner bekannt, daß Du am Grund Deiner Anschauungen nicht zur Sozialdemokratie gehörst, und auch nicht dazu gehören willst.

Wir möchten Dir nun folgendes zu bedenken geben: Und Du mußt, durch die Verhältnisse gezwungen, den Weg zur Organisation früher oder später finden. Findest Du diesen Weg nicht durch Anstoß an die christlich-nationale Gewerkschaft, so wirst Du, wenn auch gegen Deinen Willen ihn bei der Sozialdemokratie finden. Lauernd ist es so ergangen, die Läter von ihr schwer loskommen konnten. Du mußt dann Dein Geld und Deinen Namen für eine Bewegung hergeben, von welcher Du überzeugt bist, daß sie nicht einmal Dein Bestes will. Sage uns ja nicht, das kommt bei mir nicht vor. Das haben auch schon Tausende vor Dir gelagt und sind von den Sozialdemokraten dennoch dazu gezwungen worden.

Die hier unterschriebenen Stellen sind auch im Original unterschrieben. Das Zirkular soll anscheinend auch noch dem Zweiten, Terroris:smaterial gegen die freien Gewerkschaften, sammeln, denn es mag schon sein, daß mancher Angestellte seine Indifferenz auf diese gewichtige Art zu entschuldigen sich verhalten läßt. Auf ehrliche Weise scheinen die Christen keine Mitglieder mehr zu bekommen. Ob aber mit dem Schwerten des roten Lappens noch Erfolge erzielt werden, ist sehr zweifelhaft, höchstens haben Schatzmacher und Arbeiterfeinde ihre Freude an solchem Tun. In der Öffentlichkeit erklären die Christlichen und mit ihnen die Zentrumspolitiker, gegen Beschränkung der Arbeiterfreiheit zu sein, insoweit aber drehen sie fleißig den Schleifstein.

Zum Streit in der Binnenschifffahrt. Die Schiffahrts- unternehmungen versenden an die Kaufmannschaft Zirkulare, in denen sie mitteilen, daß wegen des Streiks sie nicht in der Lage sind, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die Hamburger Handelskammer das Vorgehen des Unternehmerverbandes unterfütigt. Die Kaufmann- werden ersucht, der Bahn die Güter zu überweisen und sie nicht solchen Schiffunternehmern zur Verladung zu überweisen, die die Forderungen der Mannschaften bewilligt haben.

Einige Firmen wollen die Streifenkosten sofort eintreiben, sie teilen der Kaufmannschaft mit, daß sie gezwungen sind, einen Frachtschlag von 5 Pfg. pro 100 Kilogramm einzuführen.

Aus allen Darlegungen geht hervor, daß das Gewerkschafts- der bürgerlichen Presse, der Verkehr ist nur beschränkt vermindert, unrichtig ist. Die Mannschaften setzen sich auf einen längeren Streit ein, sie haben für die erste Woche auf Unterstützung verzichtet. Von den über 10.000 Streikenden ist bisher noch keine arbeitsfähig geworden. Zu neuen Bedingungen fahren auf der Elbe jetzt 300 Schiffe.

Eine Unternehmung der außersperren Tabakarbeiter in Holland beschloß eine Berliner Tabakarbeiter- versammlung. Telegraphisch wurde den außersperren holländischen Kollegen die Sympathie der Berliner Tabakarbeiter ausgesprochen und finanzielle Hilfe in Aussicht gestellt.

Streik der Seidenweber in Krefeld. Die Seidenweber verlangten von den Färbereibetrieben eine Verabreichung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 58 Stunden und eine entsprechende Lohnerhöhung. Die Unternehmer wollten den Arbeitern wohl in der Lohnfrage entgegenkommen, lebten aber jede Verkürzung der Arbeitszeit ab. Und ohne diese Verkürzung der Arbeitszeit wollten sie den Tarif auf 8 1/2 Jahre abschließen. Dazu waren die Arbeiter natürlich nicht bereit. Sie kündigten am 21. d. Mts. morgens und legten schon am Abend desselben Tages die Arbeit nieder, da nur eine eintägige Rindlungskritik der Arbeiter für die Bewegung kommen 2652 Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht, rund 2300 davon sind im Textil- arbeiterverband organisiert.

Lohnbewegung der Gemeinbedarbeiter in Berlin- Treptow. Die Gemeinbedarbeiter in Treptow fordern die 9 stündige Arbeitszeit an Stelle der bisherigen 10 bis 12 stündigen, alle 14 Tage ein n freien Sonntag, Wochenlöhne, Bezahlung der Ueberarbeit mit 25%, der Sonntags- und Nachtarbeit mit 50% und der Feiertagsarbeit mit 100%, ferner die Errichtung eines Arbeiter-Ausschusses. Die Arbeiter sind im Verband der Gemeinbe- und Staatsarbeiter und im Maschinen- und Feiger- verbande organisiert.

Achtung! Drahtwalzwerker. Aus dem Witten: Gussstahlwerk, Abteilung Drahtwalzwerk, haben die Arbeiter am 21. Februar die Kündigung eingereicht, weil die Verhandlungen erfolglos verlaufen sind. Am 14. Februar ist eine Bekanntmachung erfolgt, wonach die Abschläge für alle Arbeiter ab 1. März reduziert werden sollen, was für den einzelnen Arbeiter eine Lohnminderung bis zu 1.80 Mk. täglich ausmacht. Die Betriebsleitung nicht von außerhalb Arbeitskräfte heranzuziehen. An der Bewegung sind der freie, der christliche, der Sozial- und andere und der politische Verband beteiligt.

Briefkasten.

D. S. In der Haushaltungsschule wird nur ein Material- geld von 1 Mk. monatlich erhoben. Für Näh- und Platt-Unter- richt ist 3 Mk. monatlich. Anderes Schulgeld wird für die Schule nicht gezahlt.

Aus der Geschäftswelt.

Wie man Schuhe und Stiefel behandelt! Um das Leder dauerhaft zu erhalten und den Schuhen einen eleganten Hochglanz, der bei jedem Wetter anhält, zu verleihen, trage man von dem überall erhältlichen Schuhcreme Vialto nur ganz wenig auf und reibe alsdann mit einer weichen Bürste glänzend. Vialto ist sehr fett, nimmt kein Wasser an, ist sehr sparsam im Verbrauch und glänzt im Augenblick wunderbar.

